Die Geschichte der Tagespresse Deutsch-Ostafrikas

(1899–1916)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der

Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Dietrich Redeker

aus Neustadt a. Rbge. (Hann.)

Tag der Promotion: 30. Juni 1937

Tag der mündlichen Prüfung: 29. April 1937

1937

Druck: Triltsch & Huther, Berlin O 27

Diss. Berlin 1937.

P 101

* 41739.

Berichterstatter: Prof. Dr. Dovifat

Prof. Dr. Hoppe

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort III

Kapitel I:

Das Zeitungswesen in den deutschen Kolonien 1

1. Die Bedeutung der Zeitung für den Kolonisten, für die Kolonie und für die Nation. — 2. Der Koloniebewohner als freudiger Zeitungsleser. Zeitungen des Mutterlandes und eigene Zeitungen. — 3. Der Umfang der politischen Tagespresse in den deutschen Kolonien bei Ausbruch des Weltkrieges.

Kapitel II:

Anfänge eines Eigenlebens der Presse in Deutsch-Ostafrika 14

1. Der Ruf nach der Zeitung. — 2. Gründung der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung. — 3. Die wirtschaftliche Grundlage des Unternehmens.

Kapitel III:

Die ersten Kampfjahre der „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung". 1899—1906 . . 20

1. Rücksichtsloser Einsatz. — 2. Volle Unabhängigkeit: Ablehnung der Offiziosität, Schaffung des „Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika". — 3. Das wichtigste Kampfziel der ersten Jahre: Eisenbahnen. — 4. Neue Aufgaben: Überwindung des kolonialen Pessimismus' und der antikolonialen Richtungen, die Siedlungsfrage, die Eingeborenenfrage, wachsender Arbeitermangel. — 5. Gouverneur Graf v. Götzen und die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung". — 6. Form und Inhalt der Zeitung, Schriftleiter und Mitarbeiter, das „Ostafrikanische Waidwerk", der technische Betrieb.

Kapitel IV:

Das „Regime" Rechenbergs 46

1. Die Persönlichkeit v. Rechenberg und seine Einstellung zur Erschließung Deutsch-Ostafrikas. — 2. Eine unglückliche Sparsamkeitsmaßnahme des neuen Gouverneurs: Schließung der Europäerschule. — 3. Die „Usaramo-Post" und erste Anfänge gouvernementaler Pressepolitik. — 4. Wachsender Widerstand gegen die Arbeiter- und Eingeborenenpolitik v. Rechenbergs. — 5. Weitere Kolonialfragen im Spiegel der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung": Die Urlaubsverordnung, Förderung der Ausfuhr. Für Dr. Peters, Ersparnisse an der Schutztruppe. — 6. Der Gouverneur schafft sich eine eigene Presse: Die Gründung der „Deutsch-Ostafrikanische Rundschau".

Seite

Kapitel V:

Pressekrieg in Deutsch-Ostafrika . . 73

1. „Rundschau" gegen „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung", die Kraftquellen der beiden Blätter: Hier Regierungsaufträge — dort die neu gegründeten Organisationen der Wirtschaftler. — 2. Das Gouvernement beteiligt sich aktiv am Pressekrieg. — 3. Vermittlungsbemühungen in letzter Stunde. — 4. Das Nachdruck-Verbot für den „Pflanzer". — 5. Rücksichtsloser persönlicher Kampf. — 6. Der inhaltliche Ausbau der DOAZ zur Zeit des Kampfes gegen v. Rechenberg (1906—1910).

Kapitel VI:

Die „Usambara-Post" 93

1. Die Lehrer der Regierungsschule und die „Anzeigen für Tanga". — 2. Vom lokalen Mitteilungsblatt zur Meinungsführerin des Nordens. — 3. Die „Usambara-Post" im Kampf gegen Gouverneur v. Rechenberg. — Die letzten Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges.

Kapitel VII:

Die Entwicklung der Daressalamer Presse unter Gouverneur Schnee . . . 110

1. Die Deutsch-Ostafrikanische ZeitungsG.m.b.H. — 2. Rechenberg's Abgang und das Ende der „Rundschau". — 3. Große Tagesfragen der Vorkriegszeit: Rassenfrage, Schaffung von Kreditmöglichkeiten, Streben nach Selbstverwaltung und Selbständigkeit. — 4. Die Nachrichtenwege von und nach Deutsch-Ostafrika. Dr. Zintgraff's Nachrichtendienst . — 5. Krieg und Ende einer hoffnungsvollen Entwicklung.

Kapitel VIII:

Weitere Blätter im Entstehen 132

1. „Amtlicher Anzeiger für den Bezirk Moschi". — 2. Die „Tabora-Post". — 3. „Amtlicher Anzeiger für den Bezirk Aruscha".

Vorwort.

„Deutschland kann nicht auf die Lösung seiner kolonialen Forderungen verzichten" verkündete Adolf Hitler am 9. September 1936 auf dem Reichsparteitag der Ehre. In jenen Tagen, da ein wiedererstarktes Deutschland durch den Mund des Führers der Welt seinen Anspruch auf Kolonien nachdrücklich wiederholte, reifte der Entschluß zur vorliegenden Arbeit. „Die Geschichte der Tagespresse Deutsch-Ostafrikas" soll ihren winzigen Teil an der Pflege des deutschen Kolonialgedankens beitragen.

Die deutsche Kolonialpolitik vor dem Kriege war außerordentlich erfolgreich. Alle unsere Kolonien hatten bei Kriegsausbruch eine geradezu sprunghafte Aufwärtsentwicklung hinter sich. Für Deutsch-Ostafrika, das hier besonders interessiert, mag diese Tatsache durch einige wahllos herausgegriffene Zahlen belegt werden. Europäische Bevölkerung 1900: 1139 1908: 1845 1913: 5336, Gesamthandel 1900: 16,5 Millionen, 1905: 27 Millionen, 1913: 90 Millionen. Mit den Erfolgen aber sind verknüpft eine Fülle von Kämpfen und Auseinandersetzungen. Wieviel Ausdauer und Vertrauen in den Wert kolonialer Betätigung gehörten dazu, den kolonialen Pessimismus im Reich zu besiegen, der sich in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts breitmachte. Man wollte ernten, ohne gesät zu haben. Aber auch als diese Zeit überwunden war, als ein neuer Reichstag die erforderlichen Bahnbauten und andere Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung der Kolonien bewilligt hatte, dauerten die Auseinandersetzungen an. Ihr Schwergewicht verlagerte sich immer mehr in die Kolonien selbst. Mit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit wurden die Meinungsverschiedenheiten über den besten Weg zur Erschließung der Kolonien im wachsenden Maße bereits an Ort und Stelle selbst ausgetragen. Wenn die Auseinandersetzungen bisweilen unerfreulich scharfe Formen annahmen, wenn die Parteien in ihrem Kampf manchmal das gemeinsame Ziel vergessen zu haben schienen, so ist das zum größten Teil auf das Konto des liberalistischen Geistes zu schreiben, der solche Formen des politischen Kampfes ermöglichte.

Am interessantesten, aber auch wohl am stärksten sind die Auseinandersetzungen zeitweise in D e u t s c h - O s t a f r i k a

gewesen. Die politische Tagespresse hatte hieran einen wichtigen Anteil. Wenn in einigen Kapiteln der Arbeit auch weniger Erfreuliches behandelt werden mußte, so darf man doch nicht über solche Dinge, die nur aus dem Geist der damaligen Zeit heraus verständlich werden, die großen Erfolge vergessen, die wir Deutschen bei Ausbruch des Weltkrieges auf allen Gebieten unserer kolonialen Betätigung aufweisen konnten. In der Eingeborenen-Politik, des am meisten umstrittenen der kolonialen Probleme, haben die Kriegsjahre von 1914—1916 der deutschen Regierungspraxis, die im allgemeinen von Anfang bis Ende an der Grundlinie „Gerechtigkeit und Strenge" festgehalten hat, Recht gegeben. Wie hätte wohl Lettow-Vorbeck mit seiner kleinen Schar Weißer und treuer Askaris sich zwei Jahre lang gegen einen überlegenen Feind verteidigen können, wenn nicht die Eingeborenenstämme Deutsch-Ostafrikas, der deutschen Verwaltung zugetan, ihn bei seinen Kriegszügen unterstützt hätten, wo doch ein Aufstand sie von einer lästigen Oberherrschaft leicht hätte befreien können.

In der vorliegenden Arbeit, die sowohl von zeitungswissenschaftlichen wie auch von historischen Gesichtspunkten her geschrieben ist, wird zum ersten Male der Versuch gemacht, die Geschichte der Tagespresse Deutsch-Ostafrika's im Zusammenhang mit den von ihr behandelten allgemein kolonialpolitischen Fragen niederzuschreiben.

Sie soll dazu beitragen, daß, wenn in absehbarer Zeit Deutschland seine koloniale Betätigung wieder aufnimmt, das Lehrgeld, das seinerzeit Regierende und Regierte zahlen mußten, so niedrig wie möglich ausfällt.

Literatur, die zur Arbeit benutzt werden konnte, war nur sehr spärlich vorhanden. In einigen wertvollen Aufsätzen, die aber inhaltlich und zeitlich das Stoffgebiet nicht umfassen, ist das Thema dieser Arbeit nur mehr oder weniger flüchtig gestreift worden. Als Quellen dienten in erster Linie die Zeitungsbestände der „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung", der „Usambara-Post" und der „Deutsch-Ostafrikanische Rundschau", die Nummer für Nummer durchgesehen wurden, und dann die Akten über deutsch-ostafrikanische Pressesachen des früheren Reichskolonialamtes. Für die naturgemäß durch den Krieg verlorengegangenen und zerstörten Unterlagen aus den Zeitungsunternehmungen selbst wurden, soweit das nachträglich heute noch möglich war, als Ersatz mündliche bezw. schriftliche Angaben von Persönlichkeiten eingeholt, die seinerzeit in Deutsch-Ost-

afrika an der Gestaltung der nachfolgend geschilderten Zustände mitgewirkt haben. Es wurde Sorge getragen, daß Vertreter der „Regierungs-Seite", wie auch der „Opposition" gehört wurden, um eine größtmögliche Objektivität der Auffassung zu erreichen. Leider fehlt in der folgenden Aufzählung der Mithelfenden der Name des früheren Gouverneurs von Ostafrika, Freiherr v. Rechenberg. Er starb bereits im Jahre 1935. Es ist das umso bedauerlicher, als Freiherr v. Rechenberg sicher in der Lage gewesen wäre, Aufschlüsse zu geben, mit deren Hilfe es vielleicht möglich wäre, dem Dritten für einzelne seiner Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete der Pressepolitik, mehr Verständnis beizubringen. — Allen denen, die am Zustandekommen dieser Arbeit mithalfen, gilt an dieser Stelle mein Dank. Eine Unterhaltung, die mir der letzte Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Exzellenz Dr. Schnee, freundlichst gewährte, ergab wertvolle Aufklärung. Der Bibliothekar der Deutschen Kolonial-Bibliothek in Berlin, Fritz Lange, stellte mir bereitwilligst die umfangreiche Sammlung der kolonialen Weltliteratur zur Verfügung. Es ist erwähnenswert, daß in der Deutschen Kolonial-Bibliothek fast lückenlos das deutsche koloniale Tagesschrifttum gesammelt ist. Diese Tatsache erleichterte die Materialsammlung außerordentlich. Bei der Beschaffung von Unterlagen aus fremden Bibliotheken war mir Herr Lange ebenfalls in dankenswerter Weise behilflich. In besonderem Maße danke ich dem Verleger W. Föllmer, dem Gründer und Präsidenten des ehemaligen Deutschen Kolonialvereins und früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitungs GmbH. für seine Angaben und die mannigfachen Unterstützungen, die er meiner Arbeit angedeihen ließ. Viele wissenswerte Angaben verdanke ich dem Gründer und ersten Redakteur der „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung", W. v. Roy - Berlin und dem späteren Hauptschriftleiter der Zeitung, Professor Dr. A. Zintgraff - Heidelberg. Beide Herren, insbesondere aber Professor Dr. Zintgraff, stellten mir zahlreiche Unterlagen aus Privatbesitz für die Stoffsammlung zur Verfügung. Ferner gilt mein Dank dem Betriebsdirektor Udo v. Katte - Neustadt a. Rbg., früher Plantagendirektor und zeitweilig Vorsitzender des Wirtschaftlichen Landesverbandes für Deutsch-Ostafrika, und dem Geheimrat W. Methner - Stolberg (Harz). Herr v. Katte wie auch Geheimrat Methner, der vor dem Kriege stellvertretender Gouverneur von Deutsch-Ostafrika war, gaben mir wertvolle Auskünfte und Ratschläge. Des Rechtsanwaltes Dr. A. Brunz-

l o w - Berlin, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitungs GmbH., der mir Einblick in Geschäftsbücher und Akten der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung" gewährte, sei hier dankend gedacht, ebenfalls des Druckereibesitzers A. K u s c h e l - Berlin, der von 1910 bis 1914 Betriebsleiter bei der Zeitung in Daressalam war, für seine Angaben. Schließlich möchte ich noch folgenden Herren von dieser Stelle aus Dank sagen: Dem Leiter der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt, Legationsrat G u n z e r t, für seine Erlaubnis, die Presseakten Deutsch-Ostafrikas einsehen zu dürfen, dem Schulinspektor B l a n k - Berlin, früher Rektor der Regierungsschule in Tanga und Gründer der „Anzeigen für Tanga", langjähriger Mitarbeiter der „Usambara-Post", wie dem Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft W a r n h o l t z-Berlin für die mir erteilten wertvollen Auskünfte. —

Kapitel I:

Das Zeitungswesen in den deutschen Kolonien.

1. Die Bedeutung der Zeitung für den Kolonisten, für die Kolonie und für die Nation.

Wir Menschen des mittleren 20. Jahrhunderts, denen Zeitungen, Rundfunk, Film und Versammlungen (um nur die wichtigsten publizistischen Mittel zu nennen), zur Unterrichtung und Unterhaltung zur Verfügung stehen, können nur zu gut begreifen, wie sehr der Pionier unserer Zivilisation, z. B. der Kolonist, der irgendwo in der Welt abgeschieden und einsam lebt, umgeben von Wildnis und tausend Gefahren für sein Leben und Werk, sich danach sehnt, von der Welt und seinem Volke zu hören, die Ereignisse und Geschehnisse so gut wie möglich mitzuerleben. Film und Rundfunk waren noch Theorie in der Zeit, die im folgenden betrachtet werden soll. Für Versammlung und Kundgebungen waren die Voraussetzungen, größere Ansammlungen von Menschen, bei dem damaligen Entwicklungszustand der deutschen Kolonien außer im Schutzgebiet Kiautschau vielleicht, nicht oder nur in sehr beschränktem Maße gegeben. Also blieb allein die Zeitung. Auf sie vereinigten sich die Wünsche der Kolonisten. Sie ermöglichte, mit der Welt zu leben, sie wurde des Kolonisten guter Freund, sein Berater, Mitarbeiter und sein Gesellschafter. Es war ein großer Augenblick auf der von Bahn und Hauptwegen weitab liegenden Farm oder Pflanzung, wenn am 8. oder 14. Tage der Läufer der Post wieder ankam und die „Zeitungen" (das Wort in seiner ursprünglichsten Bedeutung) brachte. Wenn also naturgemäß die Zeitung ganz allgemein für den Kolonisten eine solch große Bedeutung hatte, so mußte doch eine eigene Zeitung, d. h. eine Zeitung, die in der Kolonie selbst erschien, das Ziel sein. Sie brachte das „Neueste" ins Innere des Landes nur soviel Tage später, wie die Zeitung aus dem Mutterlande Wochen gebrauchte, um zu ihrem Leser zu gelangen. Auch konnte die Kolonie-Zeitung selbstverständlich viel besser und intensiver auf die besonderen Fragen und Belange der Kolonisten und ihrer engeren Heimat eingehen, als das kolonialfreundlichste

und kolonialinteressierteste Blatt im Mutterlande, von denen es — leider muß man das rückschauend feststellen — nicht allzu viele bis zum Ausbruch des Weltkrieges gegeben hat. Die Kolonie-Zeitung vermittelte den Farmern und Pflanzern gegenseitig die Erfahrungen, die sie gemacht hatten und wurde ein wertvoller Ratgeber. Ihr Anzeigenteil gab Auskunft über die geeigneten Firmen, die dem Kolonisten seinen großen, wachsenden Bedarf an Materialien aller Art liefern konnten: Die Zeitung war — und im wesentlichsten ist es auch trotz Rundfunk heute noch so — für das Leben der Koloniebewohner ein unentbehrliches Mittel der Verbindung der Siedler untereinander und mit der alten Heimat.

Für die Gesamtheit der Kolonien aber bedeutet eine eigene Presse Schaffung bezw. Hebung des Interesses an der Mitarbeit der Bewohner beim Aufbau und Ausbau der neuen Heimat und ein Aneinanderrücken der verstreut angesiedelten Bewohner in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung durch das Bindemittel Zeitung. Wichtiger als das ist aber die Werbung der Kolonie-Zeitung im Mutterlande. Sie kann und muß dort den Zeitungen und Korrespondenzen als Quelle für alle Fragen und Probleme der Kolonie dienen. Oft genug hat man in der Kolonie die Köpfe schütteln müssen über Berichte reichsdeutscher Zeitungen über koloniale Dinge, die von irgendeinem unverantwortlichen Gelegenheitsberichterstatter in Afrika oder Asien (wie oft wird wohl die weite Reise eines Berichtes für seine Veröffentlichung bestimmend gewesen sein) verfaßt und kritiklos in den Spalten der Zeitung untergebracht wurden. Verwirrungen in Wirtschaftskreisen, Kreditschädigungen und auch moralische Einbußen der Kolonisten sind durch unbewußte oder auch bewußte Falschmeldungen, die aber stets infolge Unkenntnis von den kolonialen Dingen Eingang in die Zeitungen fanden, hervorgerufen. Noch am 4. November 1912, als die größten Tiefen des kolonialen Pessimismus' und die Unkenntnis über koloniale Dinge längst überwunden waren, mußte der damalige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee, die mangelhafte und oft unwahre Berichterstattung der deutschen Presse über und aus den Kolonien in einem Bericht an das Reichskolonialamt bedauernd feststellen.[1])

Aufklärend zu wirken, für den kolonialen Gedanken im Mutterlande kräftig zu werben und zuverlässige Nachrichten aus der Kolonie zu bringen, — und wie geeignet ist gerade die Zeitung zur Werbung durch ihre lebensfrische und aktuelle Un-

[1]) Akten Ia (Pressesachen Deutsch-Ostafrika) 2. Bd. des früheren RKA.

terrichtung über Klima, Bodenbeschaffenheit, über Leben in der Kolonie, über Pflanzen- und Tierwelt und über wirtschaftliche Verhältnisse u. a. m. — das ist eine weitere große Aufgabe der Koloniepresse. Die wachsende Eroberung des deutschen Volkes in der Vorkriegszeit für den kolonialen Gedanken, muß man zu einem erheblichen Teil bereits unserer aufblühenden kolonialen Presse durch mittelbare und unmittelbare Einwirkung zuschreiben.

Schließlich hatte die Presse in den Kolonien noch eine große, gesamtdeutsche Aufgabe zu erfüllen. Sie sollte mit wachsender Verantwortlichkeit das Bindeglied darstellen zwischen den auseinanderstrebenden Zielen des Mutterlandes und der aufsteigenden, sich zur Selbständigkeit entwickelnden Kolonie. Oberstleutnant G a l l u s beschäftigt sich in seinem Aufsatz „Die afrikanische Presse"[2]) mit solchen Gedanken: In allen Neuländern wird sich die Bildung neuer Nationalitäten vollziehen, wie sie sich bereits bildeten auf angelsächsischer Grundlage in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie sie kurz vor der Vollendung seien auf gleicher völkischer Grundlage in Kanada und Australien und endlich auf niederdeutscher-angelsächsischer Grundlage in der Südafrikanischen Union. G a l l u s schreibt dann wörtlich:

„Daß die gleiche Tendenz auch in unseren Kolonien auftreten kann und wird, ist ebenso zweifellos, als es jetzt noch Zeit ist, dieselbe im Kindesalter der Entwicklung zu leiten und in die richtigen Wege zu weisen."

Solche Wege seien: Selbständigkeit der Verwaltung, eine nationale Presse und gute Verkehrsverbindungen mit dem Mutterlande. Es wird Aufgabe der Kolonie-Presse sein, den Ausgleich aufkommender Differenzen zu übernehmen, durch stete Fühlung mit der Öffentlichkeit zu Hause sowie durch gerechte Vertretung der beiderseitigen Interessen. Soweit Gallus. Daß die angedeutete Entwicklung, Streben nach Selbstverwaltung und Unabhängigkeit vom Mutterlande bereits bis zum Kriegsausbruch in unseren beiden größten Kolonien, in Deutsch-Südwestafrika und sogar im tropischen Deutsch-Ostafrika, einen schnell wachsenden Umfang angenommen hatte, beweist die Richtigkeit der Gallus'schen Gedanken und bekräftigt die Tatsache der Bedeutung der Kolonie-Zeitung auch in diesem Punkte. —

---

[2]) Erschienen in Zeitschr. für Kolonialpolitik 10. Jahrg. 1908 S. 789/842.

2. Der Koloniebewohner als freudiger Zeitungsleser, Zeitungen des Mutterlandes und eigene Zeitungen.

Im folgenden Abschnitt soll bewiesen werden, daß in den deutschen Kolonien von der weißen Bevölkerung bedeutend mehr Zeitungen gelesen wurden als in Deutschland selbst. Wenn ich bei einigen speziellen Zahlenangaben, z. B. über Auflageziffern mich wegen der großen Schwierigkeiten, auch nur annähernde Zahlen mit Wahrscheinlichkeitswert aus allen deutschen Kolonien zu erlangen, auf Deutsch-Ostafrika beschränke, so scheint mir dennoch der Beweis klar genug erbracht.

Deutsch-Ostafrika hatte 1911 4000 weiße Bewohner, und die drei Zeitungen, die in Daressalam (2) und in Tanga (1) erschienen (ein kleines Bezirksamtsblatt in Moschi. kann hier ausgenommen werden, da dessen kleine, aber nicht genau feststellbare Auflage das Ergebnis kaum wesentlich verschieben dürfte), brachten es auf eine Gesamtauflage von 4300[3]) Zeitungsstücken, d. h. es kam ein Zeitungsstück (Zeitung = Tageszeitung) auf 0,93 weiße Einwohner (die farbige Bevölkerung fiel mit Ausnahme einiger weniger Inder als Zeitungsleser aus). Für Deutschland dagegen errechnet das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin für das Jahr 1934 ein Zeitungsstück auf 3,91 Einwohner. Auf entsprechende Zahlen aus der Vorkriegszeit müssen wir leider verzichten, da es damals noch keine Verpflichtung für den Verleger gab, die Auflagen seiner Zeitung oder Zeitschrift anzugeben.

Aber noch ein Faktor ist wichtig zur endgültigen Bestimmung der Lesefreudigkeit der Koloniebewohner: Die Einfuhr von Zeitungsstücken in die Kolonie.

Im Jahre 1911 wurden folgende Mengen „deutsche Zeitungen"[4]) nach den deutschen afrikanischen Kolonien ausgeführt:

Nach	jährlich		d. h. pro Kopf der Bevölkerung
Togo	111 100	Stück	300 Zeitungen pro Jahr
Kamerun	253 000	„	133 „ „ „
Deutsch-Südwest	1 534 000	„	102 „ „ „
Deutsch-Ostafrika	391 000	„	78 „ „ „

[3]) Diese Zahl kann zwar keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit machen, kommt aber dem wirklichen Wert sehr nahe. Sie stellt das arithmetische Mittel dar aus den Angaben folgender Personen, die seinerzeit Schriftleiter, Drucker oder regelmäßige Mitarbeiter der deutsch-ostafrikanischen Zeitungen waren: Dr. A. Zintgraff, H. Ladeburg, A. Kuschel, W. v. Roy, W. Föllmer, Blank.

[4]) Entnommen dem Jahresband 1914 der Deutschen Kolonialzeitung. Da nicht näher beschrieben ist, ob in diesem Falle unter „Zeitungen" auch

Die auffallende Unterschiedlichkeit in den Mengen der eingeführten Zeitungsstücke lassen interessante Rückschlüsse auf den Entwicklungsstand des Pressewesens in den verschiedenen Kolonien zu (im nächstfolgenden Abschnitt dieses Kapitels wird noch besonders auf den Entwicklungsstand der deutschen Kolonie-Presse einzugehen sein).

Die aus dem Mutterlande eingeführten Zeitungsstücke zusammen mit der Jahresauflage der Kolonie-Zeitungen ergeben die Anzahl der Zeitungsstücke, die pro Jahr auf den einzelnen weißen Koloniebewohner entfallen. In Deutsch-Ostafrika bei einer Jahresauflage seiner Tagespresse (1911) von 343 000 Zeitungsstücken (die Zahl ist deshalb so niedrig, weil zwei Zeitungen nur wöchentlich zweimal und eine (in Tanga) nur wöchentlich einmal erschien), errechnet man 85,7 Zeitungsstücke auf den Kopf der weißen Bevölkerung, dazu 78 aus dem Mutterlande = 163,7 insgesamt. 163,7 Zeitungsstücke wurden also im Durchschnitt in einem Jahr von dem weißen Bewohner Deutsch-Ostafrikas gelesen.

In Deutschland dagegen hatten alle Tageszeitungen 1934 eine Jahresauflage von 7,5 Milliarden[5]). Bei ca. 66 Millionen Einwohnern bedeutet das, daß ca. 106 Zeitungsstücke in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung kamen. Auch aus diesem Vergleich ergibt sich die größere Lesefreudigkeit der Bewohner Deutsch-Ostafrikas, dabei ist zu berücksichtigen, daß bei dem letzten Vergleich, zu dem die Jahresauflagen der Zeitungen verwendet wurden, das als Beispiel genommene Deutsch-Ostafrika deshalb noch verhältnismäßig schlecht wegkommt, weil auf Grund der schwierigen Verkehrsverhältnisse in diesem großen Lande alle Zeitungen nur 1—2 mal in der Woche erscheinen konnten. Nur um zu zeigen, wie sehr sich das Bild ändern würde, wenn die 3 Zeitungen Deutsch-Ostafrikas — wie die weitaus meisten Tageszeitungen in Deutschland — statt 1—2 mal 6 mal in der Woche erschienen, seien folgende Ziffern angeführt:

Gesamtjahresauflage der 3 Zeitungen bei 6 Nummern pro Woche 1 343 000 Stck., also auf den Kopf der weißen Bevölkerung ca. 335 Zeitungsstücke im Jahr. Einschließlich der Zahl der eingeführten Zeitungen entfallen also insgesamt

---

nur „Tageszeitungen" zu verstehen sind, sind die Angaben mit entsprechender Vorsicht aufzunehmen.

[5]) Nach dem „Handbuch der deutschen Tagespresse" herausgegeben vom Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin (5. Aufl.) 1934.

413 Zeitungsstücke im Jahr auf den Deutsch-Ostafrikaner!

Diese Zahl vermag ein eindrucksvolles Bild zu geben von der großen Lesefreudigkeit in den deutschen Kolonien, wenn sie auch auf Grund ihrer hypothetischen Voraussetzung der Wirklichkeit nicht entspricht. (Vielleicht würde eine genauere Untersuchung für Deutsch-Südwestafrika noch günstigere Resultate erbringen). Maßgeblich soll aber die Tatsache sein, daß 1 Zeitungsstück in Deutsch-Ostafrika 1911 auf 0,93 weiße Einwohner fiel, während in Deutschland 1934 erst je 3,9 Einwohner 1 Exemplar einer Zeitung besaßen.

3. Der Umfang der politischen Tagespresse in den deutschen Kolonien bei Ausbruch des Weltkrieges.[6])

Wenn im folgenden ein kurzer Überblick über die Presse in den deutschen Kolonien gegeben wird, so kann und soll der im Rahmen dieser Arbeit, die sich speziell mit der Tagespresse Deutsch-Ostafrikas beschäftigt, keinen Anspruch auf Ausführlichkeit erheben. Er wird vielleicht Anregung geben, ähnliche Arbeiten wie die vorliegende auch über das Pressewesen der anderen deutschen Kolonien zu schaffen. (Inzwischen ist erfreulicherweise von Gerhard Steinbrücker vom Institut für Zeitungswissenschaft in Berlin eine weitere Arbeit über die koloniale Presse in Angriff genommen. Im Gegensatz zu der vorliegenden Arbeit wird sie in erster Linie einen Überblick über die Tagespresse in den Kolonien darstellen.) Es lohnt sich schon, die überaus eigenartigen Formen des Pressewesens unserer Kolonien, die erheblich von denen im Mutterlande abweichen, näher zu betrachten. Die Zeitungen gerade der deutschen Kolonien hatten bei Ausbruch des Weltkrieges eine Entwicklung hinter sich, die nur dem sprunghaften Wachstum amerikanischer Städte vor der Jahrhundertwende vergleichbar scheinen. Innerhalb zweier Jahrzehnte war aus den primitiven hektographierten Flugblättern, mit denen die Regierungen in den Kolonien ihre wichtigsten Bekanntmachungen veröffentlichten, ein Zeitungswesen entstanden, das mit gewissen Aus-

[6]) Als Unterlagen für die in diesem Abschnitt gemachten Angaben dienten in erster Linie die Jahresbände der angeführten Zeitungen, ferner Fritz Lange: Zur Geschichte des Pressewesens in den deutschen Kolonien, Aufsatz in „Zeitungswissenschaft" 1929, das Kolonial-Lexikon 3. Bd. und Külz: Die Presse in den deutschen Kolonien, Aufsatz in „Koloniale Monatsblätter" Jahrgang 1914, S. 263/272.

nahmen eine beachtliche Höhe erreichte. Freilich darf man nicht in den Fehler verfallen, die Wertigkeit der Kolonie-Presse nach der Höhe ihrer Auflagenziffern zu messen. Das ist eben ein weiteres Charakteristikum dieser Presse, daß ihre Auflagen stets klein sind. Sie müssen niedrig sein auf Grund der außerordentlich dünnen Besiedlung ihrer Verbreitungsgebiete. Die Einnahmen aus den Abonnements konnten daher bei diesen Zeitungen auch nicht die wirtschaftliche Grundlage des Unternehmens bilden, sondern das war hauptsächlich das Anzeigengeschäft. Erklärlich auch — und das ist das dritte Charakteristikum der Kolonie-Zeitungen — daß die Handelshäuser und kleineren Geschäfte in den Kolonien, wie auch die Firmen im Mutterlande, gern und ausgiebig sich der Anzeige in den Zeitungen der Kolonien bedienten, denn so wenig Bezieher diese Zeitungen hatten, so kaufkräftig war aber diese wenige Leserschaft.

Am Anfang der Entwicklung des kolonialen Pressewesens stand der geschriebene Rundbrief oder das einfach hektographierte oder auch mit der Schreibmaschine vervielfältigte Flugblatt. Auch die Regierungen bedienten sich dieser Mittel, um ihre wichtigsten Bekanntmachungen zu veröffentlichen. Die Hektographiermaschine spielte überhaupt bei allen Anfängen des Pressewesens in den Kolonien eine große Rolle. Viele neugegründete Zeitungen bedienten sich in ihrer ersten Zeit der Hektographie, bis sie wirtschaftlich so erstarkt waren, daß an einen Druck der Zeitung gedacht werden konnte. Denn eine Druckerei in Afrika einzurichten, und war sie auch noch so klein, erforderte ein größeres Kapital. Allein die Maschinen und ein Lager von Ersatz- und Zubehörteilen verschlangen auf dem langwierigen Transport von Europa nach Afrika oder Asien — und dann eventuell noch weiter von der Küste bis ins Innere des Landes — ungeheure Summen an Frachtspesen. Und wieviele Mühen und Schwierigkeiten konnten außerdem noch hinzukommen, mit denen der Unternehmer nicht gerechnet hatte.[7])

Deutsch-Südwestafrika

Die erste Zeitung in den deutschen Kolonien wurde in Deutsch-Südwestafrika 1898 durch den in Windhuk lebenden Rechtsanwalt Wasserfall gegründet. Ein deutscher Kolonialpionier mit großem Wagemut, mit der Fähigkeit des

[7]) s. Fritz Lange „Zur Geschichte des Pressewesens in den deutschen Kolonien", Aufs. erschienen in „Zeitungswissenschaft", 4. Jahrg. 1929.

Einsatzes seiner ganzen Persönlichkeit für ein Ziel und ebensolcher Zähigkeit, rief Wasserfall unter hohen persönlichen Opfern den WINDHOEKER ANZEIGER ins Leben. Da Wasserfall 1901 seine Zeitung von Windhuk, der Hauptstadt, nach Swakopmund verlegte, um unabhängiger und unbehinderter von der Regierung wirken zu können, führte der WINDHOEKER ANZEIGER von da ab den Namen DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKANISCHE ZEITUNG. Wie groß die Schwierigkeiten waren, die Wasserfall im Anfang überwinden mußte, zeigt folgende kleine Erzählung, die dem bereits zitierten Aufsatz von Fritz Lange „Zur Geschichte des Pressewesens in den deutschen Kolonien" entnommen ist:

„Er (Wasserfall) hatte zu diesem Zweck nicht nur in Deutschland setzen und drucken gelernt, sondern erledigte dann auch selbst die gesamten Schriftleitungsgeschäfte. Oft genug stand er mit Hand anlegend neben seinen Gehilfen am Setzkasten. Mit welchen Schwierigkeiten ein Zeitungsunternehmen damals noch zu rechnen hatte, zeigt, daß die kleine Handpresse, auf der das Blatt zuerst gedruckt wurde, erst am 2. August mit Ochsenwagen in Windhuk eintraf, nachdem sie bereits seit dem 24. April in Swakopmund gelegen hatte. Volle 1000,— Mark hatte der Transport gekostet. 14 Tage dauerte die Aufstellung und Einrichtung der Druckerei. Am 12. Oktober 1898 erschien dann die erste Ausgabe . . ."

1912 wurde über das Vermögen der DEUTSCH-SÜDWEST-AFRIKANISCHEN ZEITUNG, der 1910 durch Schaffung eines AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA die amtlichen Anzeigen entzogen waren, das Konkursverfahren eröffnet. Das Blatt wurde aber vom Verlag der Swakopmunder Buchhandlung G.m.b.H. erworben und weitergeführt, zugleich vereinigt mit dem 1911 in Swakopmund als Nachrichtenblatt und Konkurrenzunternehmen zur alten DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKANISCHEN ZEITUNG von der Firma Peter & Stolze begründeten SWAKOPMUNDER ZEITUNG. Die neue DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKANISCHE ZEITUNG hatte vorübergehend versucht, eine dreimalige Erscheinungsweise einzuführen, was aber auf Grund der damals noch schwierigen Verkehrsverhältnisse dann wieder aufgegeben werden mußte. 1903 erhielten auch die Windhuker wieder eine eigene Zeitung in den WINDHUKER NACHRICHTEN. Unternehmer war der Bezirksverein Windhuk. Das Blatt vertrat scharf die Interessen der Farmer. Seit dem 1. Januar 1911 führte das Blatt den Titel DER SÜDWESTBOTE, der nun in

dem verkehrsmäßig zentraler und günstiger gelegenen Windhuk dreimal in der Woche erschien. Aber noch eine zweite Zeitung gab es in der Hauptstadt Windhuk. In dem 1910 in Swakopmund durch Kindt gegründeten Blatt SÜDWEST. Kindt, der Mitglied des Südwestafrikanischen Landesrates war, hatte bis dahin erfolgreich die Schriftleitung der DEUTSCH-SÜDWEST-AFRIKANISCHEN ZEITUNG. Sein Unternehmen ging dann auch in die Hände der Swakopmunder Buchhandlung G.m.b.bH. über, die den SÜDWEST dann in ihrer Windhuker Filiale zweimal wöchentlich erscheinen ließ. SÜDWEST sollte weniger ein Nachrichtenblatt sein, als ein kritisches und aufklärendes Organ über alle wesentlichen Schutzgebietsangelegenheiten. — Seit 1909 gab es auch in der südlichen Minenstadt Lüderitzbucht eine Zeitung die LÜDERITZBUCHTER ZEITUNG. Vom Bürgerverein Lüderitzbucht gegründet, vertrat das Blatt unter seinen Redakteuren Dr. Anders und M. Otzen sehr scharf die Interessen des südwestafrikanischen Bergbaues und suchte, die Öffentlichkeit sowie Regierungskreise und Reichstag über die besonderen Interessen des Diamanten-Bergbaues aufzuklären. — Schließlich ist noch die KEETMANSHOPER ZEITUNG zu nennen, die im Juni 1910 zum ersten Male als KEETMANSHOOPER NACHRICHTEN erschien. Das Blatt, das als reiner Telegramm-Anzeiger gegründet worden war, und täglich (!) hektographiert erschien (für 7,50 Mark monatlich!), machte viele Krisen durch, wechselte mehrmals den Besitzer und wurde endlich 1913 von dem großen Zeitungsunternehmen, der Swakopmunder Buchhandlung G.m.b.H., weitergeführt. Von diesem Zeitpunkt an wurde das Blatt gedruckt und erschien wöchentlich einmal.

Togo

Nicht annähernd so entwickelt ist das Pressewesen mit Ausnahme Deutsch-Ostafrikas in den anderen deutschen Kolonien. T o g o hatte bis 1914 keine eigene Zeitung auf die Beine bringen können, worin sich wohl vor allen Dingen auch die hohe Einfuhrquote von Zeitungen aus dem Mutterlande erklärt. Allerdings hat das Gouvernement von Togo sich bemüht, den Bewohnern der Kolonie durch Ausgestaltung des 1906 geschaffenen AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET TOGO einen Ersatz zu schaffen. So hatte der Gouverneur, der das Blatt selbst redigierte, vorübergehend eine Unterhaltungsbeilage dem AMTSBLATT beigegeben, deren technische Ausführung jedoch in der kleinen Handdruckerei des Gouvernements durch

Schwarze so schlecht besorgt wurde, daß sie nach 1¼ Jahren wieder verschwand. Ab 1909 erscheint das AMTSBLATT wöchentlich einmal (bis dahin alle 14 Tage) und kostete vierteljährlich 6,— Mark (!), bei Bezug der Telegrammausgabe sogar 20,— Mark jährlich extra (!). 1912 übernahm die Handwerkerschule der katholischen Mission in Lome den Druck auf besseren Maschinen. Auch fanden Anzeigen im nichtamtlichen Teil Aufnahme und für Besprechung allgemeiner kolonialer Fragen stand Raum zur Verfügung. Der Krieg beendete diese Entwicklung, die immer mehr auf eine Tageszeitung lossteuerte. Auch Wasserfall hatte seinerzeit mit einer Art Amtsblatt angefangen, aber der Charakter der Zeitung hatte sich schnell gewandelt. Erst 1910 wurde dann in Südwest ein neues Amtsblatt geschaffen, nachdem der dringlichere Wunsch nach der Tageszeitung genügend befriedigt war.

Kamerun

Ähnlich ist die Entwicklung der Presse in Kamerun. Wie in der Schwesterkolonie Togo wurden auch hier bis 1908 die Nachrichten durch Rundschreiben von Haus zu Haus verbreitet. Erst dann erschien in der Regel jeden 1. und 15. des Monats das vom Gouvernement in Buea herausgegebene AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET KAMERUN. Der reine Amtsblattcharakter dieser Zeitung wurde aber schon sehr bald aufgegeben, und der nichtamtliche Teil, der auch Wolff-Nachrichten enthielt, immer mehr ausgebaut. Auch überrascht das Blatt mit einem großen Anzeigenteil. Nachdem aber die Pflanzer auch in Kamerun mehr und mehr wirtschaftlich erstarkt waren, ihre Rechte und Forderungen demgemäß stärker als bisher vertreten sehen wollten, gründete am 3. Oktober 1912 die Kameruner Druckereigesellschaft Otto Franz & Co. in Duala die KAMERUN-POST. Im Untertitel gab das Blatt sein Programm bekannt: „Unabhängiges und einziges Organ für die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Schutzgebiete Kamerun und Togo". Die KAMERUN-POST erschien zweimal wöchentlich und kostete vierteljährlich 5 Mark.

Auf Deutsch-Ostafrika an dieser Stelle einzugehen, erspare ich mir mit Rücksicht auf die hierüber noch folgenden Ausführungen.

Kiautschau

Einigermaßen gut entwickelt war das Zeitungswesen in Kiautschau. Außer dem seit 1900 vom Gouvernement

herausgegebenen AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET KIAUTSCHAU, das aber reines Amtsblatt war und nur Verordnungen, Bekanntmachungen und Mitteilungen der Behörden enthielt, erschienen seit 1904 in Tsingtau im Verlag der Tsingtauer Zeitungs G.m.b.H. die TSINGTAUER NEUESTE NACHRICHTEN. Sie waren in Deutschland jährlich für 30,— Mark zu beziehen. Die wöchentliche DEUTSCH-ASIATISCHE WARTE, die 1899 in Tsingtau von Pickert gegründet wurde und ein Jahr lang sogar Amtsblatt-Eigenschaft besaß, ist 1904 nach Gründung der TSINGTAUER NEUESTEN NACHRICHTEN wieder eingegangen. Ebenso mußte die später im Verlag der Tsingtauer Zeitungs G.m.b.H. erscheinende KIAUTSCHAU-POST 1912 eingehen. Sie war im Jahre 1908 als „Unparteiisches Wochenblatt für die deutschen Interessen im Fernen Osten" von dem späteren Hauptschriftleiter der TSINGTAUER NEUESTEN NACHRICHTEN, H. v. Kropff, herausgegeben und redigiert worden. Die TSINGTAUER NEUESTEN NACHRICHTN entwickelten sich dafür in den letzten Jahren vor dem Weltkriege unter der Schriftleitung H. v. Kropff's und Dr. Gerhard Merz' zu einem großen angesehenen Blatt, das wirkungsvoll das Deutschtum im Fernen Osten repräsentieren konnte.

Deutsch-Neuguinea

Die Entwicklung von der amtlichen Zeitung zum Blatt der öffentlichen Publizistik, die wir in Togo und Deutsch-Südwest beobachteten, — in Deutsch-Ostafrika werden wir dieselbe Entwicklung verfolgen können — zeigt sich besonders deutlich in Deutsch-Neuguinea bei dem einzigen in Simpsonhafen erschienenen Blatt, dem AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET DEUTSCH-NEUGUINEA. 1909 wurde es vom Gouverneur gegründet und redigiert. Die Gründungsauflage betrug 500 Stück, 1914 waren es 600, von denen 100 Exemplare nach Japan, Australien und Deutschland versandt wurden. 1914 hatte das Blatt 16 Seiten Umfang pro Nummer, und der amtliche Teil trat bereits hinter dem nichtamtlichen zurück, der wertvolle wirtschafts- und handelspolitische Ausführungen enthielt.

Samoa

In Samoa endlich hatte schon 1901 Emil Lübke — der seine Zeitung bis 1914 auch selbst redigierte — mit mehreren Interessenten zusammen die SAMOANISCHE ZEITUNG ins Leben gerufen, die wöchentlich einmal in deutscher und englischer Sprache erschien und für 16,— Mark jährlich zu be-

ziehen war. Die SAMOANISCHE ZEITUNG war Nachfolgerin der englischen THE SAMOAN REPORTER. Ein stark englisch betonter Umbruchstil wurde von Lübke in seiner neuen Zeitung beibehalten. Die SAMOANISCHE ZEITUNG stand mit dem Gouvernement in enger Fühlungnahme. Ihr wurde daher auch das SAMOANISCHE GOUVERNEMENTSBLATT beigelegt. Ursprünglich ist dieses Amtsblatt selbständig gewesen und ging 1900 aus der SAMOA ROYAL GAZETTE hervor, die schon vor Übernahme Samoas durch Deutschland bestand.

Zusammenfassend gibt folgende Aufstellung einen Überblick über die gesamte Tagespresse in den deutschen Kolonien, mit Ausnahme Deutsch-Ostafrikas, beim Stande von 1914 (Kriegsausbruch). (Auch die reinen Amtsblätter sind mit aufgeführt, jedoch natürlich nicht Zeitschriften und Missionsblätter):

Titel	Erscheinungsort	Erscheinungsweise	Verlag	Gründungsjahr
		Deutsch-Südwestafrika		
1. DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKANISCHE ZEITUNG	Swakopmund	2× wchtl.	Swakopmunder Buchhandlung G. m. b. H.	1898
2. SÜDWEST	Windhuk	2× wchtl.	„	1910
3. KEETMANSHOOPERZEITUNG	Keetmanshoop	1× wchtl.	„	1910
4. DER SÜDWESTBOTE	Windhuk	3× wchtl.	Windhuker Nachrichten G. m. b. H.	1903
5. LÜDERITZBUCHT. ZEITUNG	Lüderitzbucht	1× wchtl.	Lüderitzbuchter Zeitungs- G. m. b. H.	1909
6. AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA	Windhuk	—	Gouvernement	1910
		Togo		
AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET TOGO	Lome	1× wchtl.	Gouvernement	1906
		Kamerun		
1. KAMERUN-POST	Duala	2× wchtl.	Kameruner Druckereigesellschaft Otto Franz & Co.	1912
2. AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET KAMERUN	Buea	14 tägig	Das Gouvernement	1908

	Titel	Erscheinungsort	Erscheinungsweise	Verlag	Gründungsjahr
		Kiautschau			
1.	TSINGTAUER NEUESTE NACHRICHTEN	Tsingtau	täglich	Tsingtauer Zeitungsgesellschaft G. m. b. H.	1904
2.	AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET KIAUTSCHAU	Tsingtau	1× wchtl.	Gouvernement	1900
		Deutsch-Neuguinea			
	AMTSBLATT FÜR DAS SCHUTZGEBIET DEUTSCH-NEUGUINEA	Simpsonhafen	14tägig	Gouvernement	1909
		Samoa			
1.	SAMOANISCHE ZEITUNG	Apia	1× wchtl.	Emil Lübke	1900
2.	SAMOANISCHES GOUVERNEMENTSBLATT	Apia	unregelmäßig, 1913: 14tägig	Gouvernement	1900

Kapitel II:

Anfänge eines Eigenlebens der Presse in Deutsch-Ostafrika.

1. Der Ruf nach der Zeitung.

Die Versuche, in Deutsch-Ostafrika eine deutsche Zeitung zu schaffen, gehen bis auf das Jahr 1893 zurück. Damals fing die Kolonie an, sich erst langsam, dann aber immer schneller zu entwickeln. Die deutsche Verwaltung des Landes, seit 1891 in den Händen der Reichsregierung, die in Daressalam einen Gouverneur einsetzte, hatte sich durchgesetzt, der große Araber-Aufstand mit seinen letzten Ausläufern war endgültig zusammengebrochen, und die Eingeborenen begannen Vertrauen in die deutsche Herrschaft zu setzen, sie merkten sehr bald, daß diese sie vor weiterer Ausbeutung und Versklavung durch die Araber schützte.[1]) Mit der Befriedung Deutsch-Ostafrikas aber setzte nun ein ständig wachsender Strom deutscher Kaufleute und Pflanzer in die Kolonie ein. Obwohl diese sich auf das ganze riesige Land verteilten, das an Umfang das Mutterland um das Doppelte übertraf, entstanden doch — insbesondere an der Küste, — in den Handels- und Verwaltungszentren sehr bald größere Europäer-Ansiedlungen, die sich schnell weiter ausdehnten. Trotz der raschen Entwicklung auf allen Gebieten, blieb aber das Land abgeschlossen. Abgesehen von der Verbindung mit dem Mutterlande, die aber naturgemäß nicht vollwertig sein konnte, weil sie jedesmal erst Tausende von Seemeilen überwinden mußte, führte die Kolonie ein Eigenleben — abseits vom Leben der Welt. Keiner hat diesen Zustand und die Notwendigkeit, ihn zu beseitigen, besser erkannt als der verdienstvolle Gouverneur Liebert, der sich seit seinem Amtsantritt (1897) mehrmals — wie noch ein Brief von ihm an das Auswärtige Amt in Berlin zeigen wird — um die Schaffung einer deutschen Zeitung in der Kolonie aktiv bemüht hat. Auch mochte ihn der Gedanke dabei geleitet haben, daß eine Zeitung mit ihren mannigfachen Möglichkeiten, auf Herz, Gemüt und Geist ihrer Leser einzuwirken, dazu beitragen würde, die in der

[1]) vgl. z. B. Bernhard Perrot: Die Zukunft Deutsch-Ostafrikas Berlin 1908.

damals noch fast frauenlosen Kolonie wetterfester, durch Arbeit und Entbehrungen hart gewordener Männer sich herausbildenden rauhen Lebensformen abzuschleifen und allmählich wieder reichsdeutschen Zuständen anzugleichen. Aber Liebert war noch nicht Gouverneur, als 1893 Otto Stollowsky, der spätere Leiter der Bezirksnebenstelle Kilossa, und der damalige Sekretär des deutschen Konsuls in Sansibar, Sebastian Wild, den Plan faßten, die Verbindung Ost-Afrikas mit der übrigen Welt, und auch die Verbindung der Kolonisten untereinander durch Schaffung einer Zeitung herzustellen. Ob sie damals noch nicht die notwendige Unterstützung beim Gouvernement fanden, die Vorbedingung war für das Gedeihen des Unternehmens in der damals noch europäerarmen Kolonie (es waren noch keine 1000 Europäer in Deutsch-Ostafrika), oder ob ihnen damals andere, unüberwindliche Schwierigkeiten sich in den Weg stellten, jedenfalls kamen die erforderlichen Kapitalien nicht zusammen, und der Versuch wurde zunächst aufgegeben.[2])

2. Gründung der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung.

Fünf Jahre später kommt ein Herr v. Roy in die Kolonie. Von Haus aus nicht unbemittelt, wollte er sich eigentlich in Amerika eine Existenz gründen. Ein alter Schulfreund, Max Migge, den er am Pier in Neapel trifft, überredet ihn jedoch, mit nach Ostafrika zu fahren. Und so fuhr v. Roy also nach Daressalam. Er kommt dort bald mit Stollowsky zusammen, der inzwischen Beamter beim Gouvernement und daher an bestimmte Rücksichten gebunden ist, ihm den Vorschlag macht, mit seinen eigenen Mitteln eine Zeitung zu gründen. Die Unterstützung des Gouvernements durch Druckaufträge sei ihm wahrscheinlich sicher und so groß, daß sie die wirtschaftliche Grundlage des Unternehmens gewährleisten könnten. Stollowsky trägt dem Gouverneur den Plan einer Zeitungsgründung durch v. Roy vor. Oberst Liebert ist einverstanden, er ist bereit, das Unternehmen nach jeder Richtung zu fördern. Klar sieht er die großen Möglichkeiten, die einer unabhängigen Presse, deren Schriftleitung aber gute und rege Verbindung mit dem Gouvernement unterhält, für die Entwicklung der Kolonie gegeben sind.[3])

[2]) Angaben entnommen aus dem Aufsatz von Otto Stollowsky „Zur Geschichte der Deutsch-Ostafrikanische Zeitung", erschienen in Nr. 16 und 17 der DOAZ, 12. Jahrgang 1911.

[3]) vgl. Otto Stollowsky: „Zur Geschichte der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung", Aufs., erschienen in Nr. 16 u. 17 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.

Am nächsten Tage ist v. Roy bei Exzellenz Liebert. Die Unterredung legte die Schaffung der Zeitung endgültig fest. Nach Aufzeichnungen v. Roy's schloß der Gouverneur die Aussprache mit folgender Zusicherung:

„Wenn Sie bis Anfang 1899 hier eine Zeitung gründen, dann sichere ich Ihnen die dauernde Lieferung von Drucksachen, Büromaterialien, Buchbinderarbeiten usw. für die Regierung, sowie deren sämtliche Dienststellen und die Schutztruppe vertraglich zu!"

Wie sehr sich Liebert für die Schaffung einer Zeitung einsetzte, geht aus dem auch sonst ganz interessanten Bericht hervor, den der Gouverneur am 22. Juni 1898 an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts sandte, und der folgenden Wortlaut hat:[4])

„Nachdem alle bisherigen Versuche, eine OSTAFRIKANISCHE ZEITUNG ins Leben zu rufen, mißglückten, das Bedürfnis nach einer solchen sich aber immer lebhafter geltend macht, habe ich mich entschlossen, dem an mich gerichteten Antrage zweier hiesiger Herren Folge zu geben und ihnen diejenigen Zugeständnisse zu machen, die für das Gelingen des Unternehmens erforderlich erscheinen. Die Anlagen weisen näheres aus.

Beide Antragsteller haben Philologie studiert, sind in Berlin schriftstellerisch tätig gewesen und mit den Redaktionsgeschäften bekannt. Hier haben sie sich mit den Landesverhältnissen einigermaßen vertraut zu machen versucht.

Herr v. Roy wird, sobald die hiesigen Geschäfte es ihm gestatten, nach Berlin reisen und sich im Auswärtigen Amt vorstellen. Er will dann die Finanzierung besorgen und die nötigen Bestellungen vornehmen, so daß etwa mit dem 1. April 1899 die Zeitung ihr Erscheinen beginnen kann.

Ich bitte dringend, das Unternehmen nach jeder Richtung zu fördern, da ich mir davon nur Gutes für die Entwicklung der Kolonie versprechen kann, das Land durch ein eigenes Blatt aus seiner Isoliertheit und Abtrennung von allen Nachbargebieten heraustreten, auch das Interesse in der Heimat ein lebhaftes sein wird. Liebert."

Unterdessen war v. Roy, mit der beglaubigten Zusicherung der amtlichen Unterstützung des Unternehmens in der Tasche, nach Europa zurückgereist. Er stellte sich verabredungsgemäß im Auswärtigen Amt vor, wo er — so verraten es die Akten — einen „verständigen und angenehmen Eindruck" hinterließ. In

[4]) Akten Ia 1. Bd. des früheren RKA.

der Wilhelmstraße wurden die Bemühungen Lieberts um Schaffung einer Zeitung gutgeheißen, und v. Roy kaufte nun in Berlin mit eigenen Mitteln seine Maschinen und Materialien ein. Dann engagierte er einige Setzer, einen Drucker, Monteur und Buchbinder und trat so schnell als möglich mit ihnen die Überfahrt nach Daressalam an.[5])

Max Migge war inzwischen in Daressalam verstorben. Auf v. Roy, der so wie so bisher die ganze Arbeit und Mühe allein getragen hatte, gingen nun sämtliche Abmachungen und Zusicherungen des Gouvernements über. Während der Gouverneur auf Urlaub in Deutschland weilte, wurde die erste Nummer der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNG, wie der Titel im Einklang mit dem Auswärtigen Amt festgelegt wurde, vorbereitet. Programmgemäß sollte der 1. April 1899 der Geburtstag der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNG (im folgenden immer DOAZ genannt) sein, aber als der Gouverneur am 26. Februar in die Kolonie zurückkehrte, „erlebte er mit Genugtuung"[6]), daß die erste Nummer bereits erscheinen konnte. Allerdings hatte diese Nummer 1 infolge der verfrühten Ausgabe noch nicht den Umfang, wie dann die folgenden (8 bis 10 Seiten, davon ca. 4 Anzeigenseiten).

Mit dem Erscheinen der DOAZ als erster deutscher Zeitung an der Ostküste Afrikas, waren mit einem Male alle die unerquicklichen Zustände beseitigt, denen sich das Gouvernement bei der Veröffentlichung seiner Bekanntmachungen bisher unterwerfen mußte. Das erste Übel war eine alte Hektographiermaschine im Gouvernementspalast, die v. Roy mitsamt dem Syrer, der sie bediente, übernahm. Auf ihr waren bislang die Rundschreiben mit den amtlichen Bekanntmachungen vervielfältigt worden. Das zweite Übel war die englische GAZETTE FOR ZANSIBAR AND EAST-AFRICA, derer man nun nicht mehr bedurfte. Bis 1899 wurden in dieser GAZETTE, die in Zansibar, also außerhalb der Grenzen Deutsch-Ostafrikas erschien, alle offiziellen und privaten Bekanntmachungen der Behörden und der Koloniebewohner Ost-Afrikas veröffentlicht. Ferner wurde ein Teil der Drucksachen des Gouvernements dort angefertigt. Die Ausführung dieser Drucksachen soll in nicht zu überbietender Mangelhaftigkeit vorgenommen worden

---

[5]) Otto Stollowsky: Zur Geschichte der DOAZ, Aufsatz, erschienen in Nr. 16 u. 17 der DOAZ, 13. Jahrgang 1911.

[6]) Otto Stollowsky: Zur Geschichte der DOAZ, Aufsatz erschienen in der DOAZ Nr. 16 u. 17, 13. Jahrg. 1911.

sein. Die deutschen Veröffentlichungen seien eine einzige Kette von Druckfehlern gewesen.[7])

3. Die wirtschaftliche Grundlage des Unternehmens.

Was die wirtschaftliche Seite anbetrifft, so waren die Grundlagen des Unternehmens wohl die Regierungsaufträge. Nach einem weiteren eingehenden Bericht Lieberts an das Auswärtige Amt über die Entwicklung der Presse-Angelegenheit, waren die Zugeständnisse an v. Roy folgende:

Für die Dauer eines halben Jahres wird das Gouvernement keine Zugeständnisse an irgendwelche Konkurrenzunternehmen betreffs Ausführung von Druckereiarbeiten in Verbindung mit Papier- und Büromaterialien-Lieferungen, sowie amtlichen Veröffentlichungen machen. Wenn nach dem halben Jahr das Unternehmen in jeder Beziehung sichergestellt sei, so gewährt Liebert dem Blatt für dauernd die Funktionen eines amtlichen Organs. Einzelheiten der Abmachungen: Das Gouvernement und alle Amtsstellen Deutsch-Ostafrika's werden die amtlichen Bekanntmachungen in der Zeitung zu einem noch zu vereinbarenden Tarif veröffentlichen. Ferner werden dem Unternehmen folgende Aufträge zugesichert: die Herstellung aller Drucksachen, die Beschaffung der Büromaterialien und Anfertigung der Buchbinderarbeiten, wenn angemessene Preise gestellt und gute Arbeit geleistet werden.[8])

Daß in der ersten Zeit die Zeitung tatsächlich in erster Linie auf Grund der Regierungsaufträge lebte, bekräftigt eine Angabe v. Roy's, nach der 50 bis 65 % der Einnahmen des Unternehmens aus Regierungslieferungen und sämtlichen Anzeigen herrührten (zum Zeichen ihres Charakters als amtliches Organ führte die DOAZ in der ersten Zeit den Reichsadler im Kopf), 25 bis 30 % aus den Anzeigen und der Rest aus den an sich schon teuren Abonnements, (Die DOAZ kostete im Anfang bei einmal wöchentlichem Erscheinen 16,— Mark jährlich) deren Zahl aber schnell von 400 auf 600 stieg und bereits nach drei Jahren 1000 überschritten hatte.

Das Verdienst v. Roy's um die Schaffung der ersten deutschen Zeitung in Ostafrika und deren Ausbau muß anerkannt

---

[7]) siehe Fritz Lange: Zur Geschichte des Pressewesens in den Kolonien, Aufsatz, erschienen in Zeitungswissenschaft 4. Jahrgang 1929 und Otto Stollowsky: Zur Geschichte der DOAZ, Aufsatz erschienen in Nr. 16 u. 17 der DOAZ, 13. Jahrgang 1911.

[8]) Akten Ia, 1. Bd. des früheren RKA.

werden. Es gehörte viel Mut dazu und Vertrauen in die Zukunft der Kolonie, ein solches Unternehmen zu gründen. Otto Stollowsky, einer unserer ältesten Afrikaner, ein Mann, der berechtigt ist, sein Urteil auch über diese Dinge abzugeben, schreibt über die Leistung v. Roy's:

„Es bedurfte sicher eines bedeutenden Organisationstalentes, um ein derartiges Etablissement von Anbeginn an richtig funktionierend in die afrikanische Wirklichkeit zu versetzen."[9])

[9]) Otto Stollowsky, Zur Geschichte der DOAZ, Aufsatz erschienen in Nr. 16 und 17 der DOAZ 13. Jahrg. 1911.

Kapitel III:

Die ersten Kampfjahre der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung". 1899—1906.

1. Rücksichtsloser Einsatz.

Wenn die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE ZEITUNG gleich von Anbeginn an einen ausgesprochenen Kampfcharakter annahm und ihn, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, bis 1914 wahrte, dann lag das in erster Linie im Wesen ihres Gründers und ersten Redakteurs W. v. Roy begründet. Ein unruhiger, sprunghafter, aber daher auch sehr beweglicher Geist, immer energiegeladen, scharf im Urteil, stets angreifend, wenn er irgendwo Fehler zu sehen meint, aber auch ohne persönliche Rücksichtnahme zum Einsatz für einmal erkannte Notwendigkeiten bereit. Roy bleibt Motor und Seele der DOAZ, solange er ihr Leiter ist. Seine Zeitung trägt daher seine Wesenszüge. Sie kämpft für die Belange der Pflanzer und Farmer, weil sie das Rückgrat der Kolonie sind. Aufstieg und Untergang Deutsch-Ostafrikas hängen von der Entwicklung dieses Standes ab, letzten Endes von der Arbeit der Pflanzer. Und diese Arbeit ist mühsam und hart und setzt Entbehrungen und Enttäuschungen voraus. Die DOAZ hat sich die Aufgabe gestellt, den Kolonisten Ost-Afrikas in seiner Arbeit zu unterstützen und zu helfen, ihm die Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Scharf und kompromißlos tritt sie darüber hinaus bei der Wahrung der durch Blut und Fleiß erworbenen Rechte der Deutschen auf, wie auch allgemein für die auf der Tatsache der höheren Kulturstufe beruhenden Belange der weißen Rasse gegenüber den Angehörigen der farbigen Rassen. Es ist erklärlich, daß die DOAZ in späteren Jahren immer mehr den Kampf führte gegen die in Deutschland aufkommenden Tendenzen zu sehr negrophiler Einstellung, zur Verhätschelung der an Strenge und Gerechtigkeit gewöhnten Eingeborenen, wie sie vor allem von der Sozialdemokratie und Zentrumskreisen propagiert wurden. Negrophile Politik führt zu Ungehorsam gegenüber den Weißen und zur Gleichgültigkeit der Eingeborenen gegenüber ihren Pflichten als Arbeitnehmer. Aufstände und Arbeitermangel sind nach Meinung der DOAZ die Folgen. Als 1906 in dem Gouvernur

Freiherr v. Rechenberg ein ausgesprochener Anhänger negrophiler Politik nach Deutsch-Ostafrika kam, war damit der Grund zu einem ständig wachsenden erbitterten Kampf der Zeitung, die inzwischen als offizielles Organ der Wirtschaftler erhebliche Rückenstärkung erfahren hatte, gegen diesen Gouverneur gelegt. Es war ein Kampf, dem von seiten des Gouverneurs fast vormärzliche Formen gegeben wurden, und der nach einem unerfreulichen Übergleiten auf persönliches Gebiet mit der Ausweisung v. Roy's aus dem Schutzgebiet endete. Aber daß es nicht die Person v. Rechenberg's war, mit der die DOAZ in Todfeindschaft geriet, sondern einzig und allein dessen Taten, insbesondere seine negrophile Politik, geht schon daraus hervor, daß bereits unter dem Vorgänger v. Rechenberg's, dem Grafen v. Götzen, zu dessen Zeiten (1901—1906) die DOAZ gute Beziehungen zu den Amtsstellen unterhielt, das Gouvernement häufig angegriffen wurde, weil es die Frage des wachsenden Arbeitermangels nicht schnell und gründlich lösen konnte. Obwohl man in der DOAZ sicher gewahr geworden ist, daß im Gouvernementspalast Kräfte wirkten, die auf Grund dieser Angriffe gegen die Regierung, schon damals eine Entziehung des inzwischen geschaffenen AMTLICHEN ANZEIGERS FÜR DEUTSCH-OSTAFRIKA in Erwägung zogen, verließ die Zeitung keinen Augenblick ihre wachsame Kampfbereitschaft für die Interessen der Kolonisten und damit — wie sie überzeugt war — für die Kolonie. Allen begründeten Wünschen der Pflanzer und Wirtschaftler, ohne Ansehen von Person und Sache, aber wurde Raum gegeben und so, wie die Zeitung sich für sie einsetzte, so setzten diese sich für ihre Zeitung ein. Auch wurde die direkte Mitarbeit dieser Kreise an der Zeitung sehr bald rege und lebhaft. Im übrigen huldigt die Zeitung — wie sie in einem Geleitwort zum 4. Jahrgang 1902 ausdrücklich betont — keiner parteipolitischen Richtung, sondern beschränkt sich mit einer Stellung außerhalb der Parteien auf einen „kolonial-nationalen" Standpunkt. Trotzdem entstanden der DOAZ, nachdem ihr Gründer v. Roy auf die größere Bequemlichkeit, eine reine Nachrichtenzeitung herauszugeben, verzichtet hatte, durch ihren betonten Kampfcharakter in allen kolonialen Dingen Gegner und damit Kämpfe, die die Zeitung nicht scheute, die aber mehrmals zu schweren Krisen für das Roy'sche Unternehmen führten.

2. Volle Unabhängigkeit: Ablehnung der Offiziosität, Schaffung des „Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ost-Afrika".

Schon bei der Beschreibung der Gründungsgeschichte der DOAZ war auf die starken Bindungen der Zeitung zum Gouvernement Lieberts hingewiesen worden. Für den finanziellen Teil dieser Bindungen könnte man beinahe von einer Abhängigkeit der Zeitung von der Regierung sprechen. In den ersten Jahren bestand sie tatsächlich in vollem Maße. Diese Tatsache mußte der DOAZ naturgemäß gewisse Schranken für ihre Ellbogenfreiheit auferlegen. Daß das Gouvernement durch die Regierungsaufträge der beste Kunde des Unternehmens war, brauchte sich unter einem Gouverneur, der wie Liebert großzügig genug war, und eine unabhängige Presse für die bessere hielt, nicht hemmend für die Meinungsfreiheit auszuwirken. Anders aber stand es um die Offiziosität der Zeitung. Die amtlichen Bekanntmachungen, die vorübergehend sogar auf der ersten Seite erschienen, und der Reichsadler im Kopf der Zeitung gaben der DOAZ immerhin einen gewissen amtlichen Charakter, und daraus ergaben sich natürlich wiederum Rücksichten, die sich hemmend für eine uneingeschränkte Meinungs- und Angriffsfreiheit ausnahmen. Auch wenn Gouverneur Liebert dem Gründer der DOAZ volle Unabhängigkeit zugesichert hatte,[1]) so erstanden Rücksichten persönlicher Art doch schon infolge der überaus guten und engen Beziehungen zwischen Gouvernement und Zeitung. Der Finanzreferent im Gouvernement, Freiherr v. Eberstein, zusammen mit Herrn v. Roy faßten daher den Plan zur Schaffung eines amtlichen Anzeigers. Der Gouverneur war damit einverstanden. Dieser Anzeiger sollte alle amtlichen Bekanntmachungen der Regierung enthalten und damit der DOAZ den Charakter des amtlichen Organs nehmen. Eine mögliche, erklärliche Identifizierung der Regierung mit dem Auftraggeber oder gar Verfasser irgendeines Kampfartikels in der DOAZ war nunmehr ausgeschlossen. Der Amtliche Anzeiger, sein genauer Titel lautet AMTLICHER ANZEIGER FÜR DEUTSCH-OSTAFRIKA, wurde zum ersten Male am 16. März 1900 der DOAZ beigelegt. Als Herausgeber zeichnete das Gouvernement, gedruckt und verlegt wurde er von v. Roy. Erst im Format der DOAZ erscheinend (27 × 40), nahm er bald das einer kleinen Zeitschrift an. Diese Regelung ist wohl von beiden Seiten begrüßt worden, jedenfalls war sie für eine selbständige Entwicklung der DOAZ und die Unabhängigkeit der

[1]) Schriftliche Angaben W. v. Roys.

Kritik förderlich. Die guten redaktionellen Beziehungen zum Gouvernement erlitten keine Einbuße.[2])

3. Das wichtigste Kampfziel der ersten Jahre: Eisenbahnen.

In der englischen Nachbarkolonie Uganda baut man eine Eisenbahn. Diese Uganda-Bahn ist großzügig und auf weite Sicht abgesteckt. Sie wird den Victoria-See mit dem Indischen Ozean verbinden. In London verspricht man sich von der Bahn nicht nur einen großen Aufschwung für Britisch-Ostafrika, man kalkuliert auch, daß der Handel umliegender Territorien, hauptsächlich Deutsch-Ostafrikas, zum guten Teil über diese Bahn gehen wird. Darum auch legen die Engländer die Schienen dicht am Kilimandjaro-Bezirk, der zu Deutsch-Ostafrika gehört, vorbei. Eine weitere Vorbedingung ist, daß die englische Bahn die erste ist, die den Victoria-See erreicht, also muß sie schnell gebaut werden. Es macht den Engländern auch nichts aus, wenn sie die Schienen durch eine weite, öde, unbewohnte Steppe führen müssen. Schnelligkeit ist alles, und — der Erste sein. Werden die Engländer wieder einmal die Ersten sein?

In Deutsch-Ostafrika ist jeder Mann, sei er Pflanzer, Farmer, Kaufmann oder Soldat in der Schutztruppe, überzeugt von der Notwendigkeit der Eisenbahnen und ihrer Rentabilität. Es bestehen auch keine Zweifel über die Planung dieser Bahnen, wenigstens nicht in der Kolonie. Im Norden, von Tanga aus, muß eine Bahn durch die Usambara-Landschaft nach dem Kilimandjaro gebaut werden (die kleine Schmalspurbahn, von Tanga aus einige Kilometer ins Land hinein, ist völlig unzulänglich). Von Daressalam aus soll die sogenannte Zentralbahn mitten durch Deutsch-Ostafrika an den Tanganjika-See führen. Sie würde auch einen Teil des Wirtschaftsverkehrs von und nach Belgisch-Kongo übernehmen. Die dritte Bahn endlich möchte man vom Hafen im Süden des Landes, Kilwa, ins Land hineinbauen. Soweit die Wünsche in der Kolonie. Ihre Erfüllung durch Reichsregierung und Reichstag war bei Ausbruch des Weltkrieges erst zur Hälfte geschehen!

Die DOAZ tritt von ihrer ersten Nummer ab mächtig für den Bahnbau ein. Freudig begrüßt sie die Nachricht, die der im Februar vom Urlaub in die Kolonie zurückkehrende Liebert mitbringt: Die Bahn von Tanga nach Korogwe (Usambara) ist

[2]) Otto Stollowsky: „Zur Geschichte der DOAZ Nr. 16 und 17 der DOAZ 13. Jahrgang 1911.

gesichert. Noch in der gleichen Nummer stellt die DOAZ die Forderung auf, die Zentralbahn zu bauen, anknüpfend an einen Bericht über eine günstig verlaufene Goldexpedition ins Innere des Landes, deren Funde nun durch die Eisenbahn auszubeuten seien.[3]) In der folgenden Zeit beherrscht das Thema Eisenbahnen die Spalten und Leitartikel der Zeitung. Immer neue Begründungen werden gebracht. In Süd-Afrika geht das Gerücht herum, daß Rhodes eine Kapstadt-Cairo-Bahn bauen will. Sofort verwendet v. Roy das Gerücht für seine Bahn-Propaganda:

„Cecil Rhodes will seine Kapstadt—Cairo-Bahn bauen. Damit wird erst Recht die deutsche Bahn zu den Seen notwendig, wenn die deutsch-ostafrikanische Küste nicht vereinsamen soll."

Die DOAZ weist auch auf den Bau der Uganda-Bahn hin, die von Mombassa aus schnell vorgetrieben wird, und ruft bedauernd aus:

„Duldet Deutschland, daß sich seiner schönsten Kolonie die eiserne Riesenschlange der Nachbarstaaten um den kraftstrotzenden Leib windet, und ihren Reichtum zum Nutzen Fremder entzieht?"

Zum Schluß dieses Artikels folgen ironische, wütende Auslassungen gegen das „theoretische Geschwätz" vom Bahnbau. Man solle sich endlich zu Taten entschließen[4]). Spaltenlang sind die Berichte über Reichstagssitzungen, wenn über koloniale Dinge debattiert wurde, oder wenn die Abgeordneten wieder einmal die Bahnbauvorlage an die Seite geschoben haben. Bissig und scharf sind dann die Kommentare in der DOAZ. Am 14. April kommt die Nachricht in die Kolonie, daß die Bahn nun doch nicht gebaut wird. Der Reichstag hat sie einstweilen abgelehnt. Mächtig geht es nun über die „kurzsichtigen Reichstagspolitiker", über die „Mießmacher" und die „Afrikakenner" her, die erst 100 %ige Sicherheit für die Rentabilität der Bahn in den Händen haben wollen. England aber baut die Bahn. Die Engländer scheinen einen weiteren Gesichtskreis in kolonialen Dingen zu haben. Ihren Lesern, die fast alle Mitkämpfer für den Bahnbau sind, ruft die Zeitung zu: Nicht verzweifeln, sondern immer wieder versuchen, zum Bahnbau zu kommen.

Im Frühjahr 1901 soll der Reichstag wieder über die Bahnbauvorlage für Deutsch-Ostafrika beraten. „Die Entscheidung

[3]) Nr. 1 der DOAZ, 1. Jahrgang 1899.
[4]) Nr. 11, 1. Jahrg. der DOAZ 1899.

naht", schreibt die DOAZ am 28. II. Man spricht vom Vater Reich, der seinem Adoptivkind Deutsch-Ostafrika die so bitter notwendige Bahn bauen soll. Keine Mühe wird von der Zeitung gescheut. Viele Tabellen und Statistiken, die die Wirtschaftlichkeit der Bahn beweisen sollen, werden veröffentlicht. Aber wieder wird der Bau verzögert. Die Verantwortlichen im Kolonialamt können ihre kolonialen Vorlagen nur dann in den Reichstag bringen, wenn er einmal gute Laune zeigt. Das Interesse für die Kolonien ist noch gering. Mit Geldforderungen für diese Kolonien darf man dem Reichstag überhaupt nicht kommen. Der koloniale Pessimismus regiert.

In Deutsch-Ostafrika stagniert inzwischen das Wirtschaftsleben. Alles hatte den Bahnbau erwartet und den damit verbundenen Aufschwung auf allen Gebieten. Jetzt wird man mutlos. Selbst der Anzeigenteil der DOAZ bekommt das zu spüren. 1902 erreicht sie den kleinsten Anzeigenteil. Der erste deutsche Kolonial-Kongreß, der im November 1902 in Berlin tagt, wird angegriffen wegen seiner Schlappheit, mit der er die Belange der Kolonien, insbesondere den Bahnbau, vertreten habe.

Auch das Jahr 1903 bringt der Kolonie noch keine Zentralbahn. Der Reichstag vertagt und vertagt. Wertvolle Zeit geht verloren. Unermüdlich sucht die DOAZ die Pessimisten zu bekehren. Da endlich, im Sommer 1904, beschließt der Reichstag, die Zentralbahn nach dem Tanganjika zu bauen. Die Mittel für die erste Teilstrecke sind bewilligt. Groß ist die Freude in der Kolonie. Fast meint man, eine gewisse Rührung aus dem Leitartikel der DOAZ herauszulesen, weil ihr Wunschtraum erfüllt ist.[5]) Nicht lange aber begnügt sich die Zeitung mit diesem Erfolg. Noch bevor die erste Teilstrecke den Zentralbahn eröffnet ist (Oktober 1906), fordert sie den weiteren Ausbau der Bahnen (Usambara- oder Nordbahn, die zunächst bis Korogwe gebaut wurde und Zentralbahn).

4. Neue Aufgaben: Überwindung des kolonialen Pessimismus' und der antikolonialen Richtungen, die Siedlungsfrage, die Eingeborenenfrage, wachsender Arbeitermangel.

Mit der Frage des Eisenbahnbaues ist eng verknüpft die Frage: wie bekommen wir eine größere Anzahl von Farmern und Pflanzern in die Kolonie. Noch gibt es in Hülle und Fülle fruchtbares und unbebautes Siedlungsland. Deutsch-Ostafrika

[5]) Nr. 25 der DOAZ, 6. Jahrg. 1904.

kann noch für lange Zeit eine unbegrenzte Zahl Kolonisten aufnehmen. Eisenbahnen werden einen Strom von Pflanzern ins Land führen, aber auch andere Hindernisse sind noch zu beseitigen. So muß erst einmal das falsche Bild verschwinden, das Kolonialpessimisten und alle möglichen Kolonialtheoretiker, die zum Teil die deutschen Kolonien nur vom Hören-Sagen oder aus überholten Büchern kannten, dem deutschen Volke vorgezeichnet haben. Sehr früh wendet sich die DOAZ gegen einen Teil der deutschen Presse, der entweder über Deutsch-Ostafrika nur gruselige Safari- und Abenteurer-Geschichten zu erzählen weiß oder gar faustdicke Lügen über unsere Kolonien verbreitet. Es ist beschämend, daß sich deutsche Zeitungen finden, die von angeblich entsetzlichen Hungersnöten bei der Eingeborenen-Bevölkerung in möglichst sensationeller Weise „berichten"[6]). Die deutschen Kolonien, um die zum größten Teil noch das Dunkel der Unkenntnis liegt, müssen einer gewissen Presse im Reich dazu dienen, ihren Stoff interessanter zu machen. Man scheut sich auch nicht, ein anderes Mal die Ehre der Kolonisten zu beschmutzen, indem ihnen Orgien und lasterhafte Ausschreitungen vorgeworfen werden.[7]) Der fleißige, ehrsame deutsche Kolonist, der in kürzester Zeit Leistungen vollbrachte, denen sogar unsere Feinde größte Achtung zollten, steht viel zu hoch, als daß es sich lohnen würde, auf solche Anwürfe weiter einzugehen. Zum Beweis für die Achtung, die die gesamte Welt unserer kolonialen Leistung entgegenbrachte, soll hier nur ein Wort von Sir Harry Johnston wiederholt werden, das dieser Mann, in dessen Händen vor dem Kriege die Verwaltung der afrikanischen englischen Kolonien lag, kurz vor Ausbruch des Weltkriegs sprach:

„Wenn von den großen kolonialen Völkern der Welt gesprochen wird, ist es schwierig, zwischen Deutschen und Engländern einen Unterschied zu machen."[8])

Die FRANKFURTER ZEITUNG leistete sich damals einen glatten Sabotage-Versuch an der deutschen Kolonial-Politik. Ende 1906 veröffentlichte sie einen Artikel „Zur Frage der Kolonial-Armee"[9]). Dieser Artikel wendet sich vollkommen unberechtigt gegen eine wachsende Einflußnahme des Militärs

---

[6]) Nr. 11 der DOAZ, 1. Jahrg. 1899.

[7]) siehe auch Nr. 78 der DOAZ 1. Jahrg. 1909.

[8]) Entnommen aus: Das Kolonialproblem Deutschlands von Dr. G. Kurt Johannsen und Heinrich Kraft, Hamburg 1936.

[9]) s. Nr. 17 der DOAZ, 9. Jahrg. 1907.

in den Kolonien zugunsten der zivilen Verwaltung. Man liest wörtlich:

„Denn ein verständiger Verwaltungsbeamter, dem sein Bezirk wirklich kulturelle Aufgaben stellt, wird sich nie und nimmer zu einer Vernichtungsmethode gegen seine schutzbefohlenen Bezirksinsassen verstehen können, wie es im letzten Aufstande im Süden Ostafrikas der Fall gewesen ist. Hier wurde solange auf die Eingeborenen losgehetzt und geschossen, bis alle tot oder in entlegene Gegenden geflohen, und die an diesem „Feldzuge" teilnehmenden Herren Europäer mit dem Schwerterorden versehen waren!"

Vom rechtlichen Standpunkt sind diese Bemerkungen unwahr (die betreffenden tapferen deutschen Schutztruppenoffiziere konnten selbstverständlich alle die haltlosen Anschuldigungen entkräften), vom moralischen Standpunkt aus sind sie beschämend für den Schreiber, und vom nationalen Standpunkt aus betrachtet, grenzen sie an Hochverrat. Jahre später, 1919 in Versailles, waren solche Artikel und „Berichte" aus der deutschen Presse von unseren Feinden sehr gesucht und haben dann die „Unterlagen" zur berüchtigten „Mantelnote" mit abgegeben.

Gegen alle derartigen Anwürfe ging die DOAZ mutig vor. Sie sorgte dafür, daß die Wahrheit über Deutsch-Ostafrika wenigstens dem, der sie hören wollte, bekannt wurde. Es fanden sich nach und nach auch Blätter, wie die TÄGLICHE RUNDSCHAU, HAMBURGER NACHRICHTEN, DEUTSCHE TAGESZEITUNG, LEIPZIGER NEUESTE NACHRICHTEN u. a., die die DOAZ als Korrespondenz benutzten, was allen Kreisen der Kolonie-Freunde sehr erwünscht war. Aber die Propaganda für die Kolonien, für Deutsch-Ostafrika, machte nur langsame Fortschritte. Es bleibt uns heute unerklärlich, daß die Reichsregierung damals für die Aufklärung des Deutschen Volkes über den Wert der Kolonien nicht mehr getan hatte als das, was unbedingt notwendig war. Eine Erklärung des früheren Reichskanzlers Graf v. Caprivi verdient, festgehalten zu werden. C a p r i v i sagte einmal:

„Es kann uns kein größeres Unglück widerfahren, als wenn man uns ganz Afrika schenkte." (!)[10])

Das Thema: Propaganda für die Kolonien und Vertretung ihrer Interessen im Reich ist in den Kolonien sehr akut, insbesondere in Deutsch-Ostafrika. Die verschiedensten Möglichkeiten werden in der Zeitung durchgesprochen. Einen annehm-

[10]) Bernhard Perrot: Die Zukunft Deutsch-Ostafrikas, Berlin 1908.

bar erscheinenden Vorschlag machte die DOAZ im Frühjahr 1906: Sie fordert für die drei größten Kolonien Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika und Kamerun je drei selbst zu wählende Reichstagsabgeordnete, damit die Kolonie nicht mehr zufällig durch eine Handvoll Abgeordnete vertreten wird, die zwar Freunde des kolonialen Gedankens sind, aber nicht viel oder nur theoretische Kenntnisse von den Dingen hätten. Weiter stellt schon 1903 im Februar (Nr. 8) die Zeitung die Forderung nach Schaffung eines Reichskolonialamtes anstelle der Verwaltung der Kolonien durch eine Abteilung des Auswärtigen Amtes. (Diese Forderung wurde ein Jahr später verwirklicht. Auch hiervon versprach man sich eine umfangreichere und zweckmäßigere Erschließung der Kolonien.

Eine weitere Vorbedingung für die Ansiedlung von Kolonisten und damit überhaupt für einen wirtschaftlichen Aufschwung Deutsch-Ostafrikas war die Regelung der Arbeiterverhältnisse. Die beginnenden Bahnbauten hatten schon damals in vielen Bezirken geradezu einen Mangel an Arbeitskräften entstehen lassen. Es gab eine Arbeiterfrage, und im engen Zusammenhang damit fing man an, sich über die Frage der Behandlung der Eingeborenen zu streiten. Die deutsch-ostafrikanischen Kolonisten haben ihre Erfahrungen mit den Eingeborenen gemacht. Sie wissen, wie man sie behandeln muß.

Der Neger arbeitet im allgemeinen ungern, tut jedenfalls nur soviel, um nur eben nicht zu verhungern. Es ist schwer, ihn zur Mehrarbeit zu erziehen. Dennoch konnte nicht auf die Arbeitskraft des Negers verzichtet werden. Denn ohne sie ist die Existenz einer jeden Pflanzung oder Farm in den Tropen unmöglich. Der Weiße würde bei schwerer körperlicher Arbeit dem Klima sofort erliegen. Der schwarze Arbeiter bekommt seine Arbeit bezahlt. Aber was sollte er mit Geld, wenn er es nicht braucht. Also schuf man die sogenannte Hüttensteuer, eine harmlose, niedrige Abgabe, die aber immerhin bezweckte, daß der Neger häufiger zum Europäer kam, um sich das Geld zu verdienen. Man hat in Deutsch-Ostafrika mit der Hüttensteuer, die später in eine Kopfsteuer verwandelt wurde, die besten Erfahrungen gemacht. Ihre Eintreibung ging reibungslos vor sich. Wie lange der schwarze Arbeiter auf der Pflanzung blieb, hing außer von seinem Arbeitsvertrag auch von der Behandlung ab, die er dort durch den Europäer erfuhr. Aus der Praxis der Kolonisten hat es sich nun klar ergeben, daß ein strenger, aber ebenso gerechter Herr den Eingeborenen am liebsten ist. Der Schwarze hat ein primitives, aber stark ausgeprägtes Gerech-

tigkeitsgefühl, und in der gesamten Literatur über unsere afrikanischen Kolonien finden sich Beispiele, wie der Schwarze gern die für irgendein Delikt festgesetzte Anzahl von Hieben empfing, ja daß er sogar freiwillig danach verlangte, wenn er sich für eine strafbare Handlung schuldig fühlte. Es gibt auch genug Beispiele aus der Praxis der deutschen Rechtspflege bei den Eingeborenen, wo der Verurteilte, wenn ihm die Wahl blieb zwischen Prügel oder Haft, sich freudig für die Prügel entschied. Sie war eben nach der Psyche des Negers das Humanste und am leichtesten zu ertragende Mittel der Bestrafung. Eingeborene und Herren waren hierin einer Meinung.

Wenn dennoch die Frage der Eingeborenenbehandlung von allen Kolonialproblemen die Gemüter der an Kolonialpolitik Interessierten beunruhigte, wenn der Staub, der zuerst in Deutschland von verständnis- und kenntnislosen Laien nur zu parteipolitischen Zwecken aufgewirbelt wurde, schließlich bis in die Kolonien drang, insbesondere nach Deutsch-Ostafrika, und dort dann heiße Kämpfe verursachte, so lag es nicht an den Kolonisten. Für sie gab es keine Frage der Behandlung der Eingeborenen. Sie war nur dort, wo es diese Eingeborenen nicht gab. Sie entstand in den Hirnen von Menschen, die vorher noch keine Neger kennengelernt hatten und wurde zum Zwecke reiner Parteidemagogik vornehmlich in sozialdemokratischen Versammlungen ausgerufen und drang schließlich, nachdem sich auch aus Kreisen des Zentrums und einiger katholischer Missionen Anhänger der sogenannten Negrophilie (wie man später in der Kolonie allgemein die Neger verhätschelnden Strömungen bezeichnete) in den Reichstag. Man maß die Psyche des Negers, weil man sie nicht kannte, mit der eines deutschen Arbeiters und schrie immer lauter „Abschaffung der Prügelstrafe für die Eingeborenen".

1900 drangen solche Parolen in verstärktem Maße nach Deutsch-Ostafrika. Die DOAZ lief sofort Sturm dagegen. Sie wies darauf hin, daß die Abschaffung der Prügelstrafe wohl für Europa angebracht sei, aber nicht für Afrika. Die Zeitung rief sodann ihre Leserschaft zum schriftlichen Protest auf. Sie legte zu diesem Zweck allen Exemplaren eine an die Redaktion der DOAZ adressierte Postkarte bei.[11]) Die Leserschaft stand hinter der Zeitung. Alle eingehenden Beantwortungen waren positiv (auch in neuester Zeit haben große Zeitungen — insbesondere englische Blätter — ihre Leserschaft auf diese Weise um

[11]) Nr. 15 der DOAZ 2. Jahrg. 1900.

Stellungnahme zu irgendwelchen Problemen aufgefordert). — Als 1904 in Deutsch-Südwest der Herero-Aufstand ausbricht, fürchtet die DOAZ, die überzeugt ist, daß dieser Aufstand eine Folge zu humaner Behandlung der Eingeborenen ist, einen Rückschlag für das gesamte Kolonialwesen überhaupt. Sie beugt in einem Leitartikel dem vor durch die Behauptung, daß der Aufstand in Südwest eine Folge dauernder Vernachlässigung der Kolonie sei. Hätte man z. B. der Forderung nach einer großzügigen, unterstützten Einwanderung von Deutschen in die Kolonien nachgegeben, wäre ein derartig schwerer Aufstand nie ausgebrochen.[12]) In diesem Zusammenhang spricht sich der Leitartikler auch gegen den Vermögensnachweis von 9000,— bis 12 000,— Mark für Ansiedler aus, der zu hoch gesetzt sei. Auch solle man das Land, von dem ja übergenug da sei, kostenlos an die Siedler abgeben.

Kaum ist der Aufstand in Südwest niedergeschlagen, da fängt es im Süden Deutsch-Ostafrikas an zu gären. In dieser kritischen Zeit kommt aus der britischen Nachbarkolonie Uganda die Nachricht von der Verurteilung eines Deutschen zum Tode, weil er angeblich einen Neger getötet habe (der Schuldbeweis sollte sich lediglich auf Angaben von Schwarzen stützen). Die DOAZ, die dieses Urteil einen Justizmord, eine Dummheit und Niedertracht nennt,[13]) kritisiert andererseits eine Woche später das Obergericht in Daressalam wegen der Strafgerichtsbarkeit gegen Eingeborene, deren Berufungsmöglichkeiten zu stark eingeschränkt seien.[14]) Diese Kritik an einer deutschen Instanz zugunsten der Eingeborenen bedeutet keinen Widerspruch zu der sonstigen Stellung der Zeitung in der Frage der Eingeborenenbehandlung. „Streng, aber auch gerecht", das ist die Erziehungsparole der Pflanzer, deren Sprachrohr die DOAZ ist. Dieser Einstellung, die auf Schutz der Eingeborenen genau so wie auf deren strenge Behandlung abgestellt war, entsprach auch das Eintreten der Zeitung in den ersten Jahren ihres Bestehens für die Abschaffung der Reste einer mehr oder weniger verschleierten Sklaverei der Eingeborenen bei den Arabern, wie auch für den Schutz des Negers vor Ausbeutung durch die indischen Kaufleute.

Wenden wir den Blick zurück in das Jahr 1905, in dem für Deutsch-Ostafrika durch den Aufstand verschiedener Neger-

---

[12]) Nr. 5 der DOAZ 6. Jahrg. 1904.
[13]) Nr. 6 der DOAZ 7. Jahrg. 1905.
[14]) Nr. 8 der DOAZ 7. Jahrg. 1905.

stämme vorübergehend eine kritische Lage entstand. Bei den ersten verdächtigen Anzeichen spricht die DOAZ ihre Warnungen aus und macht vorsorgende Vorschläge. So riet sie schon im Frühjahr 1905 zu einer maßvollen Waffenbeschlagnahmung bei den Eingeborenen[15]) da durch, das damals neu geschaffene Gewehrstempelgesetz festgestellt worden war, daß sich immerhin einige hunderttausend Gewehre — meistenteils allerdings Vorderlader — im Besitz der Eingeborenen befanden. Der Aufstand in Südwest sollte gerade in dieser Beziehung als Warnung dienen.

Im Sommer 1905 bricht der Aufstand aus. Er ergreift schnell den ganzen Süden der Kolonie und kommt bis an die Grenzen des Daressalamer Bezirks heran. Jetzt fordert die DOAZ energisch Verschärfung der Prügelstrafe, „trotz der verständnislosen und gegenteiligen Meinung im Reich".[16]) Die Zeitung begründet ihre Forderung ferner mit dem schnellen Anwachsen der Diebstahlfälle durch Eingeborene. Im Zusammenhang mit dem Aufstand mehren sich auch die Angriffe der DOAZ gegen die Missionen, da sie im allgemeinen ihre Zöglinge zu human behandelten, so daß sie schlechte und wenig begehrte Arbeiter abgäben. Auch seien die Missionen selbst schuld, wenn die Horden der Aufständischen zuerst ihre Missionsgebäude in Flammen aufgehen ließen. Sie sollten dann nur nicht, wie anscheinend die Absicht bestünde, die Regierung wegen der im Aufstand verursachten Schäden um Ersatz ersuchen. Der deutsche Steuerzahler werde sich energisch dagegen wenden, die „selbst verschuldete Pleite anderer", mit seinem Gelde zu decken.[17]) Über die Frage, wer die Schuld am Aufstande trage, gibt die DOAZ Auskunft. Sie wendet sich gegen die vielen im Reich auftauchenden Mutmaßungen über die Gründe. Keine Steuern, keine Verordnungen seien Schuld, nicht das Regime, keine zu strenge Behandlung der Eingeborenen, sondern einzig und allein der Ehrgeiz der Häuptlinge, sich ihre durch die deutsche Herrschaft verminderte Macht wiederzuholen.[18]) Im Gegenteil erhebt die Zeitung nunmehr sogar mit größerem Eifer die Forderung nach Erhöhung der Hüttensteuer, um so die Arbeiterfrage, die in wachsendem Maße in den letzten Jahren d i e große Sorge der Pflanzer wurde, zu lösen. Man solle die Steuer um das Doppelte er-

[15]) Nr. 9 der DOAZ 7. Jahrg. 1905.
[16]) Nr. 27 der DOAZ 7. Jahrg. 1905.
[17]) Nr. 42 der DOAZ 7. Jahrg. 1905.
[18]) Nr. 50 der DOAZ 7. Jahrg. 1905.

höhen. Wenn die einzelnen Bezirke sie nicht in der geforderten Höhe aufbringen könnten, sollten die Dorfschaften unter Führung ihrer Häuptlinge gegen Bezahlung die Steuern abarbeiten.[19]) Die große bekannte Baufirma Philipp Holzmann & Co. gedenkt, der Arbeiternot für sich abzuhelfen durch Einfuhr von tausend chinesischen Kulis. Diesen Plan nimmt die DOAZ wieder zum Anlaß, die Erhöhung der Hüttensteuer zu fordern,[20]) damit man den Bedarf an Arbeitskräften im eigenen Lande decken könne. Die Vorschläge sind jetzt schon präzisierter: Den Eingeborenen, die nachweisbar schon bei Europäern gearbeitet hätten, solle Steuerermäßigung gewährt werden. Von einer für ganz Deutsch-Ostafrika gleichgeltenden Lösung wird abgeraten; sie müsse je nach den Bedürfnissen in den einzelnen Bezirken ausfallen. „Man lasse den lokalen Behörden dabei Spielraum", sagt die Zeitung. Interessant ist auch, daß die DOAZ Zwangsarbeit in irgendeiner Form verwirft, da sie höchstens Auswanderung der besonders hart betroffenen Stämme zur Folge haben könnte. Im Zusammenhang mit der Arbeiterfrage wird ein anderes, sehr bedeutsames Thema angeschnitten: Warum stehen die Eingeborenen allen Maßnahmen der Regierung so teilnahmslos gegenüber? Nicht zuletzt, weil die patriarchalische Herrschaft der Häuptlinge zerstört wurde zugunsten einer farbigen Beamtenhirarchie. Sie habe keine Vorteile gebracht, sondern nur Erbitterung hervorgerufen. Der stammesfremde Akide (farbiger Beamter) habe ebenso wenig Fühlung mit den Leuten wie der Europäer.

Die Arbeiterfrage wird immer drohender. Schon stehen nach einer Meldung der DOAZ im Norden der Kolonie, im wichtigsten Wirtschaftszentrum Deutsch-Ostafrikas mit den meisten Pflanzungen, einige Unternehmen vor dem Zusammenbruch, weil sie nicht genügend Arbeiter bekommen. (Der Bahnbau erfordert auch dort das größte Aufgebot an Arbeitskräften.) In dieser Zeit wird Graf v. Götzen von seinem Posten als Gouverneur abberufen, mitten in seinen Bemühungen, die Arbeietrfrage zu lösen (er hatte u. a. kurz vorher eine Konferenz der Pflanzer des Nordens einberufen, auf der sich Regierung und Wirtschaftler über die möglichen Maßnahmen aussprachen.[21]) Der neue Gouverneur, Freiherr v. Rechenberg, fand eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe vor. —

---

[19]) Nr. 1 der DOAZ 8. Jahrg. 1906.
[20]) Nr. 3 der DOAZ 8. Jahrg. 1906.
[21]) Nr. 10 der DOAZ 8. Jahrg. 1906.

5. Gouverneur Graf v. Götzen und die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung".

Es ist nur allzu selbstverständlich, daß die DOAZ die Abberufung Lieberts als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, die Ende 1900 in der Kolonie bekannt wird, sehr bedauert. Abgesehen davon, daß Liebert durch sein Eintreten die Schaffung einer unabhängigen Presse in Deutsch-Ostafrika erst ermöglichte und diese dann mit Regierungsaufträgen wirtschaftlich unterstützte, verloren die Kolonisten in ihm einen guten Kameraden und einen großzügigen und verständnisvollen Förderer ihrer schwierigen Aufbauarbeit. (Wegen seiner Verdienste wurde Oberst Liebert nach Rückkehr ins Mutterland zum General befördert und vom Kaiser geadelt.) Die DOAZ hatte bis zum Scheiden Lieberts die allerbesten Beziehungen zum Gouvernement gepflegt. Der Leitartikel der Zeitung zur Ankunft des neuen Gouverneurs v. Götzen (20. April 1901) war demgemäß nicht überschwänglich, wenn er auch einen höflichen Willkommensgruß enthielt. Die Hauptpunkte seines Regierungsprogramms werden begrüßt: wirtschaftliche Förderung der Kolonie, Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit.

Eine der ersten Amtshandlungen v. Götzens ist die Aufhebung einer Vergünstigung, die die DOAZ auf Antrag Lieberts seinerzeit vom Auswärtigen Amt gewährt bekam: Zollfreie Einfuhr der Maschinen und anderer Gebrauchsgegenstände für den Druckerei-Betrieb[22]). Am 1. Mai wird v. Roy mitgeteilt, daß er hinfort diese Vergünstigungen nicht mehr beanspruchen könne. Graf v. Götzen war als Beamter vielleicht noch peinlicher als Liebert und mochte der Meinung gewesen sein, daß eine solche Vergünstigung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu verantworten sei. Auch läßt sich Götzen erst vom Kolonialamt die Erlaubnis dazu geben, die Zeitung mit amtlichem Material versorgen zu dürfen.[23]) Diese Kleinigkeiten verursachen natürlich keinen Bruch zwischen Zeitung und Gouvernement, rufen auch keine Angriffe gegen den Gouverneur hervor, sie verhindern aber doch, daß ein so enges Verhältnis zustandekommt wie unter Liebert.

In vorsichtiger Zurückhaltung bringt die DOAZ noch lange Zeit nur kurze Notizen über den Gouverneur. Die Beziehungen der Zeitung zum Gouvernementspalast sind weiter rege und bringen Material ein und Unterlagen für manchen Artikel oder

---

[22]) Akten Ia 1. Bd. des früheren RKA.
[23]) Akten Ia 1. Bd. des früheren RKA.

Bericht. v. Götzen hat das Unglück, Gouverneur in Deutsch-Ostafrika zu sein zu einer Zeit, da daheim in Deutschland der koloniale Pessimismus jedes Interesse für die Kolonien im Keime erstickt. Die Bahnen fehlen der Kolonie vor allen Dingen. Der Gouverneur bemüht sich mit großem Eifer, diese lebenswichtige Frage zu lösen. Aber der Widerstand im Reichstag ist zu groß. Drei Jahre noch bleibt die Kolonie ohne die Zentralbahn. Das Wirtschaftsleben, besonders im mittleren Teil der Kolonien und im Süden, stagniert allmählich, Mißmut herrscht unter den Kolonisten, und auch in der Schriftleitung der DOAZ. So entsteht in dieser Stimmung der erste Leitartikel gegen das Gouvernement, das zu großer Sparsamkeit beschuldigt wird.[24]) Dieser Angriff bleibt aber zunächst der einzige. Im Gegenteil wird etwa vier Monate später dem aus dem Urlaub zurückkehrenden Gouverneur sogar ein freundlich gehaltener Begrüßungsartikel gewidmet.[25]) Götzens Bemühungen werden darin anerkannt, und man weiß auch, wie schwer es für einen Kolonialpolitiker in dieser Zeit ist, auch nur etwas zu erreichen.

Erst 1904 kommt es über die Arbeiterfrage zu immer häufigeren, oft versteckten Angriffen gegen das Gouvernement. Die Arbeiterbeschaffungsfrage wird nicht so schnell gelöst, wie es nach Ansicht in Pflanzerkreisen in vielen Bezirken, besonders im Norden der Kolonie, erforderlich wäre. Die Kritik an Maßnahmen des Gouvernements bleibt aber in allem streng sachlich. Positive und anregende Vorschläge bilden weiterhin den Hauptinhalt der Leitartikel. Unberechtigt erscheint es daher, daß schon im Jahre 1904 der Referent im Gouvernement, Geheimrat Stuhlmann, dem Kolonialamt von heftigen Klagen über die Zeitung berichtet.[26]) Stuhlmann ist erbost über die fortwährenden Angriffe in der Arbeiterfrage, der Besteuerung und dem Munitionshandel. Der Geheimrat beantragt, ihn zu ermächtigen, daß er der DOAZ untersagt, weiterhin auf den amtlichen Anzeiger den Untertitel „Beilage zur Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung" zu drucken, „weil das bei den Lesern zu der irrigen Ansicht führen muß, daß die Zeitung enge Beziehungen zum Gouvernement hat." Interessant ist weiter, daß nicht v. Götzen selbst an das Kolonialamt schrieb, und zu beachten ist auch, daß im Frühjahr 1903, während der Gouverneur in Deutschland weilte, die DOAZ plötzlich den Reichsadler mit

[24]) Nr. 1 der DOAZ 5. Jahrg. 1903.
[25]) Nr. 20 der DOAZ 5. Jahrg. 1903.
[26]) Akten Ia, 1. Bd. des früheren RKA.

Krone (ein Rudiment aus den Zeiten, in denen die Zeitung noch amtlichen Charakter hatte) aus dem Kopf verschwindet.[27]) Dieser Geheimrat Stuhlmann ist die treibende Kraft im Gouvernement gegen die DOAZ.

1905 mehren sich die Angriffe gegen die Regierung. Einmal ist die Sparsamkeitspolitik des Gouverneurs Gegenstand heftiger Kritik, ein andermal eine Stellungnahme v. Götzens zur Arbeiterfrage.[28]) „Kein Bürokratismus und keine Sparsamkeit", betitelt sich ein Leitartikel gegen den sich angeblich auch in Deutsch-Ostafrika breitmachenden Typ des „Büromenschbeamten", der nicht in die Kolonien passe.[29]) Vor lauter großen und hohen Aktenstöße habe der Kolonialbeamte keinen Blick mehr für die Wirklichkeit draußen im Lande. Er solle vielmehr in seinem Bezirk herumreisen, diesen erst einmal richtig kennenlernen, um dann Mißstände schneller beseitigen zu können, nach dem Vorbild der Schutztruppe, die in dieser Hinsicht Mustergültiges geleistet hatte. Die Tagegelder, bei der Sparsamkeitspolitik v. Götzens bisher das Haupthindernis für solche Reisen, könnten ruhig wegfallen, da man bekanntlich auf Safari billiger lebe als in der Stadt. —

Solche Kritik führte dazu, daß schon im Jahre 1905 im Gouvernement ernstlich darüber debattiert wurde, ob man der DOAZ nicht den Amtlichen Anzeiger entziehen, und diesen in der Schuldruckerei in Tanga herstellen lassen solle.[30]) Wer diesen Plan aufstellte, geht aus den Akten nicht hervor. Man geht aber wohl nicht fehl, wenn man in Geheimrat Stuhlmann auch hier den Urheber sieht. Fest steht nur, daß der Gouverneur sich gegen diesen Plan aussprach. Er begründete seine Stellungnahme damit, daß man für den Fall einer Entziehung des Amtlichen Anzeigers jede Kontrolle über die Zeitung verlieren würde, die jetzt durch das Geschäft mit dem Anzeiger doch noch in gewissem Sinne abhängig wäre. Daß Gouverneur v. Götzen im allgemeinen sehr großzügig über die Unabhängigkeit der Presse dachte, geht aus einem Brief hervor, der zur Zeit, als v. Rechenberg schon Gouverneur in Deutsch-Ostafrika war, von einer Persönlichkeit im Auswärtigen Amt an den Legtionsrat Dr. v. d. Groeben geschrieben wurde.[31]) Da heißt es u. a.: schon Stuhlmann habe unter v. Götzen den Plan gehabt, die DOAZ. totzumachen. (Sehr wahrscheinlich handelt es sich

[27]) Ab Nr. 11 der DOAZ, 5. Jahrg. 1903.
[28]) Nr. 12 der DOAZ, 7. Jahrg. 1905.
[29]) Nr. 5 der DOAZ, 7. Jahrg. 1905.
[30]) Akten Ia, 1. Bd. des früheren RKA.
[31]) Akten Ia, 1. Bd. des früheren RKA.

hier um den Plan zur Entziehung des amtlichen Anzeigers.) Götzen hätte sich aber dazu nicht entschließen können. Er selbst soll geäußert haben, daß eine koloniale Zeitung schimpfen muß. Er habe der DOAZ dieses Schimpfen nie übelgenommen. Den Plan, diese Zeitung totzumachen, habe er schon deshalb nicht unterstützt, weil dann vielleicht eine mächtigere und noch unabhängigere Zeitung in die Kolonie gekommen wäre. Es sei im Gouvernement ferner noch der Plan erwogen worden, dem Gouvernement eine eigene Druckerei zu schaffen, in der dann der amtliche Anzeiger gedruckt werden sollte. Und damit dieses Regierungsblatt auch abonniert würde, sollte ihm — wie es ähnlich auch in Britisch-Uganda und Zansibar sei — ein Nachrichtendienst beigegeben werden.

v. Götzen dachte also nicht so wie sein Referent. Er nahm — wie in allen Fragen — eine versöhnliche Haltung ein. Es muß ihm auch nachgesagt werden, daß er allgemein viel Verständnis für die Nöte und Sorgen der Kolonisten aufbrachte. Wenn er die Arbeiterfrage nicht lösen konnte, so war wohl z. T. Schuld daran die fehlende Zeit, da der große Aufstand, der unter seiner Regierung ausbrach, die Anspannung aller Kräfte für die Unterwerfung der Aufständischen erforderte. Andererseits verdankt die Kolonie dem Grafen mit den Bau der Eisenbahn nach dem Tanganjika, die bekanntlich im Sommer 1904 vom Reichstag bewilligt wurde. Als Graf v. Götzen 1905 aus der Kolonie schied, wies die DOAZ darauf hin, daß er am längsten auf seinem Gouvernementsposten ausgehalten habe (5 Jahre) und anerkennt, daß er in dieser Zeit viel Gutes dem Lande gebracht, wofür ihm die Kolonie Dank wisse.[32])

6. Form und Inhalt der Zeitung, Schriftleiter und Mitarbeiter, das „Ostafrikanische Waidwerk", der technische Betrieb.

„Unter den Akazien" ist eine der Hauptgeschäftsstraßen im Daressalam der Vorkriegszeit gewesen. In dieser, mit hochgewachsenen Akazien bestandenen Allee befand sich in einem damals neuen großen weißen Hause der Betrieb der DOAZ. Am Sonnabend, wenn die Zeitung ausgegeben wurde, war dieses Haus für einige Stunden Mittelpunkt des Daressalamer Lebens. Die Europäer der Stadt, die fast alle Abonnenten der Zeitung waren, ließen sie am Erscheinungstag durch ihre schwarzen Boys abholen. Oft standen an die hundert von ihnen plaudernd, schwatzend und schreiend vor dem Zeitungsgebäude,

[32]) Nr. 16 der DOAZ, 7. Jahrg. 1905.

bis einem jeden sein Blatt in die Hand gedrückt wurde. Hier, vor dem Zeitungsgebäude, machten die Schwarzen ihre „Zeitung", zusammengestellt aus den Erzählungen, den Schilderungen, dem Klatsch aus den Wohnungen ihrer weißen Herren und hauchdünnen Gerüchten, die die Boys an diesem Treffpunkt zusammentrugen. Es war eine große Freude für den Boy, wenn er am Sonnabend nachmittag (erst von 1907 ab erschien die DOAZ auch Mittwochs) die Zeitung abholen durfte.[33])

Aber auch die weiße Bevölkerung Daressalams freute sich auf den Tag, an dem sie ihre Zeitung bekam. Man muß es dem Gründer und ersten Redakteur lassen; er verstand es, mit den wenigen Mitteln, die er in den ersten Jahren zur Verfügung hatte, seine Zeitung stets lesenswert zu gestalten. Und es war gewiß nicht einfach im Anfang, allein die 8 Seiten wöchentlich mit interessantem Stoff zu füllen. Die Mitarbeiter mußten erst gewonnen, Berichterstatter an den verschiedensten Punkten in der Kolonie erst ausfindig gemacht werden. Auch waren damals noch keine Korrespondenzen vorhanden. Trotzdem war der Inhalt schon von der ersten Nummer an außerordentlich vielgestaltig und wurde von Jahr zu Jahr mehr ausgebaut. Schon nach wenigen Nummern zeigte sich, daß die europäischen Bewohner der Kolonie mit großer Freude die Schaffung der DOAZ aufgenommen hatten. Viele Pflanzer, die über einige schriftstellerische und journalistische Begabung verfügten, schrieben Artikel feuilletonistischer Art oder auch wirtschaftliche und landwirtschaftliche Abhandlungen, Berichte über ihre Erfahrungen in der Praxis. Andere wieder übernahmen die Berichterstattung aus ihrem Bezirk. Es bildete sich so von Anfang an eine Interessengemeinschaft zwischen Zeitung und Kolonisten. Kaum wurde in den ersten Jahren einmal ein Honorar gezahlt.[34]) Viele wertvolle Artikel, zahllose kleine Berichte aus dem Innern des Landes wurden so der DOAZ ohne einen Pfennig Vergütung auf den Redaktionstisch gelegt. Diese finanzielle Entlastung gab wiederum dem Blatt einen schnellen Auftrieb. Der Umfang dehnte sich in den ersten Jahren schon von 8 auf 14 Seiten pro Nummer aus, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß das Format der Zeitung in der gleichen Zeit ebenfalls vergrößert wurde, und zwar von 27×40 im Jahre 1899 auf 29×45 vom November 1906 ab. Interessant ist auch das verhältnismäßig große Anzeigengeschäft in diesen Jahren.

---

[33]) Schilderungen W. v. Roy's und Prof. Zintgraffs.

[34]) Angabe W. v. Roy's für die DOAZ und Schulinspektor Blank für die „Usambara-Post".

Vom Gesamtumfang einer jeden Nummer nahmen die Anzeigen 45 bis 50 % ein. Der Textteil war aufgeteilt in folgende Hauptsparten:

1) Redaktioneller Hauptteil, in dem in Form von Leit- und anderen Hauptartikeln zu allen Problemen und Tagesfragen, die die Kolonie angehen, die Meinung gesagt und Forderungen aufgestellt werden.
2) „Aus der Kolonie". Das sind Berichte aus allen Teilen Ostafrikas. Bis zu 20 solcher Nachrichten aus der Kolonie waren schon nach wenigen Jahren oft in einer einzigen Nummer enthalten. Das zeigt zugleich, wie gut der Berichterstattungsdienst ausgebaut war.
3) „Letzte Kabelnachrichten". Diese Sparte brachte eine Auswahl der Nachrichten des englischen Reuter-Büros, das in Zansibar eine Niederlassung besaß und seine Meldungen hektographiert mit einer Dhau (arabischer Küstensegler) nach Daressalam sandte. (Später wurde dieser mittelalterliche Weg der Nachrichtenübermittlung auch für die Strecke Zansibar—Daressalam durch den Telegraphen ersetzt.)
4) Meldungen aus den Nachbarkolonien, besonders aber aus Britisch-Uganda, aus Mombassa und Zansibar und aus dem portugiesischen Beira und schließlich auch aus den anderen afrikanischen deutschen Kolonien, waren unter der Rubrik „Aus anderen Kolonien" zusammengefaßt.
5) „Aus Daressalam und Umgebung". Diese Sparte stellte den lokalen Teil dar. In ihr finden sich alle Nachrichten aus der Landeshauptstadt. Daressalam, eine schnell aufblühende Stadt mit ca. 25 000 Einwohnern damals, die ein buntes Völkergemisch darstellten, eine Stadt, die Neger, Araber, Inder, Goanesen und Angehörige fast aller europäischen Nationen beherbergte, die Sitz der Regierung und Garnison für eine Kompagnie Askaris war, die einen großen Hafen hatte und später Endpunkt einer wichtigen Bahnlinie wurde, gab immer Stoff für einen guten Lokalreporter. Und so spiegelte der lokale Teil der DOAZ bis in alle Einzelheiten das Leben und Aufblühen der deutsch-ostafrikanischen Hauptstadt wieder. Die Leser werden fortlaufend über den Stand der Bauarbeiten am Dock im Hafen, bei den Eisenbahnen, beim Straßenbau in der Stadt oder beim Erweiterungsbau irgendeines Hotels oder über die Aufführung eines neuen repräsentativen öffentlichen Gebäudes unterrichtet. Berichte über den Gouverneur, über Veränderungen in der Verwaltung usw. kamen aus bester Quelle. Dann las man beispielsweise, daß der Gouverneur eine Schulvisite abgehalten

hat und so zufrieden war mit den Fortschritten der schwarzen Zöglinge, daß der Lehrer sich für seine Schule ein Harmonium ausbitten durfte und einige Wandkarten. Ein Daressalamer hat vor den Toren der Stadt einen Löwen geschossen. Ein schwarzer Boy hat seinen Herrn bestohlen, ein Neger aus der Eingeborenenstadt sein Weib ermordet und ein Bismarck-Denkmal soll in Tanga errichtet werden; alles das wird berichtet, was irgendwie interessieren könnte. Wieviel dankbarer ist der Leser in der abgeschiedenen Kolonie auch über die harmloseste Meldung, als der verwöhnte Zeitungsleser im Mutterlande.

6) Als eine weitere Sparte wird schon im ersten Jahr ein Feuilleton eingerichtet. Zunächst sind nur kleine Novellen in Fortsetzungen abgedruckt, dann aber folgen schon bald kurze Reisebeschreibungen, Landschaftsskizzen aus Deutsch-Ostafrika, humoristische Plaudereien aus dem Umgang mit den Eingeborenen, und ab 1906 findet sich in jeder Nummer gar eine Fortsetzung eines Romans. Auf dieser Unterhaltungsseite entwickelt sich schon nach kurzer Zeit so etwas wie ein eigenes deutsch-ostafrikanisches Schrifttum. Ich werde darauf in einem weiteren Kapitel noch eingehen.

Zur Unterhaltung diente weiter die Beilage DAS OSTAFRIKANISCHE WAIDWERK, die vom Jahre 1905 ab alle vier Wochen einmal der Zeitung beigelegt wurde. Der bekannte Elefantenjäger Knochenhauer gab die Anregung zur Herausgabe und verantwortlich zeichnete W. v. Roy. Wenn man einen Jahrgang dieser in Quartformat erscheinenden Zeitschrift zur Hand nimmt, ist man zunächst erstaunt über die hochwertige technische Ausstattung des Blattes. Guter Druck, gutes Papier, beste Satz- und Umbruchsarbeit lassen erkennen, auf welcher Höhe schon 1905 der technische Betrieb der DOAZ stand. Diese bemerkenswerte Beilage, für die der bekannte Tiermaler Wilhelm Kuhnert den schönen Titelkopf zeichnete, brachte Safari-Beschreibungen, Schilderungen aufregender Jagderlebnisse aus dem ostafrikanischen Busch und hatte alle die großen Jäger Deutsch-Ostafrikas, sofern sie außer der Flinte auch die Feder einigermaßen handhaben konnten, als Mitarbeiter. Namen wie: Paasche, Sohn des Vizepräsidenten des Reichstags, der Elefantenjäger Deeg, der außerordentlich federgewandte Pflanzer und Waidmann Georg Martienssen, der unter dem Pseudonym Georgius schrieb[35]), Redakteur v. Horn und viele andere finden sich unter den Artikeln und Bildern.

[35]) Angabe Schulinspektor Blank, Berlin.

Oft belebten Photographien, deren künstlerische Vollendung Bewunderung hervorruft in Anbetracht des damaligen Standes der Phototechnik, die Artikel. Aber nicht nur feuilletonistische Artikel brachte DAS OSTAFRIKANISCHE WAIDWERK, es nahm auch grundsätzlich Stellung zu Fragen des Jagd- und Wildschutzes, und viele brauchbare Anregungen für spätere Jagdgesetze für Deutsch-Ostafrika werden aus dem WAIDWERK verwandt worden sein. Die wertvolle Beilage mußte aus finanziellen Gründen vier Jahre später eingehen. Auch die Anzeigen, die sie aufnahm (etwa 1 Seite bei 8 Seiten Umfang), werden nicht zu einem genügenden wirtschaftlichen Fundus gereicht haben.

Mit den oben aufgestellten Hauptsparten ist der Inhalt der DOAZ keineswegs erschöpft. Reichstagsberichte, eine Presseschau aus den Zeitungen des Mutterlandes und ausländischer Blätter, Witterungsnachrichten, die wichtig waren für Pflanzer und Farmer, ebenso Regenmessungstabellen für alle Bezirke Ost-Afrikas, wichtige Beobachtungen der Meteorologischen Hauptstation, die Wasserstandsberichte, Zoll- und Marktberichte, Handelsstatistiken, in denen regelmäßig dem Leser das Anwachsen der Ausfuhr und Einfuhr der Kolonie aufgezeigt wurde, ferner Schiffahrtsnachrichten, Postnachrichten, Kirchennachrichten beider Konfessionen, Personalnachrichten aus der Schutztruppe und den Behörden, und schließlich Fremdenverkehrsberichte (Hotelberichte) vervollständigen den redaktionellen Teil der Zeitung. Denkt man noch an den umfangreichen Anzeigenteil, der den Kolonisten ein wichtiges Bezugsquellenverzeichnis für ihren oft großen Bedarf war, und an die zahlreichen amtlichen Anzeigen, die da zunächst in der Zeitung selbst enthalten waren, bevor ein besonderer „Anzeiger" als Beilage eingelegt wurde, dann ergibt sich daraus, daß die DOAZ einen außerordentlich hohen Lesewert besaß.

Aber die Zeitung berichtete nicht nur schlechthin, sie verzichtete auch für die weniger wichtigen Sparten keinen Augenblick auf ihre wohl erworbene Stellung als Meinungsführerin. Sie kritisierte nicht nur in den Leitartikeln und gab nicht nur der Regierung in wichtigen Fragen der Koloniepolitik Anregungen, sondern auch unteren Behörden und einzelnen Gruppen von Pflanzern. So geißelt sie den schlechten Zustand der Straßen in Daressalam und im Bezirk, sie fordert den Bau eines Piers im Hafen und endliche Verbesserung der Beleuchtung der Stadt, sie schlägt vor, Hundesteuer für Daressalam einzuführen, um damit der wachsenden Hundeplage zu begegnen. Wertvoll

werden den Pflanzern auch manche Anregungen und Warnungen der Zeitung auf landwirtschaftlichem Gebiete gewesen sein (auf Grund der guten Beziehungen der DOAZ zum Gouvernementspalast kamen solche Tips für Warnungen an die Pflanzer, in denen vom Anbau irgendeiner schlecht zu verkaufenden Frucht abgeraten wurde, sehr oft aus allerbester Quelle). Sicher ließen sich nicht alle Anregungen, die die Zeitung gab, verwirklichen. So versuchte sie eine notwendige Belebung der Ausfuhr dadurch zu erreichen, daß sie Herstellung von Gefrierfleisch in einem Artikel „Gefrierfleisch als Ausfuhrartikel"[36]) empfahl. Dann wieder wurde die Manila-Hanfkultur als neue Möglichkeit für Deutsch-Ostafrika den Pflanzern zur Prüfung vor Augen geführt,[37]) oder es wurde für verstärkten Anbau von Baumwolle (die sogenannte Nyassa-Baumwolle hat sich in Deutsch-Ostafrika bestens bewährt) Stimmung gemacht. — Bei dieser Übersicht über die Vielgestaltigkeit des Inhalts und der Aufgaben, die sich die Zeitung stellte, drängt sich die Frage nach den Männern auf, die für dieses Blatt schrieben, die es redigierten.

Nachdem v. Roy über ein Jahr lang die gesamten Schriftleitungsgeschäfte allein besorgt hatte, wurde Gerhard v. Horn, ein früherer preußischer Offizier, der zuletzt in der Burenrepublik unter Ohm Krüger Festungen gebaut hatte, als zweiter Redakteur gewonnen. Da die Arbeit in dem rasch aufblühenden Unternehmen sich zusehends vermehrte, mußte v. Roy mehr als bisher dem Gesamtbetrieb seine Aufmerksamkeit zuwenden. Dennoch gab er keinen Augenblick die wirkliche Führung der Schriftleitung aus der Hand. Nach wie vor bestimmte nur er, ob ein Artikel aufgenommen wurde oder nicht. Und er schrieb weiterhin die wichtigsten Leitartikel selbst. Wenn auch beide in hohem Maße eine stilistische Begabung besaßen, waren v. Roy und v. Horn doch Gegensätze, die sich jedoch in der Zusammenarbeit gut ergänzt haben mußten. Der sehr temperamentvolle v. Roy, auf dessen Seite immer die Initiative war, ein Mann von großer journalistischer Begabung, und dann v. Horn, der stets Korrekte, Zuverlässige und sachlich Bleibende, der — wie mir weiter von einer Reihe Ostafrikaner übereinstimmend geschildert wurde — die Gutmütigkeit selber war und auf Grund seiner liebenswürdigen, weltmännischen Umgangsformen sich allgemeiner Beliebtheit erfreute.[38])

[36]) Nr. 48 der DOAZ 4. Jahrg. 1902.
[37]) Nr. 39 der DOAZ 5. Jahrg. 1903.
[38]) Angaben bestätigt durch U. v. Katte, W. Föllmer, W. Methner u. a. (vgl. Vorwort).

Wie schon erwähnt, erstanden der Zeitung bereits in den ersten Jahren aus den Kreisen der Pflanzer eine Reihe von Mitarbeitern, aber auch im Gouvernementspalast wurden Artikel geschrieben. So war der Gouverneur Liebert selbst ständiger Mitarbeiter wie auch sein Zivil-Adjutant Regierungsrat Zache[39]), der der DOAZ auch nach Lieberts Abtreten bis hinein in die kritische Zeit der Zeitung unter v. Rechenberg treu blieb.

Schwieriger noch als die Versorgung der Zeitung mit gutem und vielseitigem redaktionellen Stoff war deren technische Herstellung. Als v. Roy an die Ausführung seines Planes, eine Zeitung zu gründen, heranging, gab es an der ganzen Ostküste Afrikas nur einige indische Setzer und Drucker bei der englischen GAZETTE in Zansibar. Diese waren aber bei noch so hohen Lohnangeboten nicht zu bewegen, an die damals noch als stark fieberverseucht verschrieene Küste Deutsch-Ostafrikas zu kommen.[40]) Also mußten weiße Setzer und Drucker aus Deutschland geholt werden, bis man eben in der Kolonie selbst einen Stamm ausgebildeter schwarzer Arbeiter für Druck-, Satz- und Buchbinderarbeiten herangezogen hatte. 6 deutsche Arbeitskräfte waren in der ersten Zeit das gesamte technische Personal.[41]) Buchführung und alle kaufmännischen Arbeiten bearbeitete ein weiterer Deutscher (Julius Klein), der von einem Inder unterstützt wurde. Es war dem Gründer des Unternehmens von vornherein klar, daß es mit eine Frage der Rentabilität der Zeitung war, das weiße technische Personal allmählich durch die billigen schwarzen Arbeitskräfte zu ersetzen. Zu Hilfe kam ihm dabei, daß in dieser Zeit (1900—1901) in der Handelsmetropole im Norden der Kolonie, Tanga, der verdienstvolle Leiter der dortigen Regierungs-Handwerkerschule, Rektor Blank, anfing, seine schwarzen Suaheli-Schüler Drucken und Setzen zu lehren, da er für die Schule, die der Kolonie die unentbehrlichen Handwerker stellte und für alle Zeiten einer der Kronzeugen der deutschen kulturellen Mission in Ostafrika bleiben wird, die Lehrbücher für den Unterricht selbst herstellen wollte. Diese schwarzen Regierungsschüler holte sich v. Roy und machte mit ihnen bessere Erfahrungen als mit den ersten Schwarzen, die im Anfang als Hilfsarbeiter für das weiße Personal eingestellt werden sollten, aber von abergläubischem Entsetzen gepackt aus der Druckerei flohen, so-

[39]) Angaben W. v. Roy's und W. Föllmer's, s. auch Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika" S. 38.

[40]) Otto Stollowsky: Zur Geschichte der DOAZ Nr. 16 u. 17 der DOAZ 1911.

[41]) Angaben A. Kuschel u. W. v. Roy.

bald die sonderbaren Ausläufer der Schnellpressen die Bogen zu schlichten begannen.[42]) Die Tanga-Schüler bewährten sich dagegen glänzend. Obwohl sie nur Suaheli sprachen (die lingua franca an der Ostküste des mittleren Afrikas), setzten sie den deutschen Text, zwar stumpfsinnig, da sie ihn nicht verstanden, aber dafür mit umso größerer Genauigkeit.[43]) Eine Vorbedingung mußte allerdings noch erfüllt sein: Das handgeschriebene Manuskript war durch eine Schreibmaschine mit Frakturbuchstaben vorher zu übertragen, sodaß die schwarzen Setzer nur die Buchstaben aus dem Kasten zu greifen brauchten, die auf Papier genau so vorgezeichnet waren. Abgesehen von der allerersten Zeit fanden sich in der DOAZ auch nicht mehr Druckfehler als in jeder anderen Zeitung des Mutterlandes.

Bevor ich mit einem Zitat, das sehr gut einen interessanten Einblick in die Besonderheiten und Schwierigkeiten gewährt, mit denen ein tropisch-afrikanischer Zeitungsbetrieb rechnen muß, dieses Kapitel schließe, noch ein Wort über die Regierungsschüler zu Tanga. Nur die geistige Elite der Eingeborenen besuchte diese Schulen, von denen es später noch mehrere in Deutsch-Ostafrika gab. Es war die große Akademie der Schwarzen, in der sie alle wichtigen Handwerksberufe erlernen konnten. Sie wurden Tischler, Schmiede, Maler, Drucker, Setzer, Buchbinder, Bildhauer usw. Es ist nur zu selbstverständlich, daß sich die jungen Schwarzen dieser Schule schlechthin als die Elite ihrer Stämme fühlten und von ihnen auch als solche anerkannt und geachtet wurden. Sie waren, wo sie sich befanden, tonangebend in der Eingeborenengemeinschaft. Unter sich sollen diese schwarzen Akademiker später als „Alte Herren" sich weiter verbunden gefühlt und jede Möglichkeit ergriffen haben, um wieder einmal in ihrer alten Hochschulstadt Tanga ihre Pombe (ein bierähnliches Eingeborenengetränk) zu trinken.[44]) Die folgende Beschreibung eines Arbeitstages im DOAZ-Betrieb ist dem Buch Heinrich Pfeiffers entnommen, der in den Jahren 1908 bis 1909 Hauptschriftleiter der DOAZ war. Wenn die Scene sich auch erst im Jahre 1908 abgespielt hatte, so war die Hauptakteurin in unserer Schilderung die gleiche Belegschaft, die auch schon 1906 in der DOAZ beschäftigt gewesen war.[45])

[42]) Otto Stollowsky, Zur Geschichte der DOAZ Nr. 16 u. 17 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.
[43]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika" S. 40.
[44]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika" S. 92.
[45]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika" S. 55—58.

„Man halte das Leben eines Kolonialredakteurs beileibe nicht für eintönig. Denn die schwarze Gesellschaft, mit der er es täglich zu tun hat, bietet gelegentlich auch ihre Sensationen. So haben mir diese schwarzen Burschen gerade an einem Tag, wo die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE ZEITUNG aus „hochpolitischen Gründen" eine besondere Ausdehnung haben sollte, einen teuern Streich gespielt. Man muß nämlich wissen, daß diese schwarzen Setzer gleichsam die Akademiker, die Intellektuellen unter den Küstennegern darstellen. Diese Herren sind in der Regierungsschule in Tanga ausgebildet, die für sie die „schwarze Akademie" ist. Und wenn es auch keine Korporationen auf dieser Hochschule gab, so pflegte man doch — auch wenn man in den Beruf geht — eine gewisse Solidarität der „Alten Herren", und die Beziehungen unter sich. Es war gerade um die Zeit, wo wir mit der USAMBARA-POST . . . ein hochpolitisches Sträußlein ausgefochten haben. Und da sagten sich die schwarzen Setzer der USAMBARA-POST: Wir wollen doch einmal versuchen, ob wir nicht der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNG für ihren Angriff einen Streich spielen können. Die Schwarzen „Alten Herren" von hüben und drüben setzten sich in Verbindung miteinander, und siehe da: Fünf von den Daressalamer Brüdern, die in der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNG vielleicht schon drei oder vier Jahre Setzer waren, beschlossen, auf dem Umweg über Morogoro an einem Tage die Stellung aufzugeben, wo es die Zeitung am schwersten treffen müsse. An einem denkwürdigen Samstag war es. Ich komme kurz vor 7 Uhr in meine Redaktion. Der Faktor kommt aufgeregt auf mich zu: „Herr Pfeiffer, 5 unserer besten Setzer sind verschwunden. Was ist zu machen?!" — „Sofort anrufen beim Bezirksamt. Polizeiliche Suche und was noch notwendig ist." Inzwischen hatte der alte Salim, der älteste Zeitungsboy, den wahren Sachverhalt ergründet. Die fünf Burschen wollten mit dem Zug um 8 Uhr nach Morogoro fahren. Der Bahnhof wurde unauffällig besetzt. Der Zugführer hatte schon das Signal zur Abfahrt gegeben, und noch sah man nichts von den 5 Kerlen. Plötzlich, als sich das Zügle in Bewegung setzte, sprangen aus den Büschen aus der Umgebung die Kerle heraus und schwangen sich auf das Trittbrett. Ein Pfiff, der Zug hielt an. Polizeilicher Zugriff. Ablieferung in der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNG. Was nun machen? Die Vorschrift verlangt, daß jeder Einzelne einen sogenannten Gutschein in die Hand gedrückt bekommt, der ihm die pünktliche Verabfolgung von 15 bis 20 Hieben auf dem Bezirksamt durch den Polizeiprofos garantiert. Solche Gutscheine sind nicht gerade sehr gesucht, und sie werden auch nicht an der Börse

gehandelt, aber der Schwarze hält es seiner Weltanschauung entsprechend für richtig, nämlich wenn er flagranti erwischt und überführt ist, einen solchen Gutschein einzulösen. Ich habe auf die Verteilung von Gutscheinen verzichtet, aus dem einfachen Grunde, weil bei dem kolossalen Andrang von Gutscheininhabern besonders an Samstagen — es ist ja auch eine Art Wochenende — der ganze Vormittag verloren gewesen wäre. Und ich sollte doch um 3 Uhr mit meiner Zeitung annähernd 16 bis 20 Seiten stark erscheinen. Ich beschimpfte daher die Brüder mit all den Kosenamen, die einem Europäer in einem solchen Augenblick zur Verfügung stehen und: Marsch, an die Arbeit.

Fünf Minuten lang griffen sie eifrig in die Kästen. Es herrschte peinliche Ruhe, und doch hatte ich das Gefühl, daß unter den anderen etwas vorging. Plötzlich kam der schwarze Buchbindermeister auf mich zu und sagte: „Lieber Bwana, die fünf Setzer, die nach Morogoro fahren wollten, um von dort auf Umwegen zur USAMBARA-POST zu gelangen, haben gemein an Dir gehandelt. Und Du läßt Dir das einfach gefallen? Das können wir nicht verstehen. Wenn die Schenzis (auf deutsch: unkultivierte Bauern) nicht sofort bestraft werden, dann legen wir die Arbeit nieder."

Alles Zureden nützte nichts, ich kommandierte, zu den 5 Kerlen gewandt: „Kommt mal sofort hinter in den Hof!" Der alte Salim hatte schon den Braten gerochen und sich mit einem mächtigen Kiboko alias Nilpferdpeitsche bewaffnet, um als Privatprofos in Funktion zu treten. „Chini, nieder!" Und schon lagen in gewissen Abständen die fünf Kerle nebeneinander auf dem Bauch. Ich sorgte dafür, daß die anderen Schwarzen nichts sahen, weil ich es gnädig abmachen wollte. Salim hatte jedem 15 zugedacht. Es kam aber auf meine Intervention jeder mit fünfen davon, Salim legte aber bei den Fünfen doppelte Kraft hinein. Seine Augen rollten. Er zog die Peitsche auf, trat zurück, nahm das richtige Augenmaß, und so klatschten dann fünf mal fünf herunter. Es dauerte noch keine fünf Minuten. Die Sache war erledigt. Ich habe hinterher nie so vergnügte Menschen gesehen wie diese Schwarzen. Einmal haben sie es selber für richtig gehalten, daß sie bestraft wurden, und dann wiederum haben sie sich außerordentlich gefreut, daß sie so billig davonkamen. Mit faulen Witzen wurden die Fünf von den anderen empfangen, und im Nu war die ganze Belegschaft wieder in bester Arbeitsstimmung. Die Arbeit ging flott voran. Die Zeitung erschien lediglich mit einer halbstündigen Verspätung!" —

Kapitel IV.

Das „Regime" Rechenbergs.

1. Die Persönlichkeit v. Rechenberg und seine Einstellung zur Erschließung Deutsch-Ostafrikas.

Als Freiherr v. Rechenberg im Frühjahr 1906 als Nachfolger des Grafen v. Götzen auf den Gouverneursposten in Daressalam gesetzt wurde, konnte er zufrieden sein mit der Aufnahme seiner Ernennung in Deutsch-Ostafrika.

„Als umsichtiger und energischer Beamter voller Tatkraft bekannt . . . So können wir Deutsch-Ostafrikaner mit der Wahl des neuen Oberhauptes der Kolonie zufrieden sein!"

schrieb die DOAZ, als die Ernennung in Daressalam bekanntgeworden war.[1]) Albrecht v. Rechenberg hatte als Bezirksamtsmann in Daressalam seine kolonialpolitische Laufbahn begonnen, war dann Konsul in Zansibar gewesen und zuletzt Generalkonsul in Warschau.[2]) Seine Konsultätigkeit in Zansibar war noch allen Deutsch-Ostafrikanern in angenehmer Erinnerung. Er hatte dort energisch und mit viel Geschick die deutschen Interessen gegenüber den wachsenden englischen Vormachtsansprüchen vertreten. Besonders bekannt war sein schneidiges Eintreten für den von den Engländern verfolgten deutschfreundlichen Sultan Said Chalid von Zansibar, den er unter seinem Schutz an Bord eines deutschen Kriegsschiffes geleitete, das den Sultan dann nach der Hauptstadt Deutsch-Ostafrikas brachte.[3]) Wenn nun ein Mann, der wie Rechenberg einen allgemeinen guten Start für seine Tätigkeit hatte, als Bestgehaßter von der Mehrheit der weißen Bewohner aus der Kolonie schied, ist das zumindest erstaunlich und Grund, die Ursachen zu untersuchen, die einen solchen Stimmungsumschwung zu Ungunsten dieses Mannes herbeiführten.

Die Persönlichkeit v. Rechenbergs wird von Mitarbeitern und Bekannten übereinstimmend geschildert. Demnach müssen zwei Naturen in ihm vereinigt gewesen sein. Die eine, die den

---

[1]) Nr. 20 der DOAZ 8. Jahrg. 1906.

[2]) vgl. Nr. 52 der „Usambara-Post" 6. Jahrg. 1908 und Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika".

[3]) Nr. 52 der „Usambara-Post" 6. Jahrg. 1908.

liebenswürdigen klugen Diplomaten (schon der Vater war Diplomat gewesen), den weitgereisten, vollendeten Weltmann und vornehmen Aristokraten ausmachte, und die andere, die einen selbstherrlichen autokraten Gouverneur darstellte, der am liebsten ganz allein, unabhängig von Kaiser und Reich, sein ostafrikanisches Land regiert hätte, dem es beliebte, Untergebene und Bekannte bisweilen mit nur knappen sarkastischen, manchmal fast trockenen Worten abzufertigen und — die, die sie nicht verstanden, vor den Kopf zu stoßen. Mir ist durch einen guten Bekannten des Gouverneurs folgende bezeichnende Szene aus dessen Amtszimmer überliefert worden:[4]) Der neue Referent X. sollte seinen ersten Vortrag bei der Exzellenz halten. Mit devoter Verbeugung betritt der Referent, etwas nervös, das Zimmer, kramt in seiner Aktenmappe, will ein dickes Bündel sorgfältig beschriebenen Papiers herausnehmen und dann umständlich beginnen, als ihm Rechenberg ein scharfes „Nein" entgegenschreit. Damit war der „Vortrag" für den vollkommen vertatterten Referenten beendet. — Von dem oft auch sehr humorvollen Sarkasmus Rechenbergs zeugen folgende zwei Anekdoten, die ebenfalls als Illustration seines Charakters sehr geeignet sind.[5]) Der Oberstabsarzt der Schutztruppe kam nach dem Eintreffen einer verdächtigen arabischen Dhau im Daressalamer Hafen höchst bestürzt zum Gouverneur und erklärte: „Exzellenz, wir haben die Pest"!, worauf Rechenberg mit seiner scharfen, baltisch-akzentuierten Art (Rechenberg hat den größten Teil seiner Jugend in Rußland verbracht) sagte: „Bitte, setzen Sie sich. Also, Sie haben die Pest? Ich habe sie nicht." — Ein anderes Mal war der Chef des Kolonialwirtschaftlichen Kommittee's bei ihm und beklagte sich über den Brief eines Pflanzers anläßlich der neuen Arbeiterverordnung. Der Brief schloß mit einer mehr als deutlichen Aufforderung à la Götz v. Berlichingen: „Exzellenz, was soll ich tun", worauf dieser prompt antwortete: „Ich würde es nicht tun." —

Dennoch konnte Rechenberg nie volkstümlich werden, sofern er überhaupt die Absicht dazu gehabt hätte. Er hielt sich möglichst abseits vom Daressalamer Leben. Er war nicht mehr der Kamerad der Kolonisten, wie die ersten Gouverneure. Er setzte sich nicht an die Stammtische, er thronte hoch über allen auf seinem Gouverneurposten, und so wollte er es wohl auch. Obwohl v. Rechenberg von Anfang an keinen engeren Konnex mit den europäischen Koloniebewohnern gewann, bewahrte

[4]) durch Udo v. Katte-Neustadt a. Rbge.
[5]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika" S. 192.

man ihm gegenüber doch allgemein die Hochachtung vor der Persönlichkeit, wie ihm auch nachgesagt wird, daß er stets das Persönliche und Gesellschaftliche vom Politischen zu trennen wußte. So schrieb einer seiner aktivsten Gegner aus der Zeit, wo die Wogen des politischen Kampfes in der Kolonie am höchsten gingen, der damalige Redakteur der DOAZ Heinrich Pfeiffer:

„Keinen Empfang gab es in der ganzen Zeit, auf dem ich nicht auf seine Einladung, die mir sogar oft sein Adjutant persönlich überbrachte, erschienen wäre. Ich hatte für diesen Mann eine besondere Vorliebe und habe sie noch heute."[6])

Die Abneigung, ja der Haß gegen v. Rechenberg beruhte allein in seiner Politik und auch wohl zu einem Teil in seinen sehr autokraten Regierungsmethoden, die anscheinend immer die möglichste Ausschaltung aller mitregierenden und mitredenden Körperschaften im Auge hatte, und die Unterdrückung aller Bestrebungen nach Selbstverwaltung der Kolonisten und nach wachsender Unabhänigkeit der Kolonie vom Reich. Es gab zwei grundsätzliche Anschauungen über die Verwendung unserer tropischen Kolonien. Die eine vertrat den Typ der „Handelskolonie", d. h. man dachte, mit der breiten Masse der Eingeborenenbewohner, den Negern, Handel treiben zu können. Das setzte wieder voraus, daß es gelang, die Kaufkraft des Negers zu heben, ihn also so wenig wie möglich mit Steuern zu belegen, daß man ferner in besonderem Maße die Eingeborenen-Kulturen förderte, was wiederum zur Folge hatte, daß die Regierung, die eine „Handelskolonie"-Politik betrieb — ganz kraß ausgedrückt — kein Interesse daran haben konnte, die schwarzen Arbeiter von ihren Kulturen fort auf die Pflanzungen der Europäer zu schicken. Die Anhänger der „Handelskolonie" waren aus verständlichen Gründen u. a. hauptsächlich die großen Handelsgesellschaften, wie die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, die Firmen Hansing & Co., O'swald & Co. und die Deutsch-Ostafrika-Linie[7]). Ob diese Richtung der Kolonial-Politik, zu deren Anhängern nach seinen Taten auch v. Rechenberg gehört haben muß, ihre Berechtigung gehabt hat und dem deutschen Volk Nutzen brachte, (denn das ist der Maßstab, an dem Mißerfolg oder Erfolg einer jeden Politik gemessen wird), kann und soll hier nicht entschieden werden. Es hat sich aber

[6]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika" S. 50. Ähnliche Angaben von W. Föllmer, W. Methner und U. v. Katte.

[7]) Bernhard Perrot: „Die Zukunft Deutsch-Ostafrikas", ferner Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika" u. a.

schon zu Rechenbergs Regierungszeit erwiesen, daß eine reine „Handelskolonie" auf der Grundlage einer starken Eingeborenenwirtschaft nicht möglich war. Der Schwarze war eben noch nicht so weit, daß er das Bedürfnis hatte, Handel in größerem Stil, im europäischen Sinne, zu treiben. Es fehlte besonders eine Voraussetzung: Der Neger war nicht dazu erzogen, daß er mehr Arbeit leistete, als nötig war, um sich gerade vor dem Verhungern zu retten. Die Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit hätte am Anfang stehen und intensiv betrieben werden müssen, und gerade das haben die Anhänger der „Handelskolonie"-Politik, die eng verknüpft war mit der schon einmal erwähnten „Negrophilie" damals jedenfalls außer Acht gelassen.

Die zweite grundsätzliche Anschauung über Nutzanwendung unserer tropischen Kolonien vertrat in erster Linie alle Interessen der deutschen Pflanzer und Farmer, überhaupt aller kleineren und größeren Wirtschaftler. Die Anhänger dieser „Landwirtschafts-Kolonie" sahen in einer möglichst zahlreichen deutschen Ansiedlerschaft die Grundlage zum wirtschaftlichen Aufschwung der Kolonien, also auch Deutsch-Ostafrikas. Das hatte augenblicklich den Vorteil, daß einmal die Produktion der dem Mutterlande unentbehrlichen Rohstoffe auf den Pflanzungen und Farmen der Europäer überwacht und im Bedarfsfalle besser dirigiert werden konnte, als bei einer millionenfach zersplitterten, völlig unübersichtlichen Eingeborenenwirtschaft. Außerdem gingen auch die wertvollen unternehmenden Kräfte, die in den deutschen Kolonien angesiedelt wurden, dem deutschen Volkstum nicht verloren. Erst ein starkes deutsches Element kann dem deutschen Volk auf die Dauer eine deutsche Kolonie gewährleisten. Es soll hier — wie schon gesagt — nicht vom Verfasser für oder gegen die eine oder andere der beiden Anschauungen über die Nutzbarmachung unserer Kolonialländer entschieden werden, es wird auch nicht zu den verschiedenen, zum Teil schweren Vorwürfen Stellung genommen, die seinerzeit gegen die Hauptvertreter der „Handelskolonie"-Politik erhoben wurden, also die großen Hamburger Handelsfirmen wegen ihrer Monopolisierungsbestrebungen und wegen der Ausnutzung ihrer starken handelspolitischen und wirtschaftlichen Stellung zur Behinderung der Entwicklung der kleinen Ansiedler und Wirtschaftler. Die Feststellung aber ist notwendig, daß bei der Entwicklung, die Deutsch-Ostafrika bis zum Ausbruch des Weltkriegs genommen hatte, die Pflanzer und Farmer nicht fortzudenken sind. Ihre Produkte machten — abgesehen von einem verschwindend kleinen Bruchteil —

schlechthin die Ausfuhr aus der Kolonie aus, und allein ihrer Arbeit waren die stark wachsenden Ausfuhrziffern zu danken.

Wenn der neue Gouverneur v. Rechenberg ein Freund der „Handelskolonie" war, und die DOAZ die Interessen der Pflanzer, Farmer und übrigen kleinen Wirtschaftler vertrat, dann konnte ein Zusammenstoß zwischen den Exponenten der beiden Anschauungen nicht lange auf sich warten lassen. —

2. Eine unglückliche Sparsamkeitsmaßnahme des neuen Gouverneurs: Schließung der Europäerschule.

Schon Ende 1904 war die DOAZ für die Errichtung einer Schule für Europäer-Kinder eingetreten. Es war für die Kolonie durchaus nicht eine so nebensächliche Angelegenheit, wie es den Anschein haben konnte, wenn man die Bedeutung dieser Frage an der Zahl der damals für den Schulbesuch vorhandenen Kinder mißt. Diese war nicht groß und überstieg 10 noch nicht. Aber das war es ja, was die Zeitung auf die Schulforderung gebracht hatte. Solange keine Schulausbildung der Kolonistenkinder gewährleistet war, wurden diese im Mutterland zurückgelassen. Aber bei ihnen blieben dann auch meistens die Frauen der Kolonisten. Schon im allerersten Abschnitt dieser Arbeit wurde die große Bedeutung der Frau für die Kolonie gestreift. Eine Seßhaftmachung der Kolonisten und damit die Verdeutschung der Kolonien hing davon ab, ob der Pflanzer Frau und Kind mit in seine neue Heimat nehmen konnte, und das war solange nicht gut möglich, als nicht für die schulische Ausbildung der Kinder der Europäer gesorgt war. Es ist mit das Verdienst des Gouverneurs v. Götzen, daß er und sein Schulreferent nach 2-jährigen Bemühungen die Genehmigung zur Einrichtung einer Europäerschule in Daressalam durchsetzten. Die Schule sollte nicht nur die wenigen bisher dafür in Frage kommenden Kinder aufnehmen, sie sollte in der Hauptsache Anreiz sein, die Familien der Kolonisten allmählich in die Kolonie nachzuziehen. Ob v. Rechenberg daran kein Interesse hatte? Er rechnete in der Bilanz nach und stellte fest, daß die Schule finanziell unrentabel sei und entschloß sich kurzerhand, die Schule aufzulösen. Die DOAZ bekam noch vor der Schließung über den Plan Wind aus dem Gouvernement und griff den Gouverneur zum ersten Male auf das heftigste an. „Ein bedauerlicher Rückschritt" ist der Artikel in der letzten Nummer des Jahres 1906 überschrieben.[8]) Es wird gehofft, daß der Gou-

[8]) Nr. 52 der DOAZ, 8. Jahrg. 1906.

verneur seinen „bedauerlichen Entschluß" nicht durchführt. „Wo in der Welt rentiert sich eine Schule?" Die Zeitung weist weiter auf die Schulverhältnisse in Deutsch-Südwestafrika hin. In Swakopmund z. B. suche man bei der gleichen Anzahl von Schülern schon den zweiten Lehrer. — Am 3. März läßt v. Rechenberg die Schule endgültig schließen! Die DOAZ fordert nun alle Europäer zur Selbsterhaltung der Schule auf, die der Gouverneur „trotzdem die öffentliche Meinung unserer Stadt gegen die Schließung ist",[9]) eingehen ließ. Rechenberg kümmert sich nicht um die Wünsche der Kolonisten, er scheint sie garnicht zu hören. Der Lehrer der Schule verläßt Daressalam. Die Zeitung aber läßt von ihrer Schulforderung nicht ab. Von Zeit zu Zeit bringt sie Artikel darüber, bisweilen scharfe Angriffe gegen Rechenberg enthaltend. Im April wird ein stark antikatholisch geschriebener Artikel veröffentlicht, in dem der Gouverneur als Zentrumsanhänger angegriffen wird. Die Schließung der Schule wird darin als „Anschlag gegen die deutsche Kultur" bezeichnet.[10]) — Die Erregung in der Kolonie über die Schulfrage war so groß und allgemein, daß sich der Reichstag damit befaßte, und im Frühjahr 1908 erntet die DOAZ die Früchte ihres unentwegten Kampfes für die Schule: Die Budget-Kommission des Reichstags schlägt dem Plenum vor, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Europäerschule in Daressalam so schnell als möglich wieder zu eröffnen.[11]) „Wäre das alles nötig gewesen?" fragt die DOAZ. Die schnell wachsende Zahl der Besucher, nachdem die Schule wieder eröffnet wurde (40 Kinder waren es schon im Jahre 1914, in 3 Klassen eingeteilt), gab auch dem Finanzmann Rechenberg in dieser Frage unrecht. Es ist jedoch verständlich, wenn die Kolonisten, Pflanzer und Farmer insbesondere, von nun an an alle Maßnahmen des Gouverneurs mit größter Zurückhaltung, Kritik und dann wohl auch mit Vorurteilen herangingen. —

3. Die „Usaramo-Post" und erste Anfänge gouvernementaler Pressepolitik.

Rechenberg war nicht der Mann, der die sich häufenden Angriffe ertrug. Nicht nur die DOAZ kritisierte seine Maßnahmen auf das Heftigste, auch im Norden der Kolonie, in dem die Pflanzer wirtschaftlich und zahlenmäßig eine überragende

[9]) Nr. 10 der DOAZ, 9. Jahrg. 1907.
[10]) Nr. 16 der DOAZ, 9. Jahrg. 1907.
[11]) Nr. 14 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.

Stellung einnahmen, herrschte größte Unzufriedenheit mit dem Gouverneur, insbesondere aber wurde seine Arbeiter- und Eingeborenen-Politik in der USAMBARA-POST, dem Blatt der Nordpflanzer, angegriffen. Während nun die DOAZ als reiner Privatbetrieb für den Gouverneur zunächst unangreifbar war, (auch wenn man die Regierungslieferungen entzogen hätte, wäre die Zeitung geblieben), wurde die USAMBARA-POST in der Druckerei der Regierungsschule in Tanga unter Mithilfe der dortigen Lehrer hergestellt. Mit einem Ukas an die Regierungslehrer verbot somit v. Rechenberg seinen Beamten, die immer mehr und schärfer die Interessen der Pflanzer direkt und indirekt unterstützten, die fernere Mitarbeit an der Zeitung, was den Erfolg hatte, daß die USAMBARA-POST mit Beginn des Jahres 1907 ihr Erscheinen einstellte. (Auf Entstehung und Entwicklung dieser Zeitung wird noch an anderer Stelle besonders eingegangen werden. s. S. 93.)

Wenn auch die DOAZ dasselbe Schicksal wie die USAMBARA-POST nicht zu befürchten hatte, so war das Vorgehen Rechenbergs gegen ihm mißliebige Kritiker doch eine Warnung für den Herausgeber und Besitzer der DOAZ, v. Roy. Es war klar, daß der neue Gouverneur gegenüber einer völligen redaktionellen Unabhängigkeit der Zeitung einen anderen Standpunkt einnehmen würde, als beispielsweise Gouverneur Liebert, der sie sogar gewünscht und anerkannt hatte. Und die für ein noch verhältnismäßig junges Unternehmen immerhin recht wertvollen Regierungslieferung sollten nicht ohne weiteres preisgegeben werden. Sie legten der DOAZ aber eine nicht zu umgehende Zurückhaltung auf. Andererseits wollte man den Pflanzern unbedingt die Waffe „Zeitung" zur Verteidigung ihrer Ansprüche erhalten. Da kam v. Roy auf den Gedanken, eine zweite Zeitung in Daressalam ins Leben zu rufen, der die Aufgabe gestellt war, die DOAZ in einigen besonders kritischen Fragen zu entlasten und ausschließlich Kampfblatt der Pflanzer und Farmer zu sein. Für alle Auseinandersetzungen der ostafrikanischen Wirtschaftler mit dem Gouvernement sollte sie eine Auffangzelle stein. Diese neue Zeitung, die am 3. April 1907 zum ersten Male erschien, führte den Namen USARAMO-POST. Für die Schriftleitung hatte v. Roy einen Pflanzer namens Moritz gefunden, der sich nach den eigenen Angaben v. Roy's schon nach kurzer Zeit als ungeeignet für diesen Posten erwies. Das Blatt, das im Verlag der DOAZ erschien und auch in deren Druckerei hergestellt wurde, hatte ein kleines Format von 25×36 cm. Auf 8 Seiten brachte

es Leitartikel, „Aus der Kolonie", „Aus anderen Kolonien", lokale Berichte, Reuter-Nachrichten und Anzeigen. Obwohl das Blatt gleich im Anfang 400 Abonnenten gehabt hatte[12]), ließ v. Roy es schon nach vierteljährigem Bestehen wieder eingehen. Die USARAMO-POST war nicht so eingeschlagen, wie man es erwartet hatte, und zweitens war es inzwischen dem bisherigen Redakteur der DOAZ v. Horn gelungen, in Tanga die USAMBARA-POST wieder neu herauszugeben. Mit diesem alteingeführten Instrument der Pflanzer sollte und konnte das Ziel, die DOAZ in ihrem Kampf zu unterstützen, — es verbanden v. Horn und v. Roy persönlich freundschaftliche Beziehungen — besser verwirklicht werden.

Rechenberg gab gut Obacht auf die Verschiebungen im Pressewesen der Kolonie. Wie sehr er die Hintergründe der USARAMO-POST-Gründung durchschaut hatte, zeigt ein Bericht, den er am 12. März 1907, also noch bevor die Zeitungsgründung erfolgt war, an das Auswärtige Amt nach Berlin gab.[13]) Dieser Brief ist auch insofern interessant, als er zeigt, daß Rechenberg schon damals, im Anfang des Kampfes gegen ihn, den Plan gefaßt hatte, sich eine eigene Zeitung zu schaffen. Er schrieb u. a.: Die Zeitung (gemeint ist die USARAMO-POST) sei ein weiteres Organ der Redakteure v. Roy und v. Horn, die beide für ihren Beruf im höchsten Maße ungeeignet seien. Weiter heißt es: Die USAMBARA-POST hat, nachdem die Beamten auf das Verbot, Zeitungsartikel zu schreiben, hingewiesen wurden, ihr Erscheinen eingestellt. Ein Versuch der Redaktion der DOAZ, die USAMBARA-POST zu erwerben, hatte keinen Erfolg gehabt, was aber vermutlich Anlaß zu dem Projekt einer neuen Zeitung gegeben habe, deren ähnlich klingender Name (USAMBARA-POST und USARAMO-POST) sie in Deutschland als Fortsetzung der USAMBARA-POST erscheinen lassen werde. Tatsächlich sei das Zeitungswesen in den Händen der Herren v. Roy und v. Horn monopolisiert. Eine solche Monopolisierung sei stets mit Nachteilen verknüpft. Und wörtlich schreibt Rechenberg:

„Das Auswärtige Amt bitte ich daher, mit großen Zeitungsunternehmen geneigtest in Verbindung treten zu wollen, und ihnen die Gründung einer neuen, besseren Zeitung nahelegen zu wollen. Ich bin überzeugt, daß eine solche Anregung gerade bei den jetzigen Verhältnissen Erfolg haben würde, ins-

[12]) Angaben W. v. Roy's.

[13]) Akten Ia 1. Bd. des früheren RKA.

besondere dürfte der Lokal-Anzeiger oder eines der Scherl'schen Blätter hierzu bereit sein."

Rechenberg schlägt sogar einen Mann für die neue Zeitung vor: Kurt Toeppen, Berichterstatter des Scherl-Verlages in Ostafrika, von dem der Gouverneur selbst sagt, daß er ein erklärter Feind v. Roy's sei (!). —

Es muß befremdend anmuten, daß Rechenberg gerade diesen Mann vorschlägt, die führende Rolle des Publizisten in der Kolonie zu spielen, ihm also eine so wichtige öffentliche Aufgabe anvertrauen möchte, wenn er in seinem Bericht an das Auswärtige Amt weiter feststellen muß, daß dieser Toeppen „keine einwandfreie Persönlichkeit" sei, und daß er auch seinerzeit zum Islam übertrat (!). In Berlin aber geht man auf den Vorschlag v. Rechenbergs ein und spinnt den Faden weiter. —

Die USARAMO-POST war an jedem Mittwoch erschienen. Ihre Bezieher waren also zum allergrößten Teil die Bezieher der DOAZ, die außer am Sonnabend auch noch am Mittwoch eine Zeitung lesen wollten. Um ihnen nun einen Ersatz zu bieten, erschien vom 19. Juni 1907 ab die DOAZ zweimal wöchentlich, Mittwochs und Sonnabends. Der alte Abonnentenpreis, 16,— Mark im Jahr, blieb unverändert, was als Beweis dafür angesehen werden mag, daß das Roy'sche Unternehmen damals schon auf festen Füßen stand, allerdings — mit Hilfe der Regierungsaufträge.

4. Wachsender Widerstand gegen die Arbeiter- und Eingeborenenpolitik v. Rechenbergs.

Die Arbeiterfrage in tropischen Kolonien ist im wesentlichen eine biologische Frage, d. h. die genügende Beschaffung eingeborener Arbeitskräfte für Pflanzungen und Farmen der Europäer ist nur dann gewährleistet, wenn die Bevölkerungsvermehrung einigermaßen Schritt hält mit der Vermehrung des Bedarfs an Arbeitskräften auf den Europäer-Betrieben. Daß bei der fast sprunghaften Aufwärtsentwicklung Deutsch-Ostafrikas, insbesondere in den letzten Jahren vor dem Kriege, Spannungen in der Arbeiterfrage entstanden, scheint daher kaum verwunderlich. Solange Zwang zur Arbeit in irgendeiner Form untersagt war, (dafür sorgte schon der Reichstag in seiner damaligen Zusammensetzung: Mathias Erzberger als mächtiger Führer des Zentrums, dann Freisinnige und Sozialdemokraten), gab es eben nur eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften, die sich nicht beliebig vermehren ließ.

Die Bahnbauten in Ostafrika erforderten ein Heer von schwarzen Arbeitern, die den Pflanzungen zeitweise verloren gingen. Dagegen waren Arbeiter in Hülle und Fülle vorhanden, sobald wieder ein Teilstück einer Bahn dem Verkehr übergeben worden war. Außer den damit frei werdenden Arbeitskräften waren auch eine Anzahl Trägerkolonnen überflüssig geworden, die sich nun Arbeit auf Pflanzungen suchten. Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage nach schwarzen Arbeitskräften sind in allen Kolonien der Welt aufgetreten mit den Spannungen verschiedener Art, die sich darauf ergaben.

Auch die Engländer kennen im Tanganjika-Territory heute, nachdem die großen Bahnen vollendet sind, eine „Arbeiterfrage". Es ist die Aufgabe einer guten Kolonial-Regierung, nach Möglichkeit diese Spannungen auszugleichen oder gar zu beseitigen. Wie weit diese Bemühungen erfolgreich sein werden, hängt ab von der grundsätzlichen Einstellung der Regierung in der Eingeborenen-Politik und von dem Umfang des von ihr ausgeübten Druckes bei der Lösung der Arbeiterfrage.

Als v. Rechenberg Gouverneur von Deutsch-Ostafrika geworden war, hatte er sich vorgenommen, die Bahnen, die zum größten Teil erst projektiert, von denen erst kürzere Teilstrecken bewilligt waren, fertigzubauen. Bahnen, das hatte Rechenberg ebenso wie sein Vorgänger klar erkannt, ermöglichten erst die Aufschließung der Kolonie. Es bleibt sein Verdienst, daß er mit großer Aktivität den Bahnbau vorwärts getrieben hat. Ob Handelskolonie oder Landwirtschaftskolonie, Bahnen waren das Fundament der Entwicklung in jedem Falle. Aber sie verschlangen bis sie Nutzen brachten viel Geld, und der deutsche Reichstag bewilligte nur ungern, selten und in kleinsten Raten. Die sehr links orientierte Mehrheit machte ihre Bewilligung von Bahnen und anderen Kolonialvorlagen von günstigen Berichten über die Behandlung der Eingeborenen in den Kolonien abhängig. Diese Behandlung mußte im Sinne einer sehr negrophilen Anschauung sein.

Für den Gouverneur, der seine Bahnen gebaut haben wollte, ergab sich also folgende Rechnung: Wenn ich meine Bahnbaupolitik durchfechten will, muß ich Geld haben, und wenn ich Geld haben will, muß ich die Eingeborenen im Sinne der Anschauungen der Reichstagsmehrheit „gut behandeln". In wieweit Rechenberg nun über diesen indirekten Zwang zu solcher Eingeborenen-Politik hinaus selbst negrophil eingestellt war, wie weit er bei seiner Verteidigung der Eingeborenen- und Inder-Interessen die der Europäer vernachlässigte, wird

schwerlich genau festgestellt werden können. Fest steht nur, daß Rechenbergs engste Mitarbeiter bisweilen wegen zu eingeborenenfreundlicher Maßnahmen Differenzen mit ihm gehabt haben.[14])

Die großen Schienenwege, die seinerzeit gelegt wurden, verursachten in besonderem Maße Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage nach eingeborenen Arbeitskräften. Es gab Pflanzungen, deren weiterer Bestand vorübergehend in Frage gestellt war, aber eine gewisse Not, die erforderliche Anzahl von Arbeitern zu bekommen, war allgemein. Erhöhung der Hüttensteuer und Ausübung eines Druckes vonseiten der Regierungsstellen, die Schwarzen zur Arbeit auf den Pflanzungen anzuhalten, das waren die Forderungen aus den Kreisen der Wirtschaftler, die immer häufiger erhoben wurden. Insbesondere setzte sich die DOAZ dafür ein, die ja von Anfang an der Arbeiter- und Eingeborenenfrage größte Beachtung geschenkt hatte. So forderte sie schon vor Rechenbergs Regierungsantritt Erhöhung der Hüttensteuer. Damals hatte dann der Gouvernementsrat eine Entschließung angenommen, der auch der Gouverneur v. Götzen zugestimmt hatte, und die Erhöhung der Hüttensteuer vorschlug. Die Enttäuschung war groß, als die Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes diese Steuererhöhung als „schädlich" ablehnte.[15]) Ob man sich im Auswärtigen Amt auf den Standpunkt gestellt hat, der später auch von hohen Persönlichkeiten im Daressalamer Gouvernement geteilt wurde[16]), nämlich daß an eine Erhöhung der Hüttensteuer solange nicht zu denken ist, als es noch einige weitab gelegene Bezirke gab, in denen die Steuer überhaupt noch nicht durchgeführt war, ist durchaus möglich. Tatsächlich haben erst nach dem Kriege die Engländer die Erhöhung vorgenommen. Die Gegner der Hüttensteuererhöhung warfen auch ein, daß bei Durchführung der geforderten Maßnahmen die Negerstämme, — wie die Erfahrung bei kleineren Beispielen gelehrt hatte, — sofort mit allem Hab und Gut in die Bezirke abwandern würden, in denen aus verwaltungstechnischen Gründen die Steuererhöhung einfach noch nicht durchführbar war.[17])

Ob und wieweit man im Gouvernement und der Kolonialabteilung, die zu dieser Zeit — 1907 — gerade in das Reichskolonialamt verwandelt worden war, auch in dieser Frage

[14]) Angabe des damaligen stellvertretenden Gouverneurs Geh. Regierungsrat W. Methner.
[15]) Nr. 32 der DOAZ, 8. Jahrg. 1906.
[16]) Wie z. B. lt. eig. Angabe W. Methners.
[17]) Angaben von W. Methner.

einen „Mangel an gutem Willen", den Pflanzern zu helfen, vorwerfen kann, wird von Außenstehenden nie festzustellen sein. Zu der anderen Pflanzer-Forderung nach einem mehr oder minder starken Nachdruck der Regierung, um die „Eingeborenen zur Arbeit zu erziehen" (das war der Ausdruck, mit dem die DOAZ diese Forderung vertrat), nahm v. Rechenberg eine klare ablehnenden Stellung ein. Von Berlin kamen alle Augenblicke Telegramme, die vorsorglich darauf hinwiesen, daß Arbeitszwang in jeder Form untersagt sei.[18]) Solche Mahnungen und auch die Eingeborenen-Politik, zu der die Bahnbauten den Gouverneur indirekt zwangen, legten Rechenbergs Handlungsweise in der Arbeiterfrage von vornherein fest. Die DOAZ bringt aber unablässig Artikel, in denen die „unfaßlich kurzsichtige Eingeborenen-Politik" dem Gouverneur vorgeworfen wird. Fast in jeder Nummer befindet sich gegen Ende 1907 und im Anfange des Jahres 1908 ein Aufsatz zur Arbeiterfrage. Teils von Pflanzern geschrieben, teils auch in der Redaktion entstanden, enthalten sie außer heftigen Angriffen gegen v. Rechenberg auch hie und da positive Vorschläge. Erhöhung der Steuern für Eingeborene bleibt weiterhin eine der Grundforderungen in der Zeitung.[19])

Groß ist die Empörung über Rechenberg, als er angeblich eine angebotene Hilfe der Reichsregierung in der Arbeiterfrage mit der Begründung abgelehnt haben soll, daß diese kein Problem für Deutsch-Ostafrika sei. Die DOAZ fragt ironisch, ob der Gouverneur den Drang in sich fühle, „die Schwarzen vor der drohenden Ausbeutung durch deutsche Farmer in Schutz zu nehmen". Die Zeitung macht ihn mitverantwortlich für den aus der zunächst indolenten Faulheit der Schwarzen erwachsenen „wohl überlegten passiven Widerstand". Rechenberg habe weiter unter den Eingeborenen die Instruktion verbreiten lassen „Du brauchst nicht arbeiten, wenn Du nicht willst".[20]) Kurz vorher waren bei der DOAZ aus einigen Bezirken im Innern des Landes Meldungen von drohenden Unruhen eingegangen. Sie hatte warnend ausgerufen:

„Wenn wir die Schwarzen nicht zur Arbeit erziehen, so erziehen wir sie eben zur Unbotmäßigkeit."[21])

Wenn die Nachrichten von neuen Unruhegefahren sich auch als übertrieben herausstellten, so schlug doch die neue

---

[18]) Angaben von W. Methner.
[19]) s. z. B. Nr. 27, 38, 48 der DOAZ, 9. Jahrg. 1907.
[20]) Nr. 9 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.
[21]) Nr. 4 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.

Begründung der Zeitung für die Lösung der Arbeiterfrage im Sinne der Pflanzer, nämlich: Erziehung der Schwarzen zur Arbeit, um sie nicht unbotmäßig zu machen, in Deutschland ein. Die kolonial interessierte Tagespresse zitierte die DOAZ in einem Umfang, daß von offizieller Seite zu den „Ausstreuungen" der DOAZ Stellung genommen werden mußte. Aber ein Teil der Zeitungen, so die TÄGLICHE RUNDSCHAU, HAMBURGER NACHRICHTEN und RHEINISCH-WESTFÄLISCHE ZEITUNG, die schon 1908 zu den Gegnern Dernburg-Rechenberg'scher Eingeborenen-Politik gehörten, nahmen die DOAZ in Schutz und erklärten, daß das Bestreben, stets zur Vorsicht zu mahnen und Mißtrauen wachzuhalten besser sei, als allzu große Sorglosigkeit.[22])

Durch dieses erste öffentliche Eingreifen der Berliner Regierung in den Kampf der DOAZ war aber die Verbindung zwischen dieser Zeitung und einem Teil der Presse im Mutterland hergestellt. Man war auf die DOAZ aufmerksam geworden, zitierte sie mehr und verlieh so ihren Forderungen einen größeren Resonnanzboden.

Dernburg, der erste Staatssekretär des neuen Reichskolonialamtes und mithin verantwortlicher Leiter der Kolonial-Politik des Reichs, war nach Rechenberg der zweite Angriffspunkt für die DOAZ. Wie im Reich, so hatte man sich auch in der Kolonie viel von dem neuen Mann und seinen neuen Methoden versprochen. Aber sehr schnell gingen diese Hoffnungen dahin. Dernburg hatte es verstanden, gut von sich und seinen Fähigkeiten und Plänen reden zu machen. Zwar wurden einige bürokratische Zöpfchen im RKA beseitigt, aber die große Linie der deutschen Kolonialpolitik blieb. Dernburg war Kaufmann und Börsenfachmann und Anhänger der „Handelskolonie" wie Rechenberg. Nach seinem Besuch in Deutsch-Ostafrika, unmittelbar nach seiner Ernennung zum Staatssekretär im Sommer 1907, verlor er die letzten Sympathien bei den Pflanzern. Man wußte jetzt, daß Dernburg und v. Rechenberg keine Gegensätze waren.

Bald hagelte es dann auch Proteste und Beschwerden der Pflanzer und Wirtschaftler Deutsch-Ostafrikas bei jeder Gelegenheit. Die DOAZ führte diese Angriffswelle an und unterstützte sie mit vielen Artikeln. In Nr. 25 (1908) wird ein „Offener Brief" der Bergbau-Treibenden der Kolonie an Dernburg auf der ersten Seite abgedruckt, in dem in entschiedener

[22]) Nr. 10 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.

Form vom Staatssekretär öffentliche Zurücknahme schwerer, unrichtiger Anschuldigungen verlangt wird. In Nr. 27 stellte die DOAZ fest, daß der Gegensatz zwischen Pflanzern und Kolonial-Regierung sich weiter verschärfe. Nach einem aus der „Neuen gesellschaftlichen Korrespondenz" entnommenen Artikel hat Dernburg zu einer Abordnung der deutsch-ostafrikanischen Pflanzer, die eine Beschwerdeschrift überreichten, erklärt:

„Sagen Sie den Herren, sie sollen mich nicht reizen. Bedenken Sie, ein Wort von mir, und Ihre Papiere fallen an der Börse bis dorthinaus (!)"

Ferner soll bei dieser Gelegenheit der Staatssekretär den Abgesandten noch gedroht haben, mißliebige Pflanzer aus der Kolonie ausweisen zu wollen (ist später auch in einigen Fällen erfolgt).[23])

Die Meldung von einem scheinbaren Einlenken der Dernburg-Rechenberg wurde sogleich mit neuen Hoffnungen in der DOAZ aufgenommen. Diese Meldung stützte sich auf eine angebliche Unterredung, die Dernburg vor der Wiederausreise Rechenbergs nach Deutsch-Ost gewährt haben soll, und in der er erklärte, daß die wichtigste Aufgabe des Gouverneurs jetzt die Lösung der Arbeiterfrage sei (demnach gab es für Dernburg eine Arbeiterfrage, die Rechenberg als bestehend nicht anerkannt hatte), und zwar möglichst im Einvernehmen mit den Interessenten.[24]) Bei diesem Interview blieb es. Es war wohl mehr ein Beruhigungsplätzchen für die deutsche Öffentlichkeit, die sich schon mehr, als der Regierung lieb war, für den Streit zwischen dem System Dernburg-Rechenberg und den ostafrikanischen Pflanzern zu interessieren begann und größtenteils für die Pflanzer Partei nahm.

In Dresden tagt die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft und nimmt scharf Stellung gegen Dernburg, und Kolonialpolitiker von Ruf — wie Dr. Paul Rohrbach, Dr. Arning, Arendt, Liebert u. a. schreiben gegen Rechenberg und Dernburg in der deutschen Presse. In einem Leitartikel in Nr. 60 der DOAZ (11. Jahrg. 1909) verzeichnet Dr. Paul Rohrbach die wachsende Opposition gegen den Kolonialminister, der im Anfang mit soviel Sympathien begrüßt worden sei. Die schlechte Stellung zwischen weißen Ansiedlern und dem Kolonialamt sei mitbegründet in dem rücksichtslosen Hinwegsetzen

[23]) Nr. 27 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.
[24]) Nr. 40 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.

über die Wünsche der Weißen zugunsten der Eingeborenen. Aus dem Kreise der Pflanzer hat ein Herr v. Geldern, als er schon Vorsitzender der später gegründeten Wirtschaftlichen Vereinigung von Rufiji war (eine der Organisationen, in denen sich die ostafrikanischen Pflanzer zur besseren Vertretung ihrer Interessen zusammenschlossen) in mehreren Artikelserien in der DOAZ alle die Gedanken zusammengefaßt, die die Gegner der Rechenberg'schen Arbeiter- und Eingeborenenpolitik bewegten. Er schreibt nach einer Abrechnung mit dem „System Rechenberg":

„Wir Wirtschaftler haben ein besseres Programm: Schutz auch dem Europäer. Für den Eingeborenen mehr als Schutz, nämlich kulturelle Hebung durch Erziehung zu regelmäßiger Arbeit."[25])

Den Jahresband 1912 der DOAZ eröffnet v. Geldern mit mehreren Leitartikeln über die Arbeiterfrage, die in mehreren Fortsetzungen von Nr. 1 ab erscheinen. Sie beginnen mit einer Bilanz der Rechenberg'schen Arbeiterpolitik, deren Ausdruck die Arbeiterverordnung vom 23. März 1910 war, die seinerzeit von der DOAZ ironisch „Ohne-Arbeiter-Verordnung" bezeichnet wurde[26]), und die wohl eine Reihe von Schutzmaßnahmen für die Eingeborenen enthielt, aber die Anwerbung von Arbeitskräften auch nicht genügend regelte und für die Pflanzer keine Erleichterungen brachte. v. Geldern schreibt weiter wörtlich:

„Erst 2 Jahre besteht die Arbeiterverordnung, aber ihre Folgen sind schlimmer, als wenn eine Seuche über das Land gegangen wäre . . ."

Es wird dann eine Schilderung gegeben, wie einige Bezirke verödet dalägen[27]), weil die Sultane ihre Leute für 6 Rupie pro Kopf an die Anwerber verkauften. So sei es in Mahenge und Songea. Die Felder dieser Gegenden lägen brach.

„Wir Pflanzer legen Verwahrung ein, daß die Stämme, die uns die besten Arbeiter lieferten, durch Raubbau, der mit ihrer Arbeitskraft getrieben wird, zugrunde gerichtet werden. Die Volkskraft unserer Kolonie, die Bevölkerung und ihre Arbeitskraft, muß erhalten werden durch Änderung der Arbeitergesetze."

---

[25]) Nr. 50 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.

[26]) Nr. 9 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.

[27]) Bestätigt auch durch Angaben von Dr. Zintgraff.

Geldern errechnet dann den Arbeiterbedarf für Deutsch-Ostafrika. Die ca. 200 Pflanzungen mit nennenswertem Arbeiterbedarf benötigen ca. 50 000 Arbeiter.[28]) Bei 10 Millionen Einwohnern in Deutsch-Ostafrika (diese Zahl ist für 1911 zu hoch geschätzt) brauchten also nur 5 v. Tausend auf Pflanzungen zu arbeiten. Außerdem könnten ohne Schädigung 10 bis 20 000 Arbeiter zu Eisenbahnbauten herangezogen werden. Dann kommt v. Geldern auf den „Zwang" zu sprechen. Er weist nach, daß ganz ohne Zwang ja nicht einmal die Regierung für ihre Transporte Träger bekäme, und daß es keinen Zweck habe, den Schein zu erwecken, bei ihr ginge es ohne Zwang.

„Sollte es wirklich ein Unrecht sein, die Neger, die im Laufe der Jahrhunderte immer nur winzige Stückchen der ihnen zur Verfügung stehenden Ländereien auszunutzen verstanden haben, zur Mitwirkung an der Urbarmachung größerer Flächen zu zwingen, damit die Schätze, welche die Erde in ihrer Fruchtbarkeit birgt, der Menschheit besser nutzbar gemacht werden können? — Gesetzt den Fall, unsere deutschen Bauern würden eines Tages anfangen, nach Negerprinzip nur soviel von ihrem Lande zu bestellen, daß sie gerade davon leben könnten — ich glaube, wir würden uns keinen Augenblick besinnen, mit Hilfe der Gesetzgebung unsere Leute zur Bestellung ihres Landes anzuhalten!"

v. Geldern ist weiter der Meinung, daß die von ihm geforderte Erziehung der Schwarzen zu regelmäßiger Arbeit unter Aufsicht der Europäer auf den Pflanzungen erfolgen soll. Ein Arbeitszwang sei dem Schulzwang bei uns gleichzusetzen. Die Arbeitergestellung müsse die Regierung in die Hand nehmen, durch ihre über das ganze Land verbreiteten Organisationen. Die Lasten der Arbeitergestellung sollten gleichmäßig auf alle Bezirke verteilt werden.

Die sogenannte N e g r o p h i l i e v. Rechenbergs erstreckte sich auch auf die I n d e r und war auch hierin Gegenstand heftigster Angriffe durch die DOAZ. Die Inder, von denen einige Tausend allein in Daressalam wohnten, beherrschten in Deutsch-Ostafrika zum größten Teil den Handel mit den Eingeborenen. Sie waren sehr geschickte Kaufleute, und einige von ihnen hatten sich bald ansehnliche Reichtümer erworben. Sicher waren ihre Geschäfte nicht immer die redlichsten. Der naive Schwarze wurde oft über's Ohr gehauen und verstrickte sich immer mehr in Schulden, die ihn dann vom indischen Gläubiger abhängig machten. Manche Existenz von Eingeborenen

[28]) Diese Zahl wurde auch von Plantagendirektor U. v. Katte errechnet.

ist von indischen Kaufleuten vernichtet worden. Dennoch waren die Inder nicht auszuweisen ohne große wirtschaftliche Schäden für die Kolonie und ohne neue Reibereien mit den Engländern. (Die Inder verloren ihre britische Reichsangehörigkeit auch als Einwohner Deutsch-Ostafrikas nicht.)

Rechenberg war in Wirtschaftsdingen vorsichtig. Wo ein Handel bestand, wollte er ihn möglichst ungehindert lassen, auch wenn dessen Formen verbesserungsbedürftig gewesen wären. Im Gegenteil beseitigte er sogar wo er konnte eventuelle Schranken für die Entwicklung einer jeden Handelsbeziehung. Aus diesem Grunde weigerte er sich auch, den von der DOAZ als Sprachrohr der Wirtschaftler mit Leidenschaft häufig geforderten Buchführungszwang für die Inder einzuführen. Erst der Nachfolger Rechenbergs, Gouverneur Dr. Schnee, hat diese Buchführung den Indern zur Pflicht gemacht. Dr. Paul Rohrbach schrieb einmal in der DEUTSCHEN TAGESZEITUNG (dieser Artikel wurde von der DOAZ zitiert in Nr. 60, 13. Jahrg. 1911), daß die amtliche Richtschnur des Systems Rechenberg wahrscheinlich laute: Deutsch-Ostafrika den Negern — Alle Gewinnmöglichkeiten den Indern. Das gab die Ansichten der Wirtschaftler über Rechenbergs Eingeborenen-Politik voll und ganz wieder.

Die DOAZ war in allen diesen Fragen Anwalt der Pflanzer und kleinen und mittleren Kaufleute, immerhin also der Mehrheit der weißen Bewohner der Kolonie. Sie blieb deren Meinungsführerin im Kampf gegen das „System", wobei unter System nichts anderes verstanden wurde, als die Summe aller Maßnahmen, die Gouverneur v. Rechenberg infolge seiner negrophilen Einstellung und als Anhänger der „Handelskolonie" erlassen hatte. —

5. Weitere Kolonialfragen im Spiegel der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung": Die Urlaubsverordnung, Förderung der Ausfuhr, Für Dr. Peters, Ersparnisse an der Schutztruppe.

Nicht nur die Kämpfe in den Fragen der Arbeiterbeschaffung und der Eingeborenenbehandlung, die in der jungen, aufstrebenden und alle Gegenlätze in sich vereinigenden Kolonie besonders heftig werden, spiegeln sich in den Spalten der DOAZ bis in alle Einzelheiten wieder. In den Jahren von 1907 bis 1910 entstehen eine Reihe weiterer Zeitfragen, von denen einige sehr bald große Bedeutung erlangen. Da ist zunächst das Ringen der Wirtschaftler um Schaffung eines K r e d i t -

institutes auf genossenschaftlicher Grundlage bemerkenswert. Immer mehr drängt aber auch die Rassenfrage, deren entscheidende Bedeutung für alle Kolonialpolitik treibenden Völker gerade in unseren Kolonien schon vor dem Kriege klar erkannt wurde, zu einer befriedigenden Lösung. Das größte Problem aber entsteht in diesen Jahren in dem Streben nach Selbstverwaltung und nach Selbständigmachung der Kolonie. Wie im Anfang dieser Arbeit an Hand von Beispielen gezeigt wurde, wird notgedrungen in allen Kolonial-Neuländern das Stadium der Bemutterung und Bevormundung und der vollen Abhängigkeit vom Mutterlande abgelöst von einem Stadium des Strebens nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit. In dieses Stadium war Deutsch-Ostafrika in den Jahren vor 1914 gerade eingetreten. Die Auseinandersetzungen über diese drei wichtigen Zeitfragen, mit denen man sich schon vor 1910 in der Kolonie beschäftigte, bewegten aber hauptsächlich in der letzten Zeit vor Ausbruch des Weltkrieges die Gemüter. Im Interesse einer größeren Übersichtlichkeit sollen daher diese Fragen erst später behandelt werden (siehe Kap. VII, Abschnitt 3).

Es gab aber noch eine Anzahl mehr oder minder wichtiger Sorgen der Kolonisten, über die in der DOAZ debattiert wurde. Es seien einige herausgehoben und im folgenden kurz behandelt.

Im Jahre 1909 erläßt die Regierung eine neue Urlaubsverordnung, nach der jeder in Ostafrika beschäftigte Beamte nach 24monatiger Tätigkeit Europa-Urlaub anzutreten hat. Die DOAZ fordert in mehreren Leitartikeln energisch Änderung dieser Verordnung, die am „grünen Tisch" erlassen sei. Es könne nicht gleich sein, ob der Beamte während seiner Tätigkeit im gesunden Usambara-Hochland kräftige Alpenluft geatmet hätte, ob er im Konde-Land gewesen sei, wo man ohne Moskitonetz nicht schlafen könne, oder ob er in fiebrigen Gebieten ansässig gewesen und dann wirklich erholungsbedürftig sei. Jeder, ob er will oder nicht, müsse nach der Verordnung Erholungsurlaub antreten. Die Zeitung schließt:

„Die neue Urlaubsbestimmung der Regierung ist ein Hohn auf die selbstlose und erfolgreiche Arbeit unserer Sanitätsbehörde, ein Hohn auf die Ansiedlungsbestrebungen, ein Hohn auf die Verdienste der Kolonisten."[29]) (Die manchmal jahrelang in ungesunden Gebieten ohne Urlaub aushielten.)

Ein anderes Mal greift die Zeitung das Gouvernement an wegen der neuerdings (unter v. Rechenberg) in Mode kommen-

[29]) Nr. 79 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.

den Auftragserteilung für Regierungslieferungen an nicht in der Kolonie ansässige Kaufleute, insbesondere an solche im Mutterlande, da sie angeblich billiger lieferten. Die DOAZ erreichte durch diese Parteinahme für die Koloniekaufleute in einer Zeit der größten Spannungen zwischen Gouvernement und Pflanzern, daß auch die Kaufleute sich in die Front gegen Rechenberg einreihten.[30])

Viel Raum widmet die Zeitung auch den Fragen der Ausfuhrförderung. Nicht nur, daß sie Ratschläge an die Pflanzer weitergibt über Absatzaussichten dieser oder jener landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Sie sucht neue Wege. So fordert sie wiederholt größere Aktivität bei der Ausbeutung der Erzlager in Deutsch-Ostafrika. Wirtschaftlicher Weitblick kommt sicher darin zum Ausdruck, wenn die DOAZ in diesem Zusammenhang für die später endlich erfüllte Forderung nach Schaffung von Kleinaktien, im Werte von 20,— Mark pro Stück eintritt, die die Engländer längst hätten. In einem Falle habe ein deutscher Prospektor die Ausbeutung seiner Goldfelder einer englischen Gesellschaft mit Sitz in Britisch-Ostafrika übertragen müssen, da auf deutschem Gebiet unverständlicherweise noch keine Kleinaktien ausgegeben wurden, obwohl sich die Schäden schon bei der Diamanten-Ausbeutung in Südafrika gezeigt hätten.[31])

An Hand von reichem Unterlagenmaterial wird der deutschen Ostafrika-Linie der Vorwurf gemacht, daß sie die Kolonie nicht genügend in ihrem Fahrplan berücksichtige, und obwohl sie reiche Zuschüsse erhalte, lieber Zansibar als Daressalam anlaufe. Außerdem hinderten ihre zu hohen Frachtsätze die Entwicklung des Exports Deutsch-Ostafrikas.[32]) Auch die Suezkanal-Gesellschaft ist Gegenstand eines heftigen Angriffes wegen unverschämter Schleusgebühren.[33]) Ebenso wird der Deutsch-Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft nachgewiesen, — die Zeitung veröffentlicht statistisches Material hierzu — daß die Frachtsätze zu hoch seien im Vergleich zur englischen Uganda-Bahn.[34])

Interessant ist die Meinung der DOAZ über Dr. Karl Peters zu einer Zeit, in der diese Persönlichkeit im Reich noch heftig umstritten war, und keine amtliche Stelle dagegen einschritt, wenn der Name Peters, von dem Schmutz niedriger Verleumdung seiner Neider behaftet, in den Gerichtssälen auftauchte.

[30]) Nr. 51 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.
[31]) Nr. 74 der DOAZ 11. Jahrg. 1909.
[32]) z. B. Nr. 71 der DOAZ, 1. Jahr.g 1899.
[33]) Nr. 32 der DOAZ, 9. Jahrg. 1907.
[34]) Nr. 32 und 33 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.

Nicht der Kaiser, kein Reichstag, keine Regierung, die doch alle um die großen Verdienste Dr. Peters' wußten, konnten verhindern, daß in aller Öffentlichkeit dieser Mann beschimpft wurde, von dem ein großer englischer Afrikaner inbezug auf unsere Kolonialpolitik einräumte: „The only man you have is Dr. Peters". —

Klar und einheitlich war die Beurteilung Dr. Peters' in Ostafrika. In dieser Kolonie, die ohne ihn nicht deutsch geworden wäre, bewunderte man die Verdienste dieses Mannes, die jedenfalls an Ort und Stelle besser beurteilt werden konnten. Wieder ist es die DOAZ, die wegweisend eine Lanze für den sang- und klanglos verabschiedenten Reichskommissar bricht. Schon im Oktober 1906, zum Anlaß des 50. Geburtstags von Dr. Peters, als die erste Enttäuschung in den Kreisen der Wirtschaftler über den neuen Gouverneur v. Rechenberg sich Luft macht, schreibt sie demutsvoll:

„Was hätte Dr. Peters aus diesem Lande gemacht, wenn Tücke und Gemeinheit, Selbstsucht und Kleinlichkeit seinem Schaffen nicht in die Zügel gefallen wären."[35])

Im Anschluß an einen der sogenannten Peters-Prozesse in Köln, über den die Zeitung ausführlich berichtet hatte, wird leidenschaftlich gefordert, daß Dr. Peters vor aller Welt und Öffentlichkeit volle Genugtuung zu geben sei, soweit das überhaupt noch möglich.[36]) „In Dr. Peters' Zeichen werden wir siegen." Mit diesen Worten schließt ein Leitartikel zu seinem 53. Geburtstag.

„Die Größe von Peters" — so schreibt die DOAZ[37]) — „geht schon daraus hervor, wie er den Neid und den Undank seines Vaterlandes, dem er ein neues Reich schenkte, zu ertragen vermochte . . ." und Dr. Peters ist Deutscher geblieben, trotz der Schmutzwellen, die vor Kleinlichkeit, Selbstsucht und Torheit an unseren größten Afrikaner herangeschwemmt wurden."

In diesen aus der alltäglichen Kampfatmosphäre in Daressalam schon gewissermaßen herausgenommenen Peters-Artikeln sind allenthalben heftige Seitenhiebe auf Rechenberg eingeflochten. Die Spannung in der Kolonie zwischen dem Gouverneur mit einem Teil seiner Beamten und den Wirtschaftlern ist unerträglich geworden.

---

[35]) Nr. 43 der DOAZ, 8. Jahrg. 1906.
[36]) Nr. 13 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.
[37]) Nr. 78 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.

Auch in der Schutztruppe, die bisher den Auseinandersetzungen möglichst fern gestanden hatte, wächst die Abneigung gegen den Beamten Rechenberg. Der autokrate Gouverneur mischte sich außerdem allzusehr in die internen Schutztruppenangelegenheiten ein, wozu er wohl als oberster Befehlshaber in der Kolonie das Recht hatte, was den Beziehungen zwischen ihm und der Schutztruppe aber nicht gerade dienlich war. Als aber im Anfang des Jahres 1910 Pläne bekanntwurden, die zum Ziel hatten, Einsparungen bei der Schutztruppe vorzunehmen (Rechenbergs Gesamtpolitik war ja von Anfang an diktiert von der Parole: Sparen), da schwenkte die Schutztruppe endgültig in das Lager der Wirtschaftler. Der Kreis der Anhänger v. Rechenbergs schmolz weiter zusammen.

Gute Freunde im Gouvernement legten eines Tages der Zeitung den Durchschlag einer „Verfügung" des Gouverneurs auf den Redaktionstisch, die den Plan zu den beabsichtigten Einsparungen in der Schutztruppe enthielt. Sofort wurde von der DOAZ ein Propagandafeldzug zur Vermehrung der Schutztruppenkorps eingeleitet. In Nr. 1 (1910) zitiert sie eine Abhandlung des früheren Gouverneurs v. Götzen, in der jener sich für Schaffung einer ständigen weißen Truppe in Ostafrika ausspricht. Es wird dazu betont, daß v. Götzen, der den großen Aufstand 1905 mitgemacht hätte, Erfahrungen sammeln konnte und schon wisse, warum er für Verstärkung des militärischen Schutzes des Kolonien eintrete. In der nächsten Nummer spricht sich die DOAZ schon deutlicher aus. In dem Leitartikel „Ist die Sicherheit der Kolonie bedroht?" schreibt sie u. a.:

„Obwohl die Fachleute und der frühere Gouverneur immer wieder darauf hinwiesen, daß die Schutztruppe verstärkt werden müsse und das besonders jetzt, da aus verschiedenen Teilen des Landes die Anzeichen für neue Unruhen sich mehren, erfährt man, daß Rechenberg beabsichtigt, für 1911 eine Herabminderung der Schutztruppe und besonders des weißen Führercorps aus Ersparnisgründen durchzudrücken."

Der Angriff auf v. Rechenberg steigert sich aber noch weiter. In den Nummern 7/8, 9 und 10 erscheinen Artikel unter der Überschrift „Generalissimus v. Rechenberg", die auf dem Material beruhen, das der Zeitung aus dem Gouvernementspalast zugetragen wurde. Zunächst enthält diese Artikelserie scharfe Angriffe gegen den Charakter des Gouverneurs. Ihm wird Hinterhältigkeit vorgeworfen, und mit seiner jesuitischen Erziehung in Feldkirch begründet. Dieser Vorwurf, der die Grenzen eines taktvollen und von Verantwortungsbewußtsein

getragenen publizistischen Kampfes überschreitet und — wie manches andere im Kampf der DOAZ in dieser Zeit nur begreiflich wird auf Grund der in den Tropen besonders schnell und verhängnisvoll zutage tretenden Überreiztheit der Nerven, trifft den Gouverneur zu Unrecht, so sehr auch sonst viele Züge seiner Politik befremden müssen.[38]) Daß Rechenberg ultramontan eingestellt, daß er hinterhältig war und die katholischen Missionen vorgezogen haben soll — alles Vorwürfe, die die DOAZ erhoben hatte — wird einstimmig von Gegnern und Freunden, gleich welcher Konfession und welcher kolonialpolitischen Grundeinstellung sie anhingen, verneint.[39]) Im Gegenteil wird stets die oft verblüffende rücksichts- und schonunglose Aufrichtigkeit des Gouverneurs bestätigt. Das Hinwegsetzen über den Kommandeur der Schutztruppe Oberst v. Schleinitz bei der Beratung über die „Verfügung" mag man eher mit dem Autokratentum Rechenbergs begründen, aber niemals mit Hinterhältigkeit.

Der Einsparungsplan, der dann weiter sachlich von der DOAZ kritisiert wurde, sah Verminderung der (kostspieligen) Europäer-Stellen in der Schutztruppe vor durch Herabsetzung der Zahl der Kompagnien zugunsten einer Erhöhung der Kompagniestärke. Statt bisher 131 weißen Offizieren benötigte Rechenberg nach dem neuen Plan nur 104. Bisher gab es 11 Kompagnien in 14 Garnisonorten, während nun 8 Kompagnien auf 13 Garnisonorte verteilt werden sollten, was natürlich eine größere Zerrissenheit der Kompagnien bedeutet hätte.

Die vorzeitige Veröffentlichung der Rechenberg'schen Pläne zog schnell ihre Kreise in der Heimat. Es gab eine Anfrage im Reichstag, und Staatssekretär Dernburg mußte einen Rückzug antreten: der Plan des Gouverneurs sei nur besprochen

[38]) Auch ein Artikel in der Jüdischen Rundschau (Nr. 48, 40. Jahrgang vom 1. März 1935) wirft ein bezeichnendes Licht auf die wenig deutschbewußte Einstellung v. Rechenbergs, die ja schon in seiner Einstellung und Judenpolitik zum Ausdruck kam. Die „Jüdische Rundschau" schrieb: Freiherr von Rechenberg, der am 26. Februar an den Folgen eines Verkehrsunfalls im 74. Lebensjahr gestorben ist, war ein Freund des jüdischen Palästinawerkes. Der Verstorbene war vor dem Kriege eine Zeitlang Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, und als Kolonialfachmann interessierte er sich sehr für die Probleme, die mit dem Aufbau des Jüdischen Nationalheims in Palästina zusammenhängen. Er war Mitglied des Komitees Pro Palästina und hat bei den Hauptversammlungen wiederholt seine Anschauung über Palästina zur Geltung gebracht. Die zionistischen Kreise, die seinen Rat und seine Erfahrung zu schätzen wußten, werden diesem Manne ein dankbares Andenken bewahren.

[39]) Angaben von Geh. Rat W. Methner, Udo v. Katte, Prof. A. Zintgraff, W. Föllmer u. a., vgl. auch Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika".

worden. Es sei aber auch kein Plan gewesen, sondern nur ein „Bericht" Rechenberg's über die Möglichkeit, Einsparungen bei der Schutztruppe vorzunehmen. Die DOAZ weist aber genau nach, daß es sich nicht um einen Bericht, sondern um eine Verfügung handle und veröffentlicht den Kopf des Schriftstückes und schließt: „Der Plan Rechenbergs ist jedenfalls durch unsere Veröffentlichung vereitelt, das ist die Hauptsache."[40])

6. Der Gouverneur schafft sich eine eigene Presse: Die Gründung der „Deutsch-Ostafrikanische Rundschau".

Es war eine unhaltbare Lage für das Gouvernement Rechenberg. Zwei feindliche Parteien beobachteten argwöhnisch ihre Taten. Auf der einen Seite die Zivilverwaltung mit dem Gouverneur an der Spitze, und auf der anderen Seite die überwiegende Mehrheit der deutschen Kolonisten und die Schutztruppe. Dazu kam, daß der Gouverneur in den heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen klar im Hintertreffen war. Seine Gegner verfügten über zwei gut eingeführte Blätter (auch die USAMBARA-POST in Tanga bekämpfte Rechenbergs Politik), und die Möglichkeiten der Regierungsseite, amtliche Berichtigungen oder Entgegnungen in die Zeitungen zu lancieren, waren gering. Daß unter diesen Umständen Gouverneur v. Rechenberg seine Bemühungen, in Ostafrika eine ihm genehme Presse zu schaffen, mit erhöhtem Eifer betrieb, ist nicht weiter verwunderlich.

Die Anregungen, die v. Rechenberg am 12. März 1907 dem Auswärtigen Amt in Berlin gegeben hatte, wurden dort sogleich aufgegriffen. Legationsrat v. d. Groeben setzte sich mit dem damaligen Direktor des Scherlverlages, Löwe, in Verbindung und trägt ihm den Gedanken des Gouverneurs vor, eine neue Zeitung in Daressalam mit Regierungs-Unterstützung zu gründen.[41]) Direktor Löwe winkt aber ab, ihm scheint das Geschäft zu unsicher. Alles, was er einstweilen verspricht, ist, daß er sich nach einem geeigneten Mann umsehen will für ein solches Unternehmen, dem er dann vonseiten seines Verlages gewisse Unterstützungen, insbesondere im Anzeigengeschäft, zusichern könne. Man einigt sich darauf, zunächst die Unterlagen zu vermehren.

Zwei Gutachten werden angefordert. Einmal soll der Gouverneur sich über die eventuellen Vergünstigungen für ein

[40]) Nr. 32 der DOAZ, 12. Jahrg. 1910.
[41]) Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

solches Unternehmen äußern, dann aber soll Kurt Toeppen, den Rechenberg seinerzeit als Redakteur für die neue Zeitung vorgeschlagen hatte, berichten, ob nach seiner Meinung ein Zeitungsunternehmen Aussicht auf Erfolg habe.[42]) Toeppen antwortet, daß 100 000,— Mark Kapital notwendig wären, um die Zeitung zu gründen. Weiter geht aus seinem Schreiben hervor, daß er seinen eventuellen publizistischen Gegner W. v. Roy fürchtet. Er schlägt vor, zunächst keine Zeitung zu gründen, sondern erst den Verleger der DOAZ wirtschaftlich zu ruinieren durch Abschluß eines Vertrages mit dem Gouvernement über Papier- und Büromaterialien-Lieferungen. Dann könne es nicht lange dauern und v. Roy sei pleite. Das wäre der Augenblick, die neue Zeitung zu gründen. (!)[43]) Es ist in den Akten leider nicht verzeichnet, wie der Eindruck im Auswärtigen Amt über die Antwort Toeppen's war. Jedenfalls finden sich nach diesem „ritterlichen", „mutigen" Kriegsplan keinerlei Ansätze mehr, Herrn Toeppen für die Gründung einer regierungsfreundlichen Presse in Daressalam zu gewinnen.

Inzwischen hatten sich auch andere Kreise mit der Gründung einer Konkurrenzzeitung in Daressalam beschäftigt. Es waren das einige große deutsche Handelshäuser und Industriefirmen, deren monopolistische Stellung von den Pflanzern, — überhaupt allen Gegnern der „Handelskolonie" und insbesondere von der DOAZ häufig angegriffen worden war, und die ihr Interesse besser gewahrt sehen wollten. Der Anwalt aller dieser Kreise war die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft. Da sich die Wünsche Rechenbergs und der großen Handelshäuser begegneten, wurde schnell der gemeinsame Nenner gefunden, der die Zeitungsgründungen vorwärtstrieb. Im Anfang des Jahres 1908 wurde Rechenberg, der gerade in Berlin weilte, ein Herr Passavant aus dem Scherlverlag vorgestellt.

Passavant, königlich bayerischer Oberleutnant a. D. und ehemaliger Offizier der Schutztruppe in Ostafrika war bereit, das neue Blatt zu redigieren. Rechenberg sagte Passavant Unterstützung des Gouvernements zu, vorsichtshalber soll er nur erklärt haben, daß er dem Unternehmen „praktische Unterstützung" angedeihen lassen werde.[44])

Als Geldgeber fanden sich die Handelshäuser und einige Private (Passavant selbst hat kein Geld zur Verfügung gestellt).

---

[42]) Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[43]) Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[44]) Angaben W. v. Roy's.

Von den Handelshäusern gab die DOAG die größte Summe (ca. 30 000,— Mark)[45]), und von privater Seite stellte der damalige Professor am Orientalischen Seminar in Berlin, Velten, Geldmittel für das Unternehmen bereit.[46]) Die DEUTSCH-OST-AFRIKANISCHE RUNDSCHAU, so war der Name der Zeitung festgesetzt worden, war damit gegründet.

Die Gründung der RUNDSCHAU ist nicht ganz ohne Tragik für die DOAZ gewesen. Schon bevor es zur Schaffung der Konkurrenz gekommen war, hatte v. Roy auf Grund seiner guten Beziehungen zum Gouvernement sicher von den Zeitungsplänen Rechenbergs irgendwie erfahren. Er wird sich gesagt haben, daß das Gouvernement, wenn die Angriffe — seien sie auch berechtigt — in der gleichen Schärfe anhielten, eines Tages der Zeitung die Regierungslieferungen und den Amtlichen Anzeiger entziehen würde. Roy hielt es für das Beste, sich nach einem Redakteur umzusehen, der dann mit unverbrauchten Nerven an seine schwere Aufgabe herangehen mochte.

So erreichte Heinrich Pfeiffer, der seine journalistische Ausbildung in der FRANKFURTER ZEITUNG genossen hatte und gerade den Posten eines Auslandskorrespondenten in Madrid antreten wollte, zu Beginn des Jahres 1908 das Angebot W. v. Roy's, als Hauptschriftleiter nach Daressalam zu kommen. Pfeiffer nahm an und führte sich beim Gouvernement gut ein durch absichtlich große Mäßigung in der Kritik. Scharfe Angriffe gegen das „Regime" verschwanden vorübergehend ganz (was nach einer eigenen späteren Angabe der DOAZ der Zeitung sofort einen Verlust von Dutzenden von Abonnenten einbrachte). Aber die Bemühungen Pfeiffers, über die kritische Zeit hinwegzukommen und die Gründung des Konkurrenzblattes zu verhindern, waren vergebens, sie hatten zu spät eingesetzt. Rechenberg, der zu dieser Zeit schon in Berlin weilte, hatte Passavant bereits Unterstützung zugesagt. Der Gouverneur soll bei seinem Wiedereintreffen in Daressalam, als ihm von der neuen Einstellung der DOAZ unter dem neuen Redakteur berichtet wurde, ausgerufen haben:

„Schade. Fünf Monate früher hätte die neue Redaktion einsetzen müssen. Ich habe einen Redakteur, zwei deutsche Setzer und einen Faktor, der zugleich Kaufmann ist, mitgebracht. Nachdem das Geld von interessierter Seite zusammengekommen ist, muß die neue Zeitung, die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE RUNDSCHAU, gegründet werden."[47])

---

[45]) Angabe von Direktor Warnholtz (DOAG).
[46]) Angabe von W. v. Roy, von Dir. Warnholtz bestätigt.

Am 22. August 1908 erschien die erste Nummer der zunächst einmal wöchtenlich erscheinenden Zeitung.

In dem Bericht an das Reichskolonialamt vom 8. September 1908, der die Begründung der RUNDSCHAU offiziell mitteilt, gibt Rechenberg zu, daß die Zeitung unter Unterstützung des Gouvernements durch Zuwendung des Amtlichen Anzeigers und bei Berechnung angemessener Preise durch Lieferungen der Drucksachen für die Regierung gegründet wurde.[48])

Die Gründung der RUNDSCHAU fand ein starkes Echo in den reichsdeutschen Zeitungen. Fast nirgends verteidigte man die Pressepolitik Rechenbergs, die POST hatte am 10. Oktober 1908 in Nr. 447 an der Zeitungsgründung in Daressalam scharfe Kritik geübt: Das Blatt werde von einem ultramontanen Redakteur herausgegeben und stelle sich auf ultramontanen Standpunkt. „Ultramontan" wurde nun das Stichwort, mit dem die Dernburg-Rechenberg-feindliche Presse ihrer Empörung Luft machte in Angriffen auf den ultramontanen Gouverneur und seine Pressepolitik. Am meisten empörten sich Blätter wie die HAMBURGER NACHRICHTEN, MÜNCHENER NEUESTE NACHRICHTEN und LEIPZIGER NEUESTE NACHRICHTEN[49]).

Dernburg sah sich schließlich zu einer öffentlichen Erklärung veranlaßt, in der er feststellte, daß die Zeitungsgründung nicht nach konfessionellen Gesichtspunkten erfolgt sei, sondern daß die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE RUNDSCHAU auf Initiative ostafrikanischer Kaufleute, die ihre Interessen bisher nicht genügend wahrgenommen glaubten, gegründet sei.[49]) Rechenberg hatte auf eine Anfrage des RKA telegraphiert, daß er selbst erst in Daressalam erfahren habe, daß Passavant katholisch sei. Dieser habe sich aber politisch nie in klerikalem Sinne betätigt, sondern im Gegenteil in Bayern für die Liberalen gearbeitet.[50])

Es ist kaum anzunehmen, daß der Gouverneur v. Rechenberg nicht gewußt hat, daß durch Schaffung der RUNDSCHAU die Gegensätze in der Kolonie noch schärfer und die Auseinandersetzungen noch heftiger werden würden. Sicher hat er auch daran gedacht, als er — die RUNDSCHAU hatte sich soeben installiert — dem Verleger der DOAZ den Vorschlag einer Fusionierung der beiden Blätter machte.[51]) Wie er selbst

[47]) Heinrich Pfeiffer: Als Journalist in Ostafrika S. 44.
[48]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[49]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[50]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[51]) Heinrich Pfeiffer: Als Journalist in Ostafrika, S. 45.

am 18. November 1908 an das RKA berichtete, dachte er an ein großes ostafrikanisches Blatt, dessen politische Stellung der der KÖLNiSCHE ZEITUNG entsprechen sollte.[52])

Roy, der damals gerade auf einer Erholungsreise in Europa weilte, lehnte diesen Antrag ab. Eine Fusionierung hätte doch nur den Erfolg gehabt, daß die DOAZ dadurch gezwungen wäre, ihre kämpferische Haltung aufzugeben, oder in einem Umfange einzuschränken, daß sie ihrer Aufgabe als Interessenvertreterin der Wirtschaftler nicht mehr hätte wirksam nachkommen können. Die Schaffung einer Presse nach dem Muster der damals offiziösen KÖLNISCHEN ZEITUNG in der Kolonie hätte außerdem den Zustand wieder aufgerichtet, und diesmal durch vertragliche Bindungen gesichert, der unter Gouverneur Liebert bestand und der überwunden worden war. Auch hoffte v. Roy, daß die vermehrte Unterstützung seines Unternehmens durch die Wirtschaftler die Verluste der Regierungslieferungen wenigstens zum Teil ausgleichen würde. Er hat sich darin nicht getäuscht. —

[52]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

Kapitel V.

Pressekrieg in Deutsch-Ostafrika.

1. „Rundschau" gegen „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung", die Kraftquellen der beiden Blätter: Hier Regierungsaufträge, dort die neu gegründeten Organisationen der Wirtschaftler.

1. Ein wohlbeleibter gutmütiger Mann, behäbig aber auch gemütlich, das war Passavant, der „gute Passavant", wie seine Zeitgenossen ihn allgemein nannten.[1]) Der Redakteur der RUNDSCHAU war in jeder Beziehung das Gegenteil seines Berufskameraden in der DOAZ, und so verschieden diese Männer waren, sind auch ihre Zeitungen gewesen. Gewiß ist die schwierigere Aufgabe, ein Regierungssystem zu verteidigen, das außer den Regierenden kaum Freunde und Anhänger hat, aber die Plumpheit und Lauheit, mit der die RUNDSCHAU ihre „Verteidigung Rechenbergs" betrieb, hat dem Gouverneur schließlich mehr geschadet als genutzt. Passavant verfügte nicht nur über kein Fingerspitzengefühl, war nicht nur ein schlechter Psychologe, er erfüllte auch sonst nicht die Voraussetzungen zu einem guten Journalisten. Als die erste Nummer der RUNDSCHAU erschienen war, konnte Heinrich Pfeiffer, derzeitiger Redakteur der DOAZ wissen, daß er den Kampf mit Passavant gewinnen werde. Auch Rechenberg scheint enttäuscht gewesen zu sein. Einem Spötter soll er inbezug auf Passavant und sein Blatt gesagt haben: „Wollen wir abwarten, vieleicht lernt er's noch."[2])

Das Wesen einer Zeitung, beschäftigt sie sich aktiv mit der Tagespolitik, ist, daß sie führt. Begibt sie sich dieser schönsten und ehrenvollsten Aufgabe, ist sie nicht bereit, sich restlos einzusetzen für ein Ziel, verharrt sie ewig in nutzloser Defensive, so kann sie auch nicht erwarten, Leser zu finden, die ihrerseits bereit sind, sich für ihre Zeitung einzusetzen. Was allgemein Gültigkeit hat, trifft sogar in besonderem Maße für die Kolonien zu. Der Kolonist, Aktivist in jeglicher Beziehung, hart, ziel-

---

[1]) s. Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika", S. 51, gleichlautende Angaben von W. Methner, A. Zintgraff, W. v. Roy und A. Kuschel.
[2]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika", S. 46.

bewußt und selbstsicher, brauchte eine Zeitung, die seinem Wesen einigermaßen entsprach. Schon aus diesem Grunde blieben die Sympathien für die RUNDSCHAU auch bei denen fern, die die Gründung des Blattes nicht ungern gesehen hatten.

Wäre der Verleger der RUNDSCHAU allein auf sein kaufmännisches und journalistisches Können angewiesen gewesen, so hätte sein Blatt schon nach kurzer Zeit das Erscheinen wieder einstellen müssen. Das aber verhinderte — oder besser zögerte hinaus — die Konsequenz des Gouverneurs v. Rechenberg, der nun, wo die Fusionierungsbemühungen gescheitert waren, seine einmal begonnene Pressepolitik auch durchführen wollte.

Zunächst wurden der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNG die 250 Regierungs-Abonnements entzogen[3]), und bei der RUNDSCHAU angemeldet. Die dem Gouvernement untergeordneten Dienststellen, Bezirksämter, Schutztruppenkommandos und andere Behörden bekamen nun offiziell anstatt der DOAZ die RUNDSCHAU geliefert. Ein Teil der Beamten bezog allerdings ihre alte Zeitung weiter als Privatabonnenten. Auf der anderen Seite hatte auch eine Anzahl Pflanzer die RUNDSCHAU abonniert, schon um die immer interessanter werdenden Auseinandersetzungen in den beiden Zeitungen besser verfolgen zu können. Es ist ja auch durch die Feststellung der großen Lesefreudigkeit in der Kolonie im I. Kapitel, zweiten Abschnitt, erwiesen, daß ein Teil der Bewohner Deutsch-Ostafrikas mehr als eine der Kolonie-Zeitungen gelesen haben muß.

Bald nach Verlust der Regierungsabonnements, wurde der DOAZ auch noch der Druck des Amtlichen Anzeigers entzogen, der nun im Passavant'schen Betrieb hergestellt wurde. Am schlimmsten aber wirkten sich die ausbleibenden Regierungsaufträge an Papier, Drucksachen und Büromaterialien aus.[4]) (In diesem Zusammenhang dürfte eine Aufstellung von Interesse sein, die aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA entnommen ist, und nach der das Gouvernement an die DOAZ folgende Summen bezahlte: im Jahre 1905: für Büromaterialien 10 052,— Mark, für Anfertigung von Drucksachen 7712,— M, für den Druck des Amtlichen Anzeigers 4712,— M, zusammen

---

[3]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika", S. 46. (Pfeiffer spricht von 300 Regierungsabonnements, aber nach Angabe des damaligen stellvertretenden Gouverneurs Geheimrat W. Methner betrug ihre Zahl nicht mehr als 250.)

[4]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika", S. 46 und Nr. 87 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.

also 22 476,— M. Im Jahre 1906: für Büromaterialien 12 851,— Mark, für Drucksachen 8388,— M, für den Druck des Amtlichen Anzeigers 5440,— M, zusammen 26 679,— M.) Zwar schrieb man nach einem öffentlichen Einspruch der DOAZ die Lieferungen aus, aber Passavant konnte immer das billigere Angebot machen. Es ist behauptet worden, daß das Angebot der DOAZ der RUNDSCHAU vorher mitgeteilt worden sei, so daß Passavant leicht seinen Kostenanschlag um einige Rupien niedriger halten konnte.[5]) Ob tatsächlich irgendein Beamter des Gouvernements sich für solche unfairen Machenschaften hergegeben hat, ist kaum anzunehmen. Bemühungen des früheren Gouverneurs Liebert, der inzwischen Mitglied des Reichstags geworden war, beim Staatssekretär zu erreichen, daß der DOAZ die Lieferungen belassen würden, waren ohne Erfolg.[6]) Nach einem Bericht, den Gouverneur v. Rechenberg Ende 1908 an das RKA schrieb, teilte er mit, daß immer die Firma die Lieferungen bekomme, die am billigsten sei. So letzthin auch einmal eine Berliner Firma, die das billigste Angebot abgegeben hätte. Aus dem gleichen Bericht geht hervor, daß die RUNDSCHAU nach zwei Monaten 400 Abonnenten gehabt hatte[7]) (also 250 Regierungsabonnements plus 150 Privatabonnements, das war allerdings noch nicht viel).

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die DOAZ begann die Zeitung sehr zu fühlen. Heinrich Pfeiffer, der in dieser schwierigen Zeit den in Deutschland weilenden v. Roy auch in den kaufmännischen Angelegenheiten mit vertrat, schreibt in seinem schon oft zitierten Buch „Als Journalist in Ostafrika", daß manchmal die Wechsel nicht bezahlt werden konnten, aber stets hätten sich in letzter Minute Gönner gefunden, die ihre Börse auf den Tisch legten, um die Zeitung zu erhalten. In der höchsten Not habe auch einmal der evangelische Pfarrer, der übrigens ein sehr reger Mitarbeiter der DOAZ zeitweilig gewesen wa, die ganze Kirchenkasse ausgeliehen. Das waren erste Beweise einer Solidarität, die sich in ständig wachsendem Maße vermehrte.

Durch die Gründung der „Rechenberg-Presse" waren die Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaftlern und Gouvernement noch verstärkt worden. Die DEUTSCH-OSTAFRIKA-

---

[5]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika", S. 47. Schriftliche Angaben von W. v. Roy. Ferner findet sich diese Behauptung in einem Artikel der DOAZ, der vom Gouvernement nicht widersprochen wurde.

[6]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

[7]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

NISCHE ZEITUNG war nunmehr die Fahne der Wirtschaftler, die sich jetzt fester als zuvor um ihr Banner scharten. Die Anzeigenaufträge für die DOAZ vermehrten sich schon nach wenigen Wochen, die verlorenen Regierungs-Abonnements waren schnell wieder eingeholt, und die Auflage stieg sogar.[8]) Außerdem steigerten sich die Druckaufträge der Wirtschaftler derartig, daß die Zeitung in ihrer Existenz nach verhältnismäßig kurzer Zeit direkt nicht mehr bedroht war.[9]) Außer aus den Kreisen der Kaufmannschaft, gaben die Pflanzer große Bestellungen auf. Da auf vielen Pflanzungen private Arbeitskontrolle eingeführt war, mußten Zehntausende von Arbeiterkarten und andere Kontrollformulare, ferner Pflanzungsbücher usw. angefertigt werden. Der Versuch des Gouverneurs, durch Entziehung der wirtschaftlichen Grundlage die DOAZ totzumachen, hatte also keinen Erfolg gehabt.

Schlimmer für die DOAZ war der Boykott in der Versorgung mit amtlichem Nachrichtenmaterial durch die Regierung.[10]) Der Gouverneur hatte an alle untergeordneten Dienststellen eine Anordnung ergehen lassen, nach der die Veröffentlichungen in Zukunft in der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN RUNDSCHAU zu erfolgen hätten. Und so mußten die Leser der DOAZ und der USAMBARA-POST verzichten auf die amtlichen Nachrichten, die Berichte des Gesundheitsamtes, der meteorologischen Hauptstation, der Zollverwaltung, so daß auch alle Handelsstatistiken von nun an fehlten und ebenso die Marktberichte. Aber nicht genug mit einer einfachen Nachrichtenboykott-Verordnung. Rechenberg soll weiter seine Beamten angewiesen haben, die gesellschaftlichen Beziehungen zu den Redakteuren der DOAZ abzubrechen. Pfeiffer schreibt hierüber:[11])

„Eines schönen Tages las ich mit Erstaunen eine für die höheren Dienststellen bestimmte amtliche Warnung, mit mir gesellschaftlich nicht zu verkehren, weil die Zusammenkünfte für mich nichts anderes seien, als eine bequeme Informationsgelegenheit."

Es mag den Gouverneur später oftmals sehr geärgert haben, wenn er feststellen mußte, daß — für ihn unerklärlich —

---

[8]) Heinrich Pfeiffer: Als Journalist in Ostafrika, S. 50.

[9]) Angaben von W. v. Roy. s. auch Pfeiffer, Als Journalist in Ostafrika, S. 50 und den Aufsatz von A. Zintgraff: „Die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung". (siehe Literaturangabe.)

[10]) s. Brief des Oberstabsarztes Meixner an die DOAZ in Nr. 84 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.

[11]) In seinem Buch „Als Journalist in Ostafrika".

die DOAZ in vielen Fällen viel besser unterrichtet war als die RUNDSCHAU. Die DOAZ hatte eben selbst in den Regierungsbüros geheime Helfer und Freunde. Aber die regelmäßigen Berichte der schon oben genannten Dienststellen verschwanden aus der „Oppositionspresse". Sie fanden in der RUNDSCHAU aber nur wenige Leser, und der Zweck solcher amtlichen Veröffentlichungen, möglichst weite Kreise zu unterrichten, war damit hinfällig geworden. Die Wirtschaftler aber fühlten sich erneut benachteiligt, die Empörung gegen das „System Rechenberg" war durch die RUNDSCHAU-Politik weiter stark gewachsen.

In diese Stimmung hinein warf die DOAZ die Parole, die den Anlaß gab zu einer für die Kolonie äußerst wichtigen Entwicklung. „Wirtschaftler, helft Euch selbst, so hilft Euch auch Berlin", das war das Wort, mit dem die Propaganda für den Zusammenschluß der Pflanzer und übrigen Wirtschaftler in festgefügte Organisationen eingeleitet wurde. Ein Vorbild für derartige Vereinigungen gab es bereits seit einigen Jahren im Norden der Kolonie, wo sich die dortigen zahlreichen Pflanzer zu einem Wirtschaftsverband der Nordbezirke zusammengeschlossen hatten. Dieser vertrat in der Hauptsache Pflanzerinteressen. Auf erweiterter Grundlage entstanden nun, von der DOAZ mächtig propagiert, nacheinander folgende Organisationen der Wirtschaftler: Im Dezember 1908 die Wirtschaftliche Vereinigung von Daressalam und Hinterland, im Frühjahr 1909 der Landwirtschaftliche Verein, ferner 1909 die Wirtschaftliche Vereinigung Lindi. Alle diese Organisationen erklärten die DOAZ als ihr Amtsblatt, und der Kopf der Zeitung trug von nun an den Untertitel „Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Daressalam und Hinterland . . ." Später, im Frühjahr 1911, erklärte auch die Wirtschaftliche Vereinigung von Rufiji die DOAZ zu ihrem Publikationsorgan.

Die Krönung dieser Bestrebungen wurde im Sommer 1909 erreicht, als es gelang, alle bestehenden Verbände der Wirtschaftler einschließlich des Verbandes der Nordpflanzer in dem Wirtschaftlichen Landesverband von Deutsch-Ostafrika als Kopforganisation zusammenzufassen, zu dessen Gründung die DOAZ bereits im Frühjahr desselben Jahres, erstmalig dreispaltige Schlagzeilen anwendend, aufgerufen hatte.

Der Redakteur der DOAZ, Heinrich Pfeiffer, saß im Vorstand der Daressalamer wirtschaftlichen Vereinigung.[12]) Das

[12]) s. Nr. 29 und 37 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909. Siehe auch Nr. 63 der „Rundschau", 2. Jahrg. 1909.

stärkte natürlich die Stellung der Zeitung, insbesondere bei dieser Organisation noch mehr. Im Februar 1909 fand die erste Generalversammlung statt. Es wurde bedauert, daß dem Blatte, das am meisten gelesen wird, die amtlichen Nachrichten der Wetterstation, des Gesundheitsamtes usw. entzogen sind. Man bezeichnete das Verhalten des Gouverneurs gegenüber der Presse zugunsten „eines nach Lage der Dinge weniger gelesenen Gouvernementsblattes" als unverständlich. Nach den Ausführungen des Referenten wurden die Maßnahmen des Gouverneurs für umso bedenklicher gehalten, als dadurch leicht der Verdacht aufkommen könnte, daß eine Beeinflussung des Publikums zugunsten der RUNDSCHAU beabsichtigt sei. Die Versammlung beschloß, daß der Vorstand das Gouvernement ersuchen soll, allen Deutsch-ostafrikanischen Zeitungen zu gleicher Zeit das zur Publikation geeignete Material der meteorologischen Hauptstation, die Marktberichte, Zollstatistiken usw. zukommen zu lassen. Für den Fall, daß Rechenberg auf dieses Ersuchen abschlägig antworten sollte, war gefordert, unverzüglich eine Beschwerde beim Reichskolonialamt einzuleiten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nur Passavant, der der Vereinigung wie alle übrigen Kaufleute Daressalams angehörte, hatte sich der Stimme enthalten.[13]) Seine RUNDSCHAU, die über diese Generalversammlung nur einen kurzen Bericht brachte, erwähnte die Presseresolution nur mit wenigen Worten. Passavant schrieb: „. . . schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme".[14])

Gouverneur v. Rechenbergs Antwort mußte die Wirtschaftler nur noch mehr verbittern. Er lehnte die Eingabe ab. Seine Begründung: Die dreimalige Übersendung der Publikationen an die Zeitungen erfordere dreifache Kanzleiarbeit, die wiederum einen Mehraufwand an Personal zur Folge haben würde, zu dem man nicht in der Lage sei.[15])

Die Daressalamer wandten sich nun konsequenterweise an das Reichskolonialamt. Rechenberg rechtfertigte sich mit der Feststellung, daß von einem Boykott der DOAZ inbezug auf das Amtliche Nachrichtenmaterial keine Rede sein könne. Die DOAZ habe die Möglichkeit, alle Nachrichten aus der RUNDSCHAU bei Angabe der Quelle abzudrucken (!).[16]) Damit gibt sich das RKA zufrieden, und der Vorstoß der Wirtschaftler für

[13]) Nr. 17 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.
[14]) Nr. 17 der „Rundschau", 2. Jahrg. 1909.
[15]) Nr. 37 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.
[16]) Aus Akten AI, 1. Bd. des früheren RKA.

ihre Zeitung ist mißlungen. Dennoch bleibt der große Rückhalt, den die DOAZ jetzt in den Wirtschaftler-Organisationen hat.[17])

2. Das Gouvernement beteiligt sich aktiv am Pressekrieg.

„Was er zu wenig in seiner Zeitung an Artikeln, Entrefilets und Notizen brachte, das tat er zuviel im privaten Geplausch mit allen möglichen und unmöglichen Leuten in der Kolonie. Die Exzellenz hat mit ihm eine ehrliche Last gehabt, und der Adjutant, ein kluger, geschickter Mann, dürfte ihn des öfteren auf berufliche und menschliche Unklugheiten hingewiesen haben",

so schreibt Pfeiffer von seinem unmittelbaren Gegner im Zeitungskampf, dem Redakteur Passavant von der Rundschau.[18]) Nicht viel anders wird auch das Urteil der Männer im Gouvernementspalast gewesen sein. Es gehörte kein großer Weitblick dazu, der Rundschau trotz der reichen wirtschaftlichen Unterstützung durch die Regierung kein allzu langes Leben vorauszusagen. Auch die Übermittlung allen amtlichen und halbamtlichen Nachrichteninformations-Materials an Passavant, brachte auf die Dauer keinen Ersatz für die fehlenden Nachrichten aus der Kolonie. Während der Nachrichtendienst der DOAZ infolge der Solidarität der Pflanzer hervorragend arbeitete (manche Nummer enthielt bis zu 20 Nachrichten aus dem Innern Deutsch-Ostafrikas), konnte die Rundschau, weil ihr die Pflanzer die Unterstützung versagten, nur hier und da einmal die eine oder die andere Nachricht bringen, die dann meistenteils von einem Bezirksamt stammte. Auch die zum Teil recht wertvollen Abhandlungen und Aufsätze, die von Sachverständigen, die der Regierung nahestanden, oder von Wirtschaftlern und leitenden Beamten irgendwelcher Unterabteilungen des Gouvernements geschrieben wurden, vielleicht bisweilen auf einen sanften Wink von oberster Stelle geschrieben werden mußte, führte die RUNDSCHAU nicht in den Kreisen der Wirtschaftler ein. Der Leitartikel, der der DOAZ das Wesen eines mitreißenden Kampfblattes gab, war meistens sehr sachlich und trocken und — wenn er von Passavant stammte — auch noch schlecht geschrieben. Obwohl er selbst seine Leitartikel vorsichtshalber lieber über Nebensächlichkeiten schrieb und sich zunächst von den schwierigen Fragen,

---

[17]) s. auch A. Zintgraff: „Die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung". (Siehe Literatur-Verzeichnis.)

[18]) Heinrich Pfeiffer: „Als Journalist in Ostafrika", S. 50.

den Auseinandersetzungen zwischen Gouvernement und Wirtschaftlern möglichst fern hielt, hatte er eine wenig glückliche Hand bei der Auswahl von Artikeln seiner Mitarbeiter, so daß seine anfangs gewahrte eigene Zurückhaltung dadurch wieder wertlos wurde, und er mit seiner RUNDSCHAU sehr bald zum Gegenstand heftigster Angriffe von seiten der DOAZ und der Wirtschaftler wurde, Angriffe, die sich später bedauerlicherweise oftmals in Angriffe gegen Personen aus dem Gegnerlager auswuchsen. Passavant ließ sich zu Gegenangriffen auf die DOAZ hinreißen, und wie sehr in diesem internen Zeitungskampf die RUNDSCHAU der unterlegene Teil gewesen ist, lehrt schon die bloße Lektüre der betreffenden Jahrgänge der beiden Zeitungen.

Passavant mußte eines Tages, nachdem gerade wieder ein Angriff auf die DOAZ mit einer Riesenblamage für den Rundschauverleger geendet hatte,[19]) erklären, daß er von nun an nicht mehr auf die Angriffe der DOAZ eingehen werde.[20]) Es ist erklärlich, daß das Gouvernement dem bedrängten Patenkinde in seiner Notlage zu Hilfe kam und einen weiteren Schritt zur Unterstützung der Rundschau tat. Schriftgewandte Herren aus dem Gouvernement schrieben daher außer Aufsätzen allgemeinen Inhalts auch Leitartikel. Diese „amtlichen" Mitarbeiter der RUNDSCHAU, zu denen in erster Linie der Adjutant des Gouverneurs, Oberleutnant v. Berger[21]) und der damalige Referent Regierungsrat W. Methner[22]) gehörten, gaben durch gute Leitartikel der Zeitung neuen Lesewert und eine politische Note und Stellung, die das Interesse an der RUNDSCHAU in der Kolonie sicher gehoben hätte, wenn auch nicht in dem erforderlichen Maße. Daß der Gouverneur selbst Artikel schrieb, muß bezweifelt werden. Es ist das auch nur ein einziges Mal behauptet worden.[23]) Abgesehen davon, daß v. Rechenberg gar keine Zeit für eine aktive journalistische Betätigung gehabt haben wird, hatte er das auch nicht nötig, denn die Tätigkeit v. Bergers machte seine Mitarbeit überflüssig. Der Adjutant, ein unbedingter Anhänger der Rechenberg'schen Ideen, schrieb auch ohne Aufforderung von der Exzellenz.[24])

---

[19]) s. z. B. Nr. 54 der „Rundschau" mit Sonderdruck, 3. Jahrg. 1910 und Nr. 55 der DOAZ, 12. Jahrg. 1910.

[20]) Nr. 56 der „Rundschau", 3. Jahrg. 1910.

[21]) Bestätigt von W. Methner, Professor A. Zintgraff, Kuschel und W. v. Roy.

[22]) Angabe von W. Methner.

[23]) Heinrich Pfeiffer, Als Journalist in Ostafrika. S. 45.

[24]) Angabe von W. Methner.

Die politische Linie der RUNDSCHAU war bestimmt durch ihre Offiziösität, die natürlich kein Geheimnis in der Kolonie bleiben konnte, und die der Zeitung gewisse Schranken auferlegte, und zweitens durch die Verteidigungsstellung, in der sie sich befand. Das zusammen ergab keine günstige Position, diese wurde aber direkt unmöglich für die Rundschau, als der Zeitungskrieg auf das unfruchtbare Gebiet persönlicher Verunglimpfung hinüberglitt.

Man kann der Passavant'schen Zeitung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die direkte Veranlassung hierzu gegeben hat durch einen Leitartikel, überschrieben: „Vom Materialismus in der Presse", in dem der DOAZ vorgeworfen wurde, daß ihr Kampf gegen den Gouverneur und dessen Politik lediglich diktiert sei von Gründen materieller Natur, aus Ärger über den Verlust der Regierungslieferungen und des Amtlichen Anzeigers.[25]) Vorher hatte Passavant alle seine Gegner damit gereizt, daß er in einem Leitartikel seiner Zeitung die Behauptung zuließ, daß es eine Verdrehung der Tatsachen sei, wollte man von einer Arbeiternot sprechen.[26]) „Ein offiziöser Pamphletist", lautete die scharfe Antwort der DOAZ auf den Angriff in der RUNDSCHAU. Der Gouverneur rückte sogleich durch eine „Berichtigung", die er beiden Zeitungen zukommen ließ, vom Inhalt des RUNDSCHAU-Artikels ab.[27]) (In dem angezogenen Artikel waren Verhandlungen der DOAZ im Gouvernement in entstellter Form wiedergegeben.) Rechenberg sagt in seiner Berichtigung, daß im Gouvernement kein Anlaß vorliege, aus der geschäftlichen Tatsache der Neuregelung der Regierungslieferungen irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Auch sei der Artikel „Vom Materialismus in der Presse" nicht mit Wissen des Gouverneurs geschrieben worden. Der Schreiber sei im Gouvernement unbekannt. Trotz dieses offensichtlichen Schlichtungsversuches Rechenbergs, finden sich in den Spalten der beiden Daressalamer Blätter von nun an neben sachlich geschriebenen kritischen Artikeln, in denen scharf die beiderseitigen Ansichten vertreten werden, fast dauernd beleidigende persönliche Angriffe, die zu der unerfreulichen Verhetzung und Verhärtung der Gegensätze in der Kolonie wohl den größten Beitrag lieferten.

---

[25]) Nr. 11 der „Rundschau, 1. Jahrg. 1908.
[26]) Nr. 7 der „Rundschau", 1. Jahrg. 1908.
[27]) s. Nr. 14 der „Rundschau", 1. Jahrg. 1908.

3. Vermittlungsbemühungen in letzter Stunde.

Von umsichtigen Männern aus den Kreisen der Wirtschaftler ist der Versuch gemacht worden, den Auseinandersetzungen die unfruchtbaren, jede sachliche Arbeit von vornherein ausschließenden persönlichen Verleumdungen und unnötige Schärfen zu nehmen. Einer dieser Männer, die vorausschauend die Folge eines mit blinder Leidenschaft geführten Pressekrieges verhindern wollten, war die Plantagendirektor Hauptmann Otto Daebeler. Mitten in seinen Bemühungen, zwischen den beiden Zeitungen zu vermitteln — obwohl er politisch auf der Seite der Wirtschaftler stand und seine Sympathien der DOAZ gehörten, bei der er Mitarbeiter und 1901 vorübergehend leitender Redakteur gewesen war — wurde er im Jahre 1909 infolge eines Tropenleidens aus dem Leben gerissen. Daebeler muß allgemein auch bei seinen Gegnern beliebt gewesen sein, wie aus den Kommentaren anläßlich seines Todes aus beiden Zeitungen hervorgeht.[28]) Er hatte von Passavant das Versprechen erhalten, jeden groben Ton in den Auseinandersetzungen zu unterlassen.[29]) Sicher wird v. Roy, der zu dieser Zeit bereits wieder die Redaktion der DOAZ führte (H. Pfeiffer mußte im Sommer 1909 die Kolonie krankheitshalber verlassen), das Gleiche versprochen haben. Aber die Vergiftung der politischen Atmosphäre in Daressalam war schon so weit fortgeschritten, daß die Schärfe der Auseinandersetzungen nach kurzer, hoffnungsvoller Wendung zur Besserung, wieder den alten Grad erlangte.

In diese Periode fällt auch die Gründung des Wirtschaftlichen Landesverbandes, an der ebenfalls Hauptmann Daebeler hervorragend beteiligt gewesen war.[30]) Auch hier erwirkte dieser Mann, daß der Landesverband einen mäßigen Ton anschlug. Gouverneur v. Rechenberg stieß auf der ersten Versammlung der vereinten Deutsch-ostafrikanischen Wirtschaftler auf deren Wohl an, und andererseits ließ man auch den Gouverneur hochleben. Die Wirtschaftler mäßigten ihre Forderungen, und nach einem Bericht der DOAZ soll der Gouverneur auch seinerseits Konzessionen gemacht haben. So erklärte er sein Einverständnis mit der Erhöhung des Strafmaßes bei Kontraktbruch der Arbeiter, ferner sollte er bereit sein, einen Vorschlag

---

[28]) Nr. 81 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909 und Nr. 80 der „Rundschau", 2. Jahrg. 1909.

[29]) Nr. 79 und 99 der „Rundschau", 2. Jahrg. 1909.

[30]) Nr. 79 der „Rundschau", 2. Jahrg. 1909, bestätigt durch U. v. Katte.

der Wirtschaftler, die außeramtlichen Mitglieder des Gouvernementsrates wählen zu dürfen, befürworten zu wollen.

Die DOAZ ist erfreut und erstaunt zugleich von dem scheinbaren Einlenken des Gouverneurs.[31]) Aber schon eine halbe Woche, nachdem die DOAZ in sachlicher und ruhiger Form die Feststellung eines „neuen Kurses" getroffen hatte, klagt die RUNDSCHAU die DOAZ als „Friedensstörer" an. Sie ist mit der Bezeichnung „neuer Kurs" nicht einverstanden.[32]) Roy glaubt, daß der RUNDSCHAU-Artikel von amtlicher Seite inspiriert wurde und fährt nun schwerstes Geschütz gegen den Gouverneur auf: Dem „autokraten" Rechenberg habe nicht einmal die vorsichtige sachliche Kritik der DOAZ gefallen. Als unabhängige Zeitung lasse sie sich das Recht der sachlichen Kritik unter keinen Umständen verkümmern. Der Gouverneur möchte die neue Entwicklung so hingestellt wissen, daß nur die Pflanzer restlos nachgegeben hätten und nachgeben mußten, weil er konsequent geblieben sei. Zum Schluß erhebt die Zeitung den Vorwurf, daß der Gouverneur versuche, einen Keil in die Front des Landesverbandes zu treiben, um diesen unschädlich zu machen.[33]) (Die RUNDSCHAU hatte anläßlich der Gründung des Landesverbandes von großen Uneinigkeiten seiner Mitglieder berichtet, die nur mit Mühe geschlichtet werden konnten. Sie bekam daraufhin vom Landesverband eine öffentliche Rüge[34]). So waren also die Bemühungen, eine gewisse Normalisierung des politischen Kampfes zu erreichen, gescheitert.

Wenn Rechenberg mit der Gründung der RUNDSCHAU die Absicht verfolgt hatte, Verständnis für seine Politik zu erwecken und der einseitigen Orientierung der Kolonisten abzuhelfen, so hätte er schon nach einem Jahr Pressekrieg feststellen müssen, daß unter den bestehenden Bedingungen die RUNDSCHAU mehr schadete als nützte. Sie konnte der Regierung nichts nützen, trug aber naturgemäß wesentlich zur Verschärfung des Kampfes bei. Der Versuch des Gouvernurs, seine Politik durch eine eigene Presse zu verteidigen, war gescheitert.

4. Das Nachdruck-Verbot für den „Pflanzer".

Der Gouverneur zog nicht die Konsequenz aus dem bisherigen Mißerfolg seiner Pressepolitik, sondern unterstützte die

[31]) s. Nr. 48, 49, 50 und 53 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.
[32]) Nr. 54 der „Rundschau", 2. Jahrg. 1909.
[33]) Nr. 55 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.
[34]) Nr. 47 der „Rundschau", 2. Jahrg. 1909.

RUNDSCHAU weiter. Zu wenig Anzeigen und zu wenig Abonnenten konnten nicht durch die schon genannten wirtschaftlichen Unterstützungen ausgeglichen werden. Da kam nun der Gouverneur auf den Gedanken, den PFLANZER, eine Zeitschrift für tropische Landwirtschaft, die bisher vom wissenschaftlichen Institut in Amani (Usambara) herausgegeben und in der Kommunal-Druckerei zu Tanga gedruckt worden war, auszugestalten und seinen oft rein wissenschaftlichen Inhalt durch Berichte aus der Praxis der tropischen Pflanzer zu erweitern. Die Zeitschrift wurde von nun an vom Landwirtschaftsreferenten des Gouverneurs redigiert, der Druck Passavant übertragen.

Schon nach kurzer Zeit aber stellte sich heraus, daß dieser Druckauftrag kein großes Geschäft werden konnte, solange den anderen Zeitungen nicht verboten war, den PFLANZER nachzudrucken, um ihn ihren Abonnenten als Beilage mitzugeben. Passavant wurde nur die 500 Regierungs-Exemplare pro Jahr los, die für einen ermäßigten Pauschalsatz geliefert wurden, aber er bekam keine Abonnenten. Diese Tatsache war der Hintergrund zum Erlaß des Nachdruckverbotes für den PFLANZER.

Am 1. April 1911 trat diese Verordnung in Kraft. Da außerdem infolge der Erweiterung des Inhaltes der Bezugspreis von 6 Rupien auf 8 Rupie heraufgesetzt war, ging schon bei Bekanntwerden dieser Maßnahme Rechenbergs Ende 1910 ein Sturm der Entrüstung im Lager der Wirtschaftler los. Die beiden größten wirtschaftlichen Vereinigungen, die der Nordbezirke und die Daressalamer Vereinigung, protestierten beim RKA.[35]) In der Begründung der Proteste wurde hervorgehoben, daß die DOAZ und die USAMBARA-POST den PFLANZER, der von großem allgemeinen Wert für die praktische Arbeit des Pflanzers in Deutsch-Ostafrika war, bisher gratis beigaben. Am Schluß dieses Protestes findet sich die Bemerkung:

„. . . und das alles nur zu dem unbedeutenden Zwecke, den Besitzer der RUNDSCHAU finanziell zu helfen".

Die Nordpflanzer gingen noch einen Schritt weiter: sie weigerten sich am 1. Februar 1911, bis zur Erledigung ihrer Beschwerde beim RKA, dem Gouvernement weiterhin das statistische Material zu liefern, was es von den einzelnen Pflanzungen im Lande benötigte, um z. B. die Regenmessungstabellen für die Meteorologische Hauptstation aufstellen zu können.[36])

[35]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[36]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

Staatssekretär v. Lindequist ist anderer Meinung wie v. Rechenberg. Er spricht sich gegen das Nachdruckverbot aus und für eine möglichst starke Verbreitung dieser wertvollen Zeitschrift, selbst unter größten finanziellen Opfern für den Herausgeber.[37]) Rechenberg rechtfertigt sich. Er macht den Staatssekretär darauf aufmerksam, daß durch den erheblich erweiterten Umfang Mehrkosten entstanden seien. Der Ort des Druckes mußte aus Gründen der pünktlichen Lieferung der Ort sein, an dem die Zeitschrift redigiert wurde, also Daressalam. Es sei selbstverständlich gewesen, daß nicht die DOAZ Verleger und Drucker wurde wegen ihres Verhaltens gegenüber der Regierung. Also bliebe nur Passavant. Das Nachdruckverbot mußte erlassen werden, um dem Verleger die Möglichkeit zu geben, Abonnenten zu werben, da er mit den jährlichen 500 Regierungsabonnements zu 4 Rupien nichts verdienen könne. Die Pflanzer hätten aber Gelegenheit, durch ihre Organisationen verbilligten Bezug zu erreichen. Bisher hätten sie davon aber noch keinen Gebrauch gemacht.

Gegen den Willen des Staatssekretärs v. Lindequist hält Gouverneur v. Rechenberg an dem Nachdruckverbot fest, und erst nachdem im Frühjahr 1911 auch in der Budget-Kommission des Reichstags dieses Nachdruckverbot als Übergriff von Rechenberg bezeichnet wurde[38]) und dieser dann 1912 die Kolonie für immer verlassen hatte, durfte der stellvertretende Gouverneur, Geheimrat W. Methner, in einem Bericht an das Reichskolonialamt[39]) das völlige Versagen der amtlichen PFLANZER-Politik feststellen. Auf Grund der Möglichkeit, im Gemeinschaftsbezug den PFLANZER für 4 Rupien zu beziehen, hätten sich nur 45 Abonnenten von allen 5 Wirtschaftsverbänden gefunden. Er (Methner) führe das zurück auf die Abneigung der Wirtschaftler gegen den Verleger Passavant. Aber er werde versuchen, ein Abkommen mit den Verlegern der DOAZ und der USAMBARA-POST zu schließen, durch das den Zeitungen der PFLANZER zu einem noch billigeren Preis geliefert würde, wenn sie die Zeitschrift als Beilage einlegten. Der vom RKA gewünschten Aufhebung des Nachdruckverbotes könne aber nicht stattgegeben werden ohne erhebliche wirtschaftliche Schädigung der Rundschau, die dann alle Abonnenten verlöre.

Auch diese PFLANZER-Angelegenheit, ein weiteres Bei-

[37]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[38]) Nr. 24 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.
[39]) Aus den Akten IA, 2. Bd. des früheren RKA.

spiel für die unglückliche Handhabung der Pressepolitik durch v. Rechenberg, trug auch nur dazu bei, die Stimmung im Lager der Wirtschaftler gegen den Gouverneur weiter zu verschärfen.

5. Rücksichtsloser persönlicher Kampf.

Die Öffentlichkeit im Reich beschäftigte sich seit langem mit dem Krach in Deutsch-Ostafrika. Die Zeitungen bringen ausführliche, bisweilen unwahre und übertriebene Berichte über die Auseinandersetzungen zwischen Gouvernement und den Wirtschaftlern, zwischen RUNDSCHAU und DOAZ und USAMBARA-POST.

Die DOAZ nützt dieses Interesse im Reich an den Vorgängen in geschickter Weise aus. Sie führt — es ist gerade die Zeit, wo Unterstaatssekretär v. Lindequist, der spätere Nachfolger Dernburgs, eine Besichtigungsreise durch Deutsch-Ostafrika macht — eine ständige Rubrik ein: „Stimmen aus der heimatlichen Presse". An dieser Stelle werden Zitate aus den großen deutschen Zeitungen gebracht, die in ihrer Einstellung gegen Dernburg und Rechenberg deren Politik scharf kritisieren. Aus diesen Zitaten ersieht man weiter, daß der Kampf der DOAZ für die Interessen der Wirtschaftler in der Heimat starke Beachtung findet, und daß die Zahl der Blätter nicht gering ist, die sich gegen die Rechenbergsche Pressepolitik aussprechen und für die Erhaltung der unabhängigen Presse in Deutsch-Ostafrika eintreten.[40])

Nach einem kurzen Vorbericht, den sich die DOAZ aus Berlin telegraphieren läßt, beschäftigte der Unfriede in der Kolonie auch den R e i c h s t a g. Mit Ausnahme der Zentrumsabgeordneten und der Sozialdemokratie sei Rechenberg von den Parteien angegriffen worden und ihm zum größten Teil Schuld gegeben an dem Streit in Deutsch-Ostafrika. In stürmischer Sitzung sei dann von der Mehrheit gefordert worden, daß Rechenberg dafür Sorge trüge, endlich ein besseres Verhältnis zwischen Ansiedlern und Regierung herzustellen (März 1909)[41]). Aber Staatssekretär Dernburg verteidigt seinen Gouverneur. Er weiß, daß einige Abgeordnete Mitarbeiter in den beiden Blättern der Wirtschaftler sind (insbesondere Dr. Arning und Arendt), und daß vielen die DOAZ und die USAMBARA-POST

---

[40]) s. z. B. Nr. 7/8 und 9 der DOAZ, 1. Jahrg. 1909, auch Nr. 14 und 25 desselben Jahrganges.

[41]) Nr. 18 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.

als eine Informationsquelle dient. Dernburg versucht daher, diese beiden Zeitungen durch Hinweis auf deren kleine Auflagen (!) lächerlich zu machen und als unbedeutend hinzustellen. Die Opposition der beiden Blätter gegen den Gouverneur beruhe auf einem „pekuniären Pferdefuß" (Dernburg spielte auf den Verlust der Regierungsaufträge an). Bei seiner Behauptung hatte der Staatssekretär übersehen, daß die DOAZ wie auch die USAMBARA-POST schon lange vor Gründung der RUNDSCHAU einen scharfen Kampf gegen das „System Rechenberg" geführt hatte. Auch sein Einwurf, daß es sich bei den beiden Zeitungen nur um Korrespondenzblätter handele, wird allein durch die Tatsache genügend entkräftet, daß sich der Reichstag überhaupt mit ihnen beschäftigen mußte.[42])

Die Debatten im Reichstag führten aber auch nicht zu einer Besserung der Beziehungen zwischen den Parteien in der Kolonie. Nach Gründung des Wirtschaftlichen Landesverbandes im Sommer 1909 ging der Kampf mit größter Schärfe weiter.

Als im Juni 1910 Dernburg gestürzt wurde, hoffte die DOAZ, daß nun auch Rechenbergs Stunde geschlagen habe. Die Gelegenheit schien günstig, eine neue Attacke gegen den Gouverneur zu eröffnen:

Der Nachfolger Dernburgs, v. Lindequist, wird mit warmen Worten begrüßt. Er gilt als den Pflanzern freundlicher gesinnt, und in gewissen Punkten als Gegner Rechenbergs. (Man vergleiche auch v. Lindequist's Verhalten in der PFLANZER-Nachdruck-Angelegenheit.) Die DOAZ stellt fest, daß die Ernennung Lindequist's den Fall Rechenbergs bedinge[43]). Auch der Landesverband hilft bei der neuen Attacke für den Sturz Rechenbergs mit. Er sendet an v. Lindequist ein auffallend herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm, das der Staatssekretär ebenso herzlich beantwortet und fordert zur gleichen Zeit in einer Entschließung entscheidende Maßnahmen vom Gouverneur zur endlichen Lösung der Arbeiterfrage, u. a. durch Einführung der Kopfsteuer, Organisation der Anwerbung im Innern durch Mitwirkung der Regierung, allgemeine Einführung der Arbeitskarten, Paßzwang und Personalkontrolle und Änderung der Arbeitergesetzgebung. Es sind die alten Forderungen der Wirtschaftler. Man will sie endlich einmal erfüllt sehen.[44])

Die Unzufriedenheit mit v. Rechenberg ist groß und allgemein. Unzählige kleine Einzelheiten schüren die Verbitte-

[42]) s. Nr. 25 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.
[43]) Nr. 46 der DOAZ, 12. Jahrg. 1910.
[44]) Nr. 47 der DOAZ, 12. Jahrg. 1910.

rung gegen ihn. In dieser Stimmung leistet sich Passavant eine Entgleisung. Nachdem die DOAZ vorher von unlauteren Werbemethoden der RUNDSCHAU im Reich gesprochen hatte,[45]) will der RUNDSCHAU-Redakteur seinen Widersacher von der DOAZ tödlich treffen. Im Gouvernement hatte Passavant Akten gefunden, aus denen hervorging, daß v. Roy im Jahre 1899 wegen eines kleinen Vergehens mit einer geringfügigen Geldstrafe belegt worden war. Diese Affaire, die man ihrem Inhalt nach auch als kleine Dummheit bezeichnen kann, schlachtet Passavant aus für einen Artikel in seiner Zeitung.[46]) Roy verteidigt sich gut, indem er in einem glänzend geschriebenen Artikel die Öffentlichkeit auf derartige Kampfmethoden seiner Gegner hinweist und sich praktisch rehabilitiert,[47]) aber die stark angegriffenen Nerven dieses Mannes, der nunmehr 12 Jahre in aufreibendem publizistischen Kampfe stand, noch dazu in tropischem Klima, hielten diese letzte Belastungsprobe nicht mehr aus. v. Roy tat nun einen unheilvollen Schritt. Im Gegenangriff auf die RUNDSCHAU und Regierung verstieg er sich, den Weg sachlicher Kritik an Maßnahmen der Regierung verlassend, dazu, hohe Beamte des Gouvernements öffentlich der Päderastie zu verdächtigen. Wie später in den Prozessen, die daraufhin der Gouverneur und einige seiner Beamten gegen v. Roy und dessen Buchhalter Klein anstrengten, festgestellt wurde, waren der DOAZ anonyme Zettel zugegangen, die diese Verdächtigungen enthielten (als Schreiber dieser Zettel wurde in einem weiteren Prozeß der Finanzreferent Freiherr v. Wächter verurteilt, der dann aber in zweiter Instanz wegen Mangels an Beweisen bei Aufrechterhaltung des schweren Verdachtes freigesprochen wurde). Roy wurde in zweiter Instanz zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Ob er nun das Opfer der anonymen Zettel war, oder ob ihm noch von anderer Seite „Material" gegen den Gouverneur zugetragen worden war, Roy schien an sittliche Verfehlungen von Gouvernementsbeamten und auch des Gouverneurs zu glauben, und ließ v. Rechenberg durch bezahlte Kräfte — zum Teil waren es sogar Schwarze — nachspüren. Ein neuer Prozeß, den v. Rechenberg selbst angestrengt hatte, endete nun in zweiter Instanz mit einer erneuten Verurteilung v. Roy's und Klein's. Roy wurde zu 6 Monaten Gefängnis und mit Ausweisung aus der Kolonie bestraft. Mit ihm wurde auch sein

[45]) Nr. 53 der DOAZ, 12. Jahrg. 1910.
[46]) Nr. 54 der „Rundschau", 3. Jahrg. 1910.
[47]) s. Nr. 56 der DOAZ, 12. Jahrg. 1910.

Buchhalter Klein, der ihn bei den Nachforschungen unterstützt hatte, ausgewiesen.[48])

Selbst in den Kreisen der Wirtschaftler, der erbittertsten Gegner Rechenbergs, rückte man von der Verzweiflungstat v. Roy's ab.[49]) Es wird dieser Schritt, der nur die Autorität des Gouverneurs bei den Eingeborenen untergraben helfe, allgemein mit Mißbilligung aufgenommen. Auch der Kampfgenosse v. Roy's in Tanga, der Redakteur der USAMBARA-POST rückt ab, wenn er auch v. Roy ein gewisses Mitgefühl unter den Pflanzern zusichert. Aber er sei in seinem Kampf gegen Rechenberg zu weit gegangen.[50]) — Es soll auch an dieser Stelle nicht der Versuch gemacht werden, irgendwie die Verpersönlichung im Pressekrieg, die bis zur schwersten Verleumdung des Regierungsoberhauptes führte, zu entschuldigen. Aber es ist dann unrecht, wenn man die Verdienste, die sich dieser erste deutsche Publizist an der Ostküste Afrikas um die Kolonie und um die unentwegte Propagierung der deutschen Kolonialgeltung erworben hat, infolge der bedauerlichen Auswüchse im publizistischen Kampf, zurücktreten lassen würde. Man darf nicht übersehen, daß die Schuld für diese Auswüchse nicht allein den Redakteur der DOAZ trifft.[51]) — —

Die Ereignisse in Daressalam mögen den Anstoß gegeben haben, daß man sich wieder an das Pressegesetz für die Kolonien erinnerte, das im Entwurf schon im Jahre 1909 vorlag.[52])

Dieses Gesetz, endgültig in Kraft getreten im April 1912, ist mit geringfügigen Änderungen das Reichspressegesetz vom 8. Mai 1874. Die Änderungen tragen den besonderen Verhältnissen in der Kolonie Rechnung. Unter § 3, der anstelle des § 14 des Reichspressegesetzes tritt, heißt es, daß der Gouverneur die Einfuhr von Druckschriften untersagen kann, die im Auslande hergestellt und nicht in deutscher Sprache verfaßt sind. § 4, der anstelle des § 15 des Reichspressegesetzes tritt, besagt: in Zeiten innerer Unruhen, von Eingeborenenaufständen

---

[48]) Aus den Prozeßberichten in der RUNDSCHAU, USAMBARA-POST und DOAZ Jahrg. 1910.

[49]) s. Nr. 23 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.

[50]) Nr. 51 der USAMBARA-POST, 9. Jahrg. 1910.

[51]) Nach einer Mitteilung in den Akten IA 1. Bd. des früheren RKA sind von der DOAZ gegen die RUNDSCHAU 5 gerichtliche Verfahren eingeleitet worden. Im Dez. 1910 wurde Passavant in einem Beleidigungsprozeß, den v. Roy angestrengt hatte, zu einer Geldstrafe verurteilt (s. Nr. 100 der Rundschau, 3. Jahrg. 1910). s. Nr. 73 u. 75 d. DOAZ, 12. Jahrg. 1910 (Pressezitate).

[52]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

oder eines Krieges, in welchen das Deutsche Reich verwickelt ist, kann der Gouverneur Veröffentlichungen über Truppenbewegungen, Verteidigungsmittel oder Vorgänge bei den Eingeborenen mittels öffentlicher Bekanntmachung verbieten.[53])

6. Der inhaltliche Ausbau der DOAZ zur Zeit des Kampfes gegen v. Rechenberg. (1906—1910).

Eine grundlegende Erweiterung erfuhr die DOAZ schon rein umfangmäßig nach dem Eingehen der USARAMO-POST durch nunmehr zweimaliges Erscheinen in der Woche. Die Sonnabendausgabe war 14 bis 16 Seiten stark und die Mittwochausgabe umfaßte 6 Seiten. Die Mehrraum in der Zeitung kam in erster Linie dem Feuilleton und den Anzeigen zugute. Von 1906 an brachte die DOAZ — wie schon erwähnt — auch regelmäßig die Fortsetzungen eines Romans. Sehr gut entwickelte sich in diesen Jahren das ostafrikanische Schrifttum im Unterhaltungsteil. Es ist viel Wertvolles darunter, und sicher wäre es eine dankbare Aufgabe, dieses Schrifttum der Kolonien einmal aus den verstaubten Bänden in den Bibliotheken auszugraben und nutzbar zu machen. Besonders hingewiesen sei hier auf Otto Daebeler, dessen Nachlaß die DOAZ nach seinem Tode zum Teil veröffentlichte. (s. „Tropennacht" in Nr. 81 der DOAZ 1910 und „Bin Atiba", eine ostafrikanische Ballade in Nr. 86 1910). Häufige Mitarbeiter für den Unterhaltungsteil der Zeitung waren der bereits genannte Otto Stollowsky, der sich auch unter dem Pseudonym Osty schreibend durch seine Erzählungen und „Plaudereien" aus Ostafrika in der Kolonie einen Namen gemacht hatte. Emily Ruete, eine geborene Prinzessin v. Oman und Zansibar, mit einem Leben, das wie ein Märchen aus 1001 Nacht anmutet (sie war seinerzeit von ihrem späteren Gemahl, einem deutschen Kaufmann, aus dem Sultanspalast in Zansibar regelrecht entführt worden[54])) gibt ein kulturhistorisch wertvolles Bild von ostafrikanisch-mohammedanischen Sitten und Gebräuchen in zahlreichen Aufsätzen und Skizzen. Auch die Frau des Schutztruppenkommandeurs Freifrau v. Schleinitz, die unter dem Pseudonym v. Nitz schrieb[55]), lieferte durch Novelletten und Erzählungen aus Deutsch-Ostafrika Beiträge zum Feuilleton der DOAZ.

---

[53]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[54]) Angaben von W. Methner.
[55]) Angabe von W. Methner.

Der übrige Textteil erhielt eine weitere Anzahl häufiger Mitarbeiter, Politiker und Wissenschaftler. Einige Namen, die immer wieder auftauchen, sind: Dr. Paul Rohrbach, Dr. Arning und Kapitänleutnant Paasche. Paasche, alter Ostafrikaner und begeistertert Waidmann, setzte sich besonders für Schaffung ausreichender Wildschutzgesetze ein und erwarb sich auf diesem Gebiet Verdienste. Andere Mitarbeiter waren Emil Zimmermann von der DEUTSCHEN TAGESZEITUNG und Dr. E. Th. Förster-Moschi. Letzterer führte die Feder oft und sehr gewandt. Er gehörte zu den unermüdlichen Aktivisten, die die Kolonien gut brauchen konnten, zu den Männern, die immer neue Ideen entwickelten und Anregungen gaben. Auch Heinrich Pfeiffer, der im Sommer 1909 wieder nach Frankfurt zurückkehrte, blieb noch lange Zeit Mitarbeiter der DOAZ.

Erstaunlich sind die Fortschritte, die die DOAZ trotz der RUNDSCHAU-Konkurrenz machte. Vom 1. April 1910 an erscheinen Mittwoch- und Sonnabend-Ausgaben in gleichem Umfange, bis 12 Seiten stark, d. h. pro Woche bis zu 24 Seiten (noch 1909 waren es nur 14 Seiten wöchentlich). Der Nachrichtendienst wurde erweitert. Außer den Reuter-Nachrichten wurden nun auch einzelne Wolff-Telegramme regelmäßig gebracht, und der private Nachrichtendienst weiter ausgebaut. Privattelegramme, die der DOAZ von ihrem Berliner Büro gesandt wurden, finden sich immer häufiger auf der ersten Seite der Zeitung.

Die Anordnung Rechenbergs vom Sommer 1919, daß der PFLANZER nur noch der RUNDSCHAU beigelegt werden durfte, veranlaßte v. Roy zur Herausgabe einer Beilage DER DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE PFLANZER, die an die Stelle des OSTAFRIKANISCHEN WAIDWERKS trat. Dieser PFLANZER-Ersatz erschien zum erstenmal am 19. Juni 1909 in Großquartformat und war — wie der PFLANZER — mit einem grünen Schutzumschlag versehen. Der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE PFLANZER brachte auf acht Seiten wöchentlich außer eigenen Artikeln die wichtigsten Abhandlungen aus dem PFLANZER und dem in Berlin erscheinenden TROPEN-PFLANZER. Die Zeitschrift war in drei Sparten aufgeteilt:

1) „Tropische Landwirtschaft" mit den wichtigsten Artikeln der Wissenschaftler, Forscher und Praktiker,
2) „Koloniale Volkswirtschaft" (bisher eine Sparte in der DOAZ), die eingehend über den marktmäßigen Stand der für Deutsch-Ostafrika in Betracht kommenden kolonialen Produkte orientieren sollte,

3) „Der Markt". Diese Sparte enthielt Berichte und Tabellen von Kursen kolonialer Produkte aus Hamburg und Zansibar.

Nachdem v. Rechenberg dann das bekannte Nachdruckverbot für den PFLANZER erlassen hatte, wurden die Artikel, die bisher aus dem PFLANZER genommen waren, durch eigene ersetzt und durch häufigere Zitate aus dem TROPEN-PFLANZER.

Einen Ersatz für den der Zeitung entzogenen Amtlichen Anzeiger gab die DOAZ ihren Lesern durch die Beilage AMTLICHE ANZEIGEN FÜR DEUTSCH-OSTAFRIKA. Sie enthielt die Nachdrücke der Verordnungen und Gesetze aus dem Amtlichen Anzeiger. Zu Beginn des Jahres 1912 wurden dann die AMTLICHEN ANZEIGEN FÜR DEUTSCH-OSTAFRIKA erweitert durch Abdruck überhaupt aller für die Kolonie wichtigen Verordnungen des Reichskanzlers und der Reichsgesetze. Die erweiterte Beilage führte den Namen GESETZ UND RECHT FÜR DEUTSCH-OSTAFRIKA. —

Kapitel VI:

Die „Usambara-Post".

1. Die Lehrer der Regierungsschule und die „Anzeigen für Tanga".

In Daressalam war der Gründung der DOAZ seinerzeit ein „Ruf nach der Zeitung" vorausgegangen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch im Norden der Kolonie vor der Gründung der ersten Zeitung der Wunsch nach einem Blatte vorhanden gewesen ist, zumal das Hochland von Usambara damals das fortgeschrittenste Siedlungsgebiet der Kolonie war, auf dem sich die meisten weißen Pflanzer niedergelassen hatten, und der Angelpunkt dieses Gebietes, Tanga, um die Jahrhundertwende noch der größte Hafenplatz Deutsch-Ostafrikas, wetteiferte als „Handelsmetropole" noch sehr mit der Hauptstadt Daressalam um die Vorrangstellung.

Aber es war nicht ein immer dringender werdender Ruf nach der Zeitung, der als letzter Anlaß im November 1901 die ANZEIGEN FÜR TANGA ins Leben rief, sondern die Lehrer der Regierungs-Handwerkerschule für Eingeborene in Tanga, an ihrer Spitze Rektor Blank, wollten die zum Setzen und Drucken angelernten Eingeborenen (diese stellten in einer kleinen Druckerei ihre Lehrbücher, Fibeln und Lesebücher selbst her) voll und regelmäßig beschäftigen. Rektor Blanks Plan, zu diesem Zweck eine Zeitung drucken zu lassen, fand großen Beifall in Tanga und vor allen Dingen bei den Behörden volle Unterstützung, die nun die Gelegenheit sahen, ihre Nachrichten und Bekanntmachungen wirkungsvoll verbreiten zu können. Insbesondere war es Geheimrat Methner, damals noch Bezirksrichter in Tanga, der sich für die Gründung des Blattes einsetzte. Und so erschienen die ANZEIGEN FÜR TANGA im November 1901.

Der Titel der neuen Zeitung besagt schon, daß ihr Wirkungsrahmen sehr eng gezogen war. Eine Konkurrenz für die DOAZ konnte und sollte mit diesem Blättchen wohl nicht entstehen. Der Preis für die zunächst ein Vierteljahr lang zweimal wöchentlich, und dann einmal in der Woche im Oktavformat erscheinende Zeitung war mit einer Rupie pro Monat

festgesetzt, man überließ aber das Bezahlen der Bezugsgelder dem freien Willen der „Bezieher". Das konnten die Lehrer in Tanga auch unbedenklich zulassen, da ihre Zeitung in der Herstellung ja nichts kostete. Die eingeborenen Setzer und Drucker mußten so wie so beschäftigt werden, und der redaktionelle Stoff, der aus Bekanntmachungen des Bezirksamtes, Wasserstandsnachrichten, Schiffahrtsberichten, den Bekanntmachungen des Bezirksgerichtes, kurz allem amtlichen Nachrichtenmaterial bestand, wurde gratis geliefert. Und waren hie und da einmal Beiträge aus Pflanzerkreisen dabei, so waren diese auch kostenlos. Alles arbeitete gratis, da keiner an der Zeitung verdienen wollte. (Es wurden jedoch nur landwirtschaftliche Abhandlungen aufgenommen.)

Die Lehrer, denen ja ihre Beamtenstellung Schranken auferlegte, hielten die Zeitung der Tagespolitik konsequent fern. Aus diesem Grunde wurden nicht einmal die Reuter-Telegramme abgedruckt. Die wirtschaftliche Grundlage dieser gemeinnützigen ANZEIGEN FÜR TANGA dürfte wohl einzig dastehen. Auch der Inseratenteil war keine Einnahmequelle. Die Gelder liefen unregelmäßig und spärlich ein. Wenn mit der Zeitung von ihren Herausgebern überhaupt ein realer Zweck verfolgt wurde außer dem, die vorhandenen Arbeitskräfte zu beschäftigen, so war es der, daß die 400 Exemplare, die im Anfang hinausgeschickt wurden, eine wirkungsvolle Werbung für Druckaufträge für die Akzidenzdruckerei bedeuteten, die damals die Haupteinnahmequelle war.

Auf die Dauer aber war es unmöglich, das Blatt auch vor der kleinsten politischen Tendenz zu bewahren. Die Pflanzer hatten die ANZEIGEN FÜR TANGA ihrem Bedürfnis entsprechend allmählich zu einem Aussprachemittler entwickelt. Unter einer besonderen Rubrik kamen Fragen der tropischen Landwirtschaftspraxis zur Erörterung. Ab und zu aber schlüpfte auch mal eine kritische Stellungnahme gegen Maßnahmen der Regierung ein. Das aber brachte die Tangaer Lehrer in eine unangenehme Situation. Da sie anscheinend die immer lauter werdende Kritik der Pflanzer als im Grunde berechtigt ansahen, sie als Beamte aber bei einem publizistischen Kampf im Hintergrund bleiben mußten und wollten, wurde vom November 1904 ab die Umgestaltung der ANZEIGEN FÜR TANGA zur USAMBARA-POST vollzogen.

Die neue Zeitung, deren redaktionelle Führung ein Freund Rektor Blanks, Architekt Hofft-Tanga übernahm, führte den Untertitel „Zeitung für die Nordbezirke Tanga, Pangani und

Wilhelmstal". Die USAMBARA-POST nahm den Reuter-Dienst auf und brachte nach anfänglichem Zögern auch Leitartikel. Der Preis für das wöchentlich einmal in größerem Format (Großquart) erscheinende Blatt, war mit einer Rupie pro Monat gleichgeblieben. Im Grunde hatten die Regierungslehrer in Tanga, die das Blatt weiter druckten, herausgaben und die Artikel schrieben[1]), nur das Firmenschild geändert. Zunächst nahm daran aber niemand Anstoß.[2])

2. Vom lokalen Mitteilungsblatt zur Meinungsführerin des Nordens.

Hofft war zaghaft. Es scheint, als ob seine Parole gewesen ist: Nur nicht Anstoß bei den Behörden erregen. Es dauerte fast ein halbes Jahr, bis eine gewisse politische Linie und ein Wille in der Zeitung zum Durchbruch gelangten. Ein Leitartikel im Februar 1905 (Nr. 14) machte den Anfang: Um die Arbeiternot zu beheben, wird stärkere Besteuerung des Negers gefordert. Vier Wochen später werden die Pflanzer schon aufgefordert, sich zu einheitlichen Aktionen in der Arbeiterfrage zusammenzuschließen, wenn sie etwas erreichen wollten. Und am Schluß des Jahres 1906 kann gemeldet werden, daß der Landwirtschaftliche Verband für die Nordbezirke gegründet ist.[3])

Neben der Arbeiterfrage, die hier im Norden der Kolonie wegen der großen Anzahl Plantagen sehr schnell zum lebenswichtigen Problem wurde, interessieren die Fragen des Wildschutzes in dieser Zeit am meisten. In dem Elefantenjäoer Joseph Deeg und dem Pflanzer Georg Martienssen (der wie in der DOAZ auch in der USAMBARA-POST unter dem Pseudonym Georgius schrieb) findet die Zeitung zwei wertvolle Mitarbeiter in allen Wildschutzangelegenheiten. Auf ihre Anregung hin wird in Tanga ein Deutsch-Ostafrikanischer Jagdschutzverein gegründet.[4]) Als die Zeitung gerade im Begriff ist, die errungene Position in der Meinungsführung weiter auszubauen, entsteht ihr ein erstes Hindernis in Form einer Anklage gegen Redakteur Hofft wegen Beleidigung des Bezirks-

[1]) s. Prozeßberichte in Nr. 45 und 50 der „Usambara-Post" 4. Jahrg. 1904/5.

[2]) Sämtliche Angaben dieses Abschnittes von Schulinspektor Blank, W. v. Roy und W. Methner.

[3]) Nr. 52 der „Usambara-Post", 5. Jahrg. 1906.

[4]) s. Nr. 41 und 43 der „Usambara-Post", 4. Jahrg. 1904/5.

gerichtes und Nichtachtung der Pressegesetze §§ 6 und 7.[5]) Hofft ist kein Journalist. Bevor er den Gang zum Bezirksgericht antritt, versucht er schnell noch die Harmlosigkeit der Zeitung festzustellen:

„Es ist nie das Bestreben der USAMBARA-POST gewesen, durch hochpolitische Artikel das Aufsehen großer Kreise auf sich zu ziehen."

Der Bezirksrichter hatte nach einem Dreivierteljahr gemerkt, daß die Abfassung des Impressums der Zeitung zu bemängeln sei. Unter anderem fehlte die Angabe des Verlegers, und dann sei Hofft auch nicht der verantwortliche Redakteur. Das Strafverfahren, das sich auch gegen einen der Regierungslehrer wendete, mußte in allen Punkten eingestellt werden, weil festgestellt wurde, daß Hofft stets die letzte Entscheidung über die aufzunehmenden Artikel gehabt hatte. (Das Bezirksgericht war der Ansicht gewesen, daß die Regierungslehrer nicht nur nach wie vor die Zeitung in allen Teilen herstellten, sondern auch den Inhalt bestimmten.) So lautete nach der USAMBARA-POST die Begründung für die Einstellung des Verfahrens. Vielleicht war es schon der Einfluß des im Frühjahr 1906 ernannten Gouverneurs v. Rechenberg, der die Lehrer direkt oder indirekt veranlaßte, Hofft den Titel „Eigentümer der USAMBARA-POST" zu geben (18. August 1906). Mehr als ein Titel kann es nicht gewesen sein, denn sonst hätte Hofft, als nicht ganz ein Jahr später das Blatt auf seinen Nachfolger ohne Kauf übergegangen war[6]), doch sicher auf seinem Eigentumsrecht bestanden.

Das Bezirksgericht hatte der USAMBARA-POST nach dem Prozeß gegen Hofft die Veröffentlichung seiner amtlichen Bekanntmachungen entzogen und dürfte sich wohl damit am meisten selbst geschadet haben. Die Zeitung blieb weiter amtliches Organ für die Bezirksämter Tanga, Pangani und Wilhelmstal, des Hauptzollamtes und des Forstamtes Wilhelmstal. Der Leiter des Tangaer Bezirks, Regierungsrat Zache, bekanntgeworden durch seine prämiierte Abhandlung „Wie machen wir unsere Kolonien rentabel?" wurde von nun an Mitarbeiter der USAMBARA-POST. Scharfe kritische Leitartikel bringt die Zeitung nicht. Sie wahrt weiterhin eine vorsichtige Linie.

---

[5]) s. Nr. 45 und 50 der „Usambara-Post", 4. Jahrg. 1904/5.

[6]) Nach Angaben Blanks hat v. Horn die Zeitung völlig kostenlos übernommen, da die Lehrer damals froh gewesen seien, von der Zeitung loszukommen, und daß trotzdem ihr Werk weiterbestand.

Wohl wrd einige Male Erhöhung der Hüttensteuer gefordert[7]) und die heimische Presse wegen ihrer Interessenlosigkeit an den Kolonien getadelt, oder es wird berichtet, daß der Bezirksrat (eine kommunale Einrichtung) auf einen Antrag des Pflanzers Udo v. Katte einstimmig die Erhöhung der Hüttensteuer forderte, um die Arbeiternot zu beheben[8]). Alles aber wird längst nicht in der Form vorgebracht, mit der in der Hauptstadt die DOAZ die Interessen der Wirtschaftler vertritt. Trotzdem aber nahm das Kolonialamt in Berlin Anstoß. Es schrieb am 18. Oktober 1906 an Gouverneur v. Rechenberg, daß er darauf hinwirken solle, daß polemische Artikel, die dem Interesse des Schutzgebietes zuwiderliefen, in der USAMBARA-POST unterblieben.[9]) Rechenberg machte die Beamten (also nicht den „Eigentümer" Hofft), wie er in einem späteren Bericht an das RKA schreibt, auf das Verbot, Zeitungsartikel zu verfassen, aufmerksam und erreichte so, daß am 1. Januar 1907 die USAMBARA-POST nicht mehr erschien.

Der Umfang der Zeitung hatte sich von 4 bis auf 8 Seiten in den Jahren 1904—1905 und einer Seite Anzeigen, auf 10 bis 12 Seiten Umfang in den Jahren 1905—1906 und vier Anzeigenseiten entwickelt. Aus dem Inhalt des Jahres 1904/5 seien hervorgehoben die regelmäßig veröffentlichten „Mitteilungen des biologisch-landwirtschaftlichen Institutes in Amani" (Usambara). Diese zum größten Teil wissenschaftlichen Abhandlungen werden vom 28. Januar ab als gesonderte Beilage gedruckt unter dem Titel DER PFLANZER, „Ratgeber für tropische Landwirtschaft". Der Redakteur der USAMBARA-POST war zugleich Redakteur des PFLANZER. Am 28. April 1906 legte die USAMBARA-POST ihren Lesern als weitere Beilage den ANSIEDLERFREUND, „Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der Kolonisten", bei. Das Feuilleton ist noch sehr wenig entwickelt. Ansätze sind vorhanden: Einige Reisebeschreibungen aus Deutsch-Ostafrika und Jagdgeschichten. Nachrichten aus den übrigen Teilen der Kolonie sind selten, dagegen werden in der ersten Zeit sehr viele fremde und afrikanische Zeitungen zitiert, natürlich auch die DOAZ. Die erste größere Aufsatzreihe schreibt der Reichstagsabgeordnete Arendt Ende 1906. In sieben Fortsetzungen gibt er ausführlich und eingehend seine Eindrücke über die Kolonie wieder, die er mit anderen Reichstagsabgeordneten durchreist hat. —

---

[7]) s. z. B. Nr. 21 der „Usambara-Post", 5. Jahrg. 1905/6.
[8]) Nr. 45 der „Usambara-Post", 5. Jahrg. 1905/6.
[9]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

Trotz beachtlicher Entwicklung blieb unter Hoffts Führung der Aktionsradius der USAMBARA-POST klein. Die Zeitung behielt lokalen Charakter.

3. Die „Usambara-Post" im Kampf gegen Gouverneur v. Rechenberg.

Fünf Monate erschien die Zeitung nicht. In dieser Zeit, am 12. März 1907, berichtet v. Rechenberg dem RKA von einem Versuch der Redaktion der DOAZ, die USAMBARA-POST zu erwerben. Dieser Versuch hatte keinen Erfolg gehabt.[10]) Am 1. Juni 1907 aber gibt G. v. Horn, bisher Redakteur in der DOAZ, als Besitzer und verantwortlicher Schriftleiter die erste Nummer der wiedererweckten USAMBARA-POST heraus. Der Untertitel, den er der Zeitung gibt, ist ein Programm: „Unabhängiges Organ für die wirtschaftlichen Interessen von Deutsch-Ostafrika".

Der enge Rahmen ist gesprengt, der Stoff der Zeitung wird eingeteilt, wie es sich bereits in der DOAZ bewährte. Die Nachrichten aus der Kolonie unter „Rundschau aus Deutsch-Ostafrika" werden vermehrt, die einzelnen Reuter-Telegramme nicht mehr einfach aneinandergereiht, sondern mit Überschriften versehen. Der Umbruch der Zeitung wird übersichtlicher und gefälliger, das Feuilleton kräftig ausgebaut. Für die ständige Unterhaltungsseite schreiben Mitarbeiter ostafrikanische Reise- und Safari-Skizzen und Novelletten. Horn gelingt es, immer neue Mitarbeiter heranzuziehen und eigene Korrespondenten an wichtigen Punkten der Ostküste Afrikas einzusetzen. Außer einer ganzen Reihe gelegentlicher Mitarbeiter aus Pflanzer- und Beamtenkreisen schreiben sehr häufig der frühere Bezirksamtmann und Direktor der Ostafrika-Compagnie W. v. St. Paul-Allaire, und für den Unterhaltungsteil Jos. Deeg und Otto Stollowsky, der ja auch Mitarbeiter bei der DOAZ ist.

Die inhaltliche Ausgestaltung hat natürlich eine ständige Erweiterung des Umfanges zur Folge gehabt. 1907 beträgt die Seitenzahl zwischen 14 und 20 pro Nummer (v. Horn behält zunächst das Kleinformat bei). Beachtlich ist die Erweiterung des Anzeigenteils. Bei 14 Seiten Umfang sind es $4^1/_2$ und bei 20 Seiten gar schon $6^1/_4$ Seiten Anzeigen. Ein Jahr später, 1908, sind es bei 20 Seiten Umfang 8—9 Seiten Anzeigen. Horn mußte auch Kaufmann sein, denn nun war die USAMBARA-

[10]) Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

POST nicht mehr wie zu Hoffts Zeiten eine kostenlose Angelegenheit und honorarlose Gemeinschaftsarbeit, sondern Erwerbsunternehmen. Der Druck der Zeitung in der Kommunaldruckerei mußte jetzt bezahlt werden. Die Beilage DER ANSIEDLERFREUND verschwand, dafür wurde weiterhin der PFLANZER (14tägig) und der KIONGOZI, ein Blatt in der Suahelisprache für die Eingeborenen, das die Lehrer der Regierungsschule herausgaben und redigierten, alle Monate einmal beigelegt.

Wie eine Kampfzeitung aussehen muß, hatte v. Horn in der DOAZ gelernt. Auch die USAMBARA-POST nahm sehr bald diesen Kampfcharakter an. In den Kreisen der Nordpflanzer, mit denen v. Horn schnell Fühlung bekam, herrschte die gleiche bittere Stimmung gegen den Gouverneur v. Rechenberg wie in Daressalam und dem übrigen Deutsch-Ostafrika. Die Eingeborenen-Behandlung bereitet neben der Arbeiterfrage hier am meisten Kopfschmerzen. In Nr. 17 (1907) warnt die USAMBARA-POST vor einem neuen Aufstand, der sich sehr leicht infolge zu humaner Negerbehandlung durch die Regierung ausdehnen könnte. Eine Woche später wird der Ton schärfer: Dem Gouverneur wird zuviel Initiative bei der „unsinnigen und verwirrenden Eingeborenen-Politik" vorgeworfen, und ein Mangel an Initiative bei der Förderung selbständiger kolonialwirtschaftlicher Einrichtungen.[11]) „Regieren allein genügt nicht", das ist der beleidigende Silvestergruß der USAMBARA-POST für den Gouverneur und den Staatssekretär[12]), die beide in diesem Jahresrückblick schlecht wegkommen.

Interessant ist auch ein Angriff gegen die deutsche Ostafrika-Linie, der natürlich vom Standpunkt der Pflanzer und Wirtschaftler aus betrachtet werden muß. Die Zeitung ist verbittert über die Erhöhung der Frachtenpreise durch diese Schiffahrtslinie. Dabei behielten die großen Gesellschaften und Handelshäuser ihre Ermäßigungen, ebenso die Beamten und Militärs.[13]) Obwohl die USAMBARA-POST wie auch die DOAZ gerade die Interessen der Mehrheit der Kolonisten gegenüber Gouvernement und großen Handelshäusern vertritt, greift die KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG das Blatt an wegen der Interessenvertretung „der wenigen hundert Unternehmer, die Deutsch-Ostafrika als ihre Domäne betrachteten".

---

[11]) Nr. 25 der „Usambara-Post", 6. Jahrg. 1907.
[12]) Nr. 52 der „Usambara-Post", 6. Jahrg. 1907.
[13]) Nr. 20 der „Usambara-Post", 6. Jahrg. 1907.

Das Jahr 1908 bringt weitere Verschärfung des Kampfes gegen den Gouverneur. Immer wieder taucht die Warnung vor der negrophilen Politik Rechenbergs auf, die von den Schwarzen nur als Schwäche ausgelegt werden könnte. Empörung herrscht gegen Dernburg, der nach seinem Besuch in der Kolonie auch hier im Norden alle Sympathien verloren hat. Dernburg soll geäußert haben, daß eine Verordnung für das Anwerben von Arbeitern dringend erforderlich sei, da das gegenwärtige Anwerbesystem sich häufig nur wenig von den Sklavenjagden im Kongostaat unterscheide. Dernburg hat dann weiter Gerechtigkeit für die Eingeborenen gegenüber den Weißen gefordert:

„Wenn die Regierung den Wünschen der Pflanzer folgte, so würde die ganze deutsch-ostafrikanische Arbeiterbevölkerung nach dem britischen Gebiet auswandern."

Auf diese Äußerungen des Staatssekretärs sandte der Wirtschaftliche Verband der Nordbezirke einen Protest nach Berlin, in dem es u. a. heißt:

„Wie auch aus der Stellung unserer deutsch-ostafrikanischen Zeitungen hervorgeht, lehnen alle Kreise der Kolonie, einschließlich einzelner Missionen mit seltener Einmütigkeit das Dernburg-Rechenberg'sche Programm ab."[14])

Ein weiterer Artikel in der USAMBARA-POST spielt auf die jüdische Abstammung des Staatssekretärs an:

„Dernburg fehlt genügendes germanisches Empfinden, ohne das eine deutsche Kolonie nun einmal nicht zu regieren ist."[15])

Fast in jeder Nummer finden sich jetzt Angriffe gegen das „System Rechenberg". Eine Zeitlang steht die USAMBARA-POST im Kampf gegen den Gouverneur allein, da die DOAZ um die RUNDSCHAU-Gründung zu verhindern, sich einen Augenblick ausschweigt, was wie Verrat an der gerechten Sache der Wirtschaftler aufgefaßt wird.[16]) Die große Tabelle der Meteorologischen Hauptstation über die Niederschlagsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika bringt die USAMBARA-POST nur kurze Zeit, da ihr eines Tages bedauernd von der Station mitgeteilt wird, daß lt. Anordnung des Gouverneurs die Tabellen nur noch in der RUNDSCHAU veröffentlicht werden dürften.[17]) Die USAMBARA-POST trifft diese Bestimmung um so härter, als

[14]) Nr. 15 der „Usambara-Post", 7. Jahrg. 1908.
[15]) Nr. 14 der „Usambara-Post", 7. Jahrg. 1908.
[16]) siehe z. B. Nr. 33 der „Usambara-Post", 7. Jahrg. 1908.
[17]) Nr. 47 der „Usambara-Post", 7. Jahrg. 1908.

sie für das Zustandekommen der Tabellen seinerzeit bei den Pflanzern geworben hatte, die ihre Messungen daraufhin der Station mitteilten.

In der letzten Nummer des Jahres 1908 findet sich wieder ein Überblick „Das alte Jahr und vergangene Jahre im Reiche Rechenbergs". Alle unerfüllten Hoffnungen der Wirtschaftler sind zusammengestellt, sie sollen den Grund der Ablehnung Rechenbergs als Gouverneur auch dem Letzten klarmachen: Schon während seiner vorbereitenden Tätigkeit in Berlin habe v. Rechenberg den vom früheren Gouverneur v. Götzen und dem Gouvernementsrat einstimmig gebilligten Entschluß auf Erhöhung und Differenzierung der Hüttensteuer, sowie die Forderung betreffs Führung von Geschäftsbüchern für Farbige, die das indische Schmarotzertum treffen sollte, zu Fall gebracht. Auch eine Eingabe der Pflanzer des Nordens betr. Forderung eines Arbeitergesetzes, sowie Schutz gegen Kontraktbruch durch Paßzwang, d. h. Personalkontrolle, sei nicht einmal beantwortet worden. Daß die Anträge auf Erweiterung der Befugnisse des Gouvernementsrates, sowie dessen Umgestaltung ein Traum bleiben würden, sei ja vorauszusehen gewesen. Nackenschläge auf Nackenschläge folgten unter der Aera Rechenberg: Die Erhöhung der Frachten auf der Usambara-Eisenbahn für Plantagenerzeugnisse, sowie Erhöhung der Pacht- und Kaufpreise für Land, Beeinflussung des Staatssekretärs zu Ungunsten der europäischen Wirtschaftsbetriebe und in der Besiedlungsfrage. Ferner sei zu beklagen die neue Gewerbesteuer-Verordnung, die den europäischen Betrieben ungeheure Mehrbelastung bringe, den kleinen indischen Blutsaugern aber, die früher Steuern zahlen mußten, Steuerfreiheit gewähre. Für die nächste Zeit sei zu erwarten: Aufhebung der Kommunalverbände, d. h. Beschränkung der Selbstverwaltung und Bewilligung sämtlicher Mittel nur durch das zentrale Gouvernement.

„Wenn unsere europäischen Betriebe hier überhaupt prosperieren, so geschieht das trotz und nicht vermöge der Tätigkeit des Gouverneurs. Die Tätigkeit Rechenbergs ist immer durch Rücksicht auf das farbige Element ausgezeichnet. Anwerbegebühr und Arbeiterlöhne steigen fortwährend . . . Nichts hat Rechenberg, was die deutsche Wirtschaft in den Kolonien wahrhaft fördert, schaffen können oder schaffen wollen."

Zum Schluß wünscht die Zeitung ihren Lesern für das Neue Jahr einen neuen Gouverneur.

Am nächsten Morgen nach der Veröffentlichung dieses Artikels findet v. Horn ein Schreiben des Bezirksamtsmanns Dr. Nötzel vor, in dem dieser als Vorstand des Kommunalverbandes Tanga der Zeitung den weiteren Druck in der Kommunaldruckerei verweigerte:

„. . . wegen der wiederholt in letzter Zeit in verschärfter Form vertretenen Tendenz gegen das Gouvernement."[18])

Eine Welle der Empörung geht durch die Kreise der Wirtschaftler, aber auch im Reich zieht diese Maßnahme Rechenbergs ihre Kreise. Einzelne große Zeitungen, die ausführlicher über das Druckverbot für die USAMBARA-POST berichten, „erfahren von zuständiger Stelle" oder von „interessierter Seite", daß es unbezahlte Druckrechnungen waren, die den Bezirksrat bestimmten, v. Horn den weiteren Druck zu kündigen. Sicher stammt diese Begründung aus dem Reichskolonialamt. Es ist die gleiche, die Dernburg am 23. 1. 1909 dem Abgeordneten v. Benningsen auf dessen Anfrage gibt.[19])

Die USAMBARA-POST wendet sich gegen diese amtliche „Begründung". Das Druckverbot sei nicht vom Bezirksrat beschlossen worden, sondern allein vom Bezirksamtmann erlassen. Der Bezirksrat habe sogar in einer Interpellation die Druckablehnung gerügt, die über seinen Kopf hinweg erfolgt sei. Auch sei das Verbot nicht der „Schulden" wegen ergangen. 20 000,— Rupie hatte v. Horn der Kommune Tanga an Druckspesen in den $1^1/_2$ Jahren zu zahlen gehabt, von denen im Januar 1909 der laufende Spesensatz des letzten Monats noch ausstand, der jedoch nun auch auf Heller und Pfennig bezahlt sei. (Nr. 6 Anfang März 1909.) — Bereits im Herbst 1908 war das Gerücht von einem erfolgten Druckverbot für die USAMBARA-POST zu Ohren Dernburgs gekommen. Er telegraphierte an Freiherrn v. Rechenberg:

„Ich rate zur Vorsicht und würde Usambara-Druckerei lassen, falls tatsächlich Kosten zahlt und zu unverkürzter Aufnahme von Berichtigungen sich verpflichtet. Dernburg!"[20])

Es waren aber nur Gerüchte gewesen, Rechenberg telegraphierte zurück, daß Bezirksamtmann Nötzel ein Verbot aussprechen wolle, wenn v. Horn nichts zahle. Er habe seit zehn Monaten nichts mehr bezahlt und schulde 5000 Rupien oder

---

[18]) s. Nr. 14 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909 und Nr. 6 der „Usambara-Post", 8. Jahrg. 1909. s. auch Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[19]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[20]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

6500,— Mark. Diese Angaben waren falsch. Rechenberg muß sich berichtigen: Es stimme nicht, daß v. Horn seit zehn Monaten nichts gezahlt habe, dennoch aber schulde er 5000 Rupien. Er (Rechenberg) habe daraufhin an Nötzel geschrieben, daß man entweder v. Horn zwinge, schnell die Schulden zu zahlen oder den Druck einstelle. Er habe weiter vorgeschlagen, anstelle der USAMBARA-POST in Tanga ein Amtsblatt zu schaffen, dessen Titel noch zu wählen sei. (!)[21])

Ob v. Horn von den 5000 Rupien auch noch einen Teil bis zum Januar 1909 abgezahlt hatte, oder ob er tatsächlich nur noch einen Monatssatz — wie er angibt — schuldete, wird nicht mehr festzustellen sein. Aber auch 5000 ausstehende Rupien, die nicht allzulange fällig sein konnten, sind ja bei einem Spesensatz von 20 000 Rupien, die in $1^1/_2$ Jahren zu zahlen sind, in einem normalen Geschäftsverhältnis kein Grund zur sofortigen Kündigung des Vertrages, wenn nicht andere Gründe vorliegen. Aber diese Gründe lagen in diesem Falle vor. Erstens war dem Gouverneur die USAMBARA-POST verständlicherweise unbequem, und zweitens wollte er ein Amtsblatt in Tanga gründen, vielleicht in Form einer zweiten RUNDSCHAU, und dazu mußte die bestehende Zeitung verschwinden. Dem Gouverneur sind diese Pläne mißglückt. Die USAMBARA-POST blieb weiter bestehen, verschärfte sogar ihren Kampf gegen Rechenberg, und ein amtliches, offiziöses Organ konnte in Tanga nicht geschaffen werden.

Sogleich nach Erhalt der Mitteilung des Bezirksamtmannes über die Ablehnung des Druckes für die USAMBARA-POST ging v. Horn daran, eine eigene Druckerei aufzubauen. Aber woher sollte man in Deutsch-Ostafrika eine Schnellpresse bekommen? Von einem Inder in Zansibar erstand endlich v. Horn eine Maschine, die ihm als Schnellpresse verkauft wurde. Die einzelnen Teile dieser Apparatur lagen, nicht viel Zuversicht für einen baldigen Druckbeginn einflößend, im Hof des Redaktionsgebäudes in der Kaiserstraße 193 herum. In diesem Augenblick — es war längst Zeit, daß die erste Nummer im neuen Jahr erschien — kam der Verleger der DOAZ, W. v. Roy, vom Europa-Urlaub zurück. Er erfuhr das Mißgeschick seines Freundes v. Horn und erklärte sich bereit, zu helfen. Alles, was zur Einrichtung einer kleinen Druckerei benötigt wurde, stellte die DOAZ Horn zur Verfügung, insbesondere Schriften, und bis der neue Betrieb in Tanga lief, sollte die USAMBARA-POST in Daressalam gedruckt werden.

[21]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.

Am 12. Januar schon konnten die Bezieher der Zeitung die in Daressalam hergestellte Notausgabe der USAMBARA-POST bekommen, bereits in Antiqua gesetzt, wie nun alle folgenden Nummern der Zeitung. Noch Ende Januar beginnt der Druck in Tanga. Die USAMBARA-POST ist jetzt wirklich das unabhängige Organ der Wirtschaftler des Nordens geworden. Viel ist es freilich nicht, was die alte Druckpresse des Inders aus Zansibar leistet. Der Druck ist schlecht, beinahe so schlecht wie der der RUNDSCHAU, für die auch kein gutes Maschinen-Material seinerzeit angeschafft wurde, und mehr als 12 Seiten des Großquartformates schafft die kleine Druckerei einstweilen nicht. Nach und nach aber werden diese Kinderkrankheiten überwunden. Schon im März 1909 erscheint die USAMBARA-POST wieder mit 14 bis 16 Seiten Umfang pro Nummer. Auch die drucktechnische Ausführung erreicht mit dem Ausbau des Betriebes wieder die Vollkommenheit, die in der Schuldruckerei und von der DOAZ erzielt wurde.

Im Sommer 1909 berichtet die USAMBARA-POST über die Gründung des Wirtschaftlichen Landesverbandes für Deutsch-Ostafrika. Auch sie knüpft neue Hoffnungen daran. Freude und Genugtuung herrscht über die „vornehme Art" des Landesverbandes, mit dem Gouvernement und dessen ersten Beamten in freundlichere Beziehungen zu treten, obwohl eigentlich die Pflanzer keinen Grund hätten, zuerst die Hand zum Frieden zu reichen. Die versöhnliche Haltung des Gouverneurs überrascht in Tanga ebenso wie in Daressalam. Die Begründung dafür: Rechenberg will das verlorengegangene Vertrauen wiedergewinnen. Nach seiner Antwort an die Pflanzer zu urteilen, muß sich eine gewaltige Wandlung in den Anschauungen des Gouverneurs vollzogen haben. Eine gewisse Skepsis inbezug auf eine grundlegende Änderung der Politik bleibt aber in den Leitartikeln der USAMBARA-POST fühlbar. Aber sie unterläßt für einen Augenblick alle weiteren Angriffe auf v. Rechenberg, um zarte Anbahnungserfolge nicht schon im Keime zu zerstören. Dafür beschäftigen sich die wirtschaftlichen und politischen Mitarbeiter der USAMBARA-POST mit weiteren Möglichkeiten der Erschließung Deutsch-Ostafrikas. Über Schaffung von Industrieanlagen in der Kolonie wird gesprochen oder für den verstärkten Anbau von Baumwolle eingetreten.

Im Juni 1910 wird der Rücktritt Dernburgs bekannt. Es ist eine angenehme Nachricht, daß v. Lindequist zum Nachfolger ernannt ist. Aber bereits nach kurzer Zeit breitet

sich die Enttäuschung über den neuen Staatssekretär aus. Klar wird das ausgesprochen anläßlich seines Rücktritts im November 1911: Lindequist sei den Machenschaften und den eigenen Willen der Gouverneure nicht gewachsen gewesen und habe in der Kamerun-Kompensations-Angelegenheit, mit der er nicht einverstanden war, einen glücklichen Grund zum Abtritt gefunden.[22]) Inzwischen hatten die Nordpflanzer eingesehen, daß an eine Änderung der Politik Rechenbergs nicht zu denken war und zur Selbsthilfe gegriffen. Sie führten von sich aus auf ihren Pflanzungen Personalkontrolle ein durch Entlassungsscheine und Urlaubspässe. Zu neuen Angriffen in der Zeitung wurde das Nachdruckverbot für den PFLANZER das Signal. Die USAMBARA-POST fordert zum Boykott des PFLANZER auf (12. Dez. 1910).

Als das Schicksal der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNG durch die Ausweisung von Roy's am Ende der Presseprozesse zunächst besiegelt schien, ruft die USAMBARA-POST zu verschärftem Kampf gegen den Gouverneur auf.[23]) Aber auch v. Horn sieht sich bereits nach einem Nachfolger um. Ob er sich dem Kampf, den er zunächst jedenfalls allein führen müßte, nicht mehr gewachsen fühlt, oder ob das Geschick seines Freundes in der DOAZ ihn so mitgenommen hatte, v. Horn tritt im August 1911 ab und übergibt Jos. Deeg die Zeitung. Die kaufmännische Seite des Unternehmens leitet von nun an Wilhelm Wohltat, während Deeg, ein erbitterter Gegner Rechenbergs, die redaktionelle Führung der Zeitung übernimmt.

Unter v. Horn's Führung hatte die USAMBARA-POST ihren größten Aufschwung erfahren. Die Umgestaltung in ein Erwerbsunternehmen war gelungen. Auch der schwere Einschnitt in das Leben der Zeitung durch die Entziehung der Druckerlaubnis mitsamt aller moralischen Auswirkungen dieses behördlichen Schrittes konnte überwunden werden. Der Rückgang der Anzeigenaufträge, der 1909 sehr zu spüren war, (3 Seiten bei 12 Seiten Umfang oder 4½ Seiten bei 16 Seiten Umfang) war bei Übergabe der Zeitung an Deeg ausgeglichen. Im Juli 1911 hatte die USAMBARA-POST bei 20 Seiten 8—9 Seiten Anzeigen einschl. eines reichhaltigen Stellenmarktes, und im Jahre 1912 waren gar ständig über 50 % des Gesamtumfanges Anzeigen. Ein weiteres Verdienst v. Horns um die Zeitung ist, daß es ihm gelang, immer mehr Mitarbeiter heran-

[22]) Nr. 45 der „Usambara-Post", 10. Jahrg. 1911.
[23]) Nr. 4 (Jan. 1911) der „Usambara-Post", 10. Jahrg.

zuziehen. Insbesondere wurde im Feuilleton die ostafrikanische Skizze, die Reise- und Jagdbeschreibung weiterhin gepflegt. Der politische Teil wurde durch die regelmäßigen „Berliner Briefe" ausgestaltet, die auch in den nächsten Jahren beibehalten werden.

4. Die letzten Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges.

Jos. Deeg[24]) ist am liebsten Elefantenjäger, aber er schreibt auch gern, kleine feuilletonistische Skizzen aus dem ostafrikanischen Busch, er liebt die Natur und die Jagd und liebt, sie zu beschreiben. Er ist Mitarbeiter der USAMBARA-POST seit ihrem Bestehen. Aus seinen politischen Leitartikeln, die er jetzt schreibt, spricht ein abgrundtiefer Haß gegen den Gouverneur. Aber der Gegner ist nicht mehr lange da. Als Deeg zum Jahresschluß (1911) Rechenberg die in der USAMBARA-POST schon zur Tradition gewordene „Quittung" für alle im Jahre getroffenen „Fehlentscheidungen" ausstellt, weilt der Gouverneur schon in Deutschland. Von Nr. 1, 1912 ab, erscheint die USAMBARA-POST im Zeitungsformat (29×45 cm, wie die DOAZ. Nur die RUNDSCHAU hatte etwas größeres Format: 31×45 cm). Auch der Umbruch wird dreispaltig, anstatt wie bisher zweispaltig, und der Umfang beträgt im allgemeinen von nun ab 14 Seiten. Von Januar 1913 ab erscheinen erstmalig die schon von v. Horn angekündigten Beilagen: ILLUSTRIERTE BEILAGE und KILIMANDJARO- UND MERU-ZEITUNG.

Die ILLUSTRIERTE BEILAGE war in kleinem Format auf gutem Papier gedruckt. Ihr Inhalt bestand aus Berichten über Ereignisse in Tanga oder Jagderlebnisse, die reich mit guten Photos illustriert waren. Diese Beilage, die anscheinend zu teuer wurde und 1914 durch eine in Deutschland hergestellte illustrierte Beilage ersetzt werden mußte, ist ebenso wie das OSTAFRIKANISCHE WAIDWERK ein beachtlicher Zeuge des jungen deutsch-ostafrikanischen Schrifttums.

---

[24]) Deeg, über dessen Persönlichkeit nur sehr wenige Angaben zu erlangen waren, da er — wie auch ein Teil seines engeren Bekanntenkreises — verstorben ist, war vor der Übernahme der Schriftleitung der USAMBARA-POST Kaufmann, Vertreter der Kilimandjaro Handels- u. Landwirtschaftsgesellschaft gewesen. Nach dem Kriege hatte Deeg in Berlin eine kolonialpolitische Zeitung, die „Weltrundschau" gegründet, die aber sich infolge des damals noch geringen Interesses an kolonialen Zeitfragen nicht lange halten konnte. (Aus Angaben in der USAMBARA-POST und Angaben von Kuschel, Blank und W. Föllmer.)

Die KILIMANDJARO- UND MERU-ZEITUNG war eine kleine Zeitung für sich. In der Ankündigung ihres Erscheinens im Januar 1911 hieß es, daß dieses Blatt zunächst als Beilage, später aber, wenn die Usambara-Eisenbahn bis Aruscha gebaut sei, „in eigener Regie und Druckerei am Kilimandjaro erscheinen wird".[25]) Es war demnach beabsichtigt, in dem reich besiedelten Distrikt um den Kilimandjaro, in Moschi und Aruscha, eine Filiale der USAMBARA-POST einzurichten. Dazu ist es bis 1914 nicht gekommen. Im Gegenteil, die KILIMANDJARO- UND MERU-ZEITUNG, die in der Hauptsache Nachrichten aus den Bezirken am Kilimandjaro brachte, Wirtschaftsartikel allgemeinen Inhalts enthielt und alle 14 Tage erschien, verstümmelte 1914 immer mehr und war schließlich nur noch eine Sparte in der USAMBARA-POST.

Der Unterhaltungsteil der Deeg'schen Zeitung wurde weiter ausgebaut. Ab 1913 erscheinen erstmalig die Fortsetzung eines Romans. Im Feuilleton, das neben dem Roman erhalten bleibt und weiterhin wertvolle kulturpolitische Aufsätze, Skizzen, Reise- und Jagdbeschreibungen, Eingeborenen-Erzählungen usw. enthält, schreiben am häufigsten u. a. Stollowsky und v. Bengersdorf („Afrikanische Stadt- und Dorfgeschichten").

Auch für die anderen Sparten wächst die Zahl der Mitarbeiter. Eine ganze Reihe Pflanzer sind darunter. Zum Teil sind sie zugleich Mitarbeiter in der DOAZ, wie Dr. Förster und Cleve. Die Korrespondenz aus dem Reich ist lebhaft geworden. Außer dem regelmäßigen „Berliner Brief", der, aus der Perspektive Berlins und des Reiches gesehen, wöchentlich eine Übersicht über die wichtigsten politischen und kolonialpolitischen Ereignisse bringt, schreiben viele Kolonialpolitiker aus dem Reich für die USAMBARA-POST.

Von Interesse ist auch die häufige Mitarbeit des Präsidenten des Deutschnationalen Kolonialvereins W. Föllmer in den Jahren 1912—1914. Der Deutschnationale Kolonialverein in den Grundprinzipien die Ziele der ostafrikanischen Wirtschaftler unterstützend, hatte zu dieser Zeit — wie noch auszuführen sein wird — sich bemüht, die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE ZEITUNG in seine unmittelbare Einflußsphäre zu bekommen. Wenn der Präsident dieses Vereins ein so regelmäßiger Mitarbeiter in der USAMBARA-POST war, muß man eine ähnliche Absicht auch für diese Zeitung voraussetzen.

Abgesehen von den Berichten, die sich die USAMBARA-POST von Korrespondenten und Mitarbeitern aus Berlin geben

[25]) Nr. 1 der „Usambara-Post", 10. Jahrg 1911.

ließ, hielt sie sich von Erörterung allgemeiner politischer Tagesfragen des Reichs im Gegensatz zu der in dieser Zeit stark außenpolitisch interessierten Schwester in Daressalam, fern. Die USAMBARA-POST blieb eben in den Grundzügen ein Blatt der Nordpflanzer und vertrat in erster Linie die Interessen des Nordens der Kolonie. So kommt es auch zu kleinen Reibereien mit der DOAZ über die Bahnbaupläne. Obwohl — abgesehen von der großen Mittellandbahn Daressalam—Tanganjika — von Tabora aus eine Stichbahn zum Viktoria-See festgelegt ist, fordern die Nordpflanzer immer von neuem in den Jahren 1912 und 1913 den Ausbau der Usambara-Bahn nach dem Viktoria-See.[26]) Insbesondere sind es die Tanganesen, die durch den Mittellandbahn-Bau und den dadurch bedingten Aufschwung des Daressalamer Hafens, sich etwas zurückgesetzt fühlen und einen von viel Lokalpatriotismus geförderten Kampf um „ihre Bahn" führen. Ende 1913 wird der Streit so heftig, daß die USAMBARA-POST den Daressalamern Sabotage des wirtschaftlichen Aufschwungs des Nordens vorwirft.[27]) Die Nordpflanzer hatten allerlei Ärger gehabt. Die Landesausstellung, die für 1914 in Daressalam angesetzt war, sollte eigentlich in Moschi, von den Nordpflanzern organisiert, stattfinden. Dann war 1913 eine schwere Krisis auf dem Kautschukmarkt ausgebrochen, an der der Norden der Kolonie sehr lahmte, und die erst 1914 durch Staatssekretär Dr. Solf infolge der Aufhebung der Kautschukzölle behoben wurde.

In der großen Linie aber gingen DOAZ und USAMBARA-POST auch unter Gouverneur Dr. Schnee (1912—1916) zusammen. Dr. Schnee konnte den Pflanzern auch nicht alle Wünsche erfüllen, aber er sagte sie ihnen zu, er hatte Verständnis für ihre Nöte und sprach das aus. Schnee hatte im allgemeinen Sympathie bei den Wirtschaftlern. Diese Befriedigung brachte ein Artikel in Nr. 1 (1914) zum Ausdruck, nachdem also der neue Gouverneur schon im dritten Jahr in Deutsch-Ostafrika wirkte. Man war schon froh, daß Schnee den Wünschen der Pflanzer sein Ohr lieh. Jedoch bestünden noch verschiedene Hemmungen, die die Verwirklichung aller Wünsche verhinderten. Das seinen 1. die z. T. unverändert gebliebenen Referenten Rechenbergs im Gouvernement, zu denen die Wirtschaftler kein Vertrauen hätten, dann aber auch scheine Dr. Schnee Gegner in Berlin zu haben im Reichskolonialamt, im Reichstag und im Reichsschatzamt.

[26]) Nr. 12 der „Usambara-Post", 11. Jahrg. 1912.
[27]) Nr. 49 der „Usambara-Post", 12. Jahrg. 1913.

Mitten in hoffnungsvoller Entwicklung auch für die USAMBARA-POST bricht der K r i e g aus. Gleich im Anfang muß die Zeitung ankündigen, daß das Papier knapp sei. Der Umfang wird eingeschränkt. Nur das Notwendigste kann noch gebracht werden. Am 11. November findet die S c h l a c h t v o n T a n g a statt, das erste große Kolonialgefecht des Weltkrieges, und der ruhmreichste Tag unserer jungen Schutztruppe. Die ganze Belegschaft der Zeitung ist mit in die Straßenkämpfe verwickelt und hilft, den Sieg zu erringen. Eine Nummer muß ausfallen. In der nächsten kann die Größe des Sieges mitgeteilt werden: Erbeutet wurden 500 000 Patronen, 8 Maschinengewehre und 500 Gewehre, ein überlegener Feind geschlagen.[28])

Die Kriegsberichte bestehen aus wenigen amtlichen Nachrichten, die von der Behörde ausgegeben werden und aus verstümmelt aufgenommenen Reuter-Telegrammen, dann aber immer mehr aus Ausschnitten aus veralteten heimischen und ausländischen Zeitungen, die auf irgendeinem Wege in die Kolonie gelangten. Bisweilen findet sich eine weiße Lücke in den wenigen Spalten: „Von der Zensur gestrichen". Deeg, der nie ein Blatt vor den Mund nahm und noch 1914 in einen Beleidigungsprozeß verstrickt wurde, der aber mit einem Freispruch endete[29]), bezeichnete diese Zensur, als ihm einer seiner kurzen Kommentare gestrichen wird, als „eigenartig". Immer mehr schmolz der Inhalt der Zeitung zusammen. 6 Seiten, Ende 1915, 4 Seiten und schließlich nur noch 2 Seiten betrug der Umfang. Am 3. Juni 1916 erschien die USAMBARA-POST zum letzten Male. —

[28]) Nr. 45 der „Usambara-Post", 13. Jahrg. 1914.
[29]) s. Nr. 12 der „Usambara-Post", 13. Jahrg. 1914.

Kapitel VII:

Die Entwicklung der Daressalamer Presse unter Gouverneur Schnee.

1. Die Deutsch-Ostafrikanische Zeitungs G.m.b.H.

Seit dem 1. Januar 1911 war die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE ZEITUNG verwaist. Der Redakteur ausgewiesen und der kaufmännische Leiter ausgewiesen. In dieser Not sprangen wieder einmal die Wirtschaftler für ihre Zeitung ein. Mehr auf moralischer als auf rechtlicher Grundlage bildete sich ein Gremium von führenden Männern der Wirtschaftler-Organisationen, an ihrer Spitze der Brauereibesitzer Schulz, Daressalam, sozusagen ein Aufsichtskuratorium über die DOAZ. Es war ein glücklicher Zufall, daß in diesem Augenblick über Tanga Hermann Ladeburg einwanderte, der, aus dem Druckereifach kommend, sich bereit erklärte, die kaufmännische Leitung der DOAZ zu übernehmen. Den technischen Betrieb leitete der Drucker Alfred Kuschel. Das Unternehmen lief also weiter, und die Wirtschaftler hatten ihr Sprachrohr einstweilen behalten. Leitartikel wurden von allen geschrieben, die in sich das Zeug zum Publizisten verspürten.[1]) Die häufigsten Mitarbeiter der DOAZ in dieser Zeit sind v. Geldern und Gerhard Schelcher, der kurz vor Kriegsausbruch Hauptschriftleiter der Zeitung wurde, ferner Dr. Förster-Moschi, Kapitänleutnant Paasche und der Reichstagsabgeordnete Dr. Arning-Berlin, der sogar seine Mitgliedschaft in der Wirtschaftlichen Vereinigung Daressalam angemeldet hatte. (!)[2])

Inzwischen war W. v. Roy in Deutschland angekommen. Mit Unterstützung von Bekannten gelingt es dem Gründer der DOAZ in verhältnismäßig kurzer Zeit, noch bevor er seine in Festungshaft umgewandelte Gefängnisstrafe antreten muß, die DOAZ durch Umwandlung in eine G.m.b.H. zu erhalten. W. Föllmer, Präsident des Deutschnationalen Kolonialvereins, führte den Vorsitz im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft.[3])

---

[1]) Angaben von Kuschel, W. Föllmer und A. Zintgraff.
[2]) Nr. 31 (Lokales) der DOAZ, 13. Jahrg. 1911 (6. Mai).
[3]) lt. Kopie der Gründungsurkunde der DOAZ GmbH (im Besitz von Professor Dr. Zintgraff, Heidelberg).

Es lag nahe, daß v. Roy in seiner Verzweiflung zunächst Hilfe suchte beim Kolonialverein, dessen Grundeinstellung in allen Fragen der Kolonialpolitik der der Wirtschaftler Ostafrikas entsprach. Der Deutschnationale Kolonialverein führte damals einen heftigen Kampf gegen die monopolistische Stellung des Großkapitals in der Kolonie, gegen Einflußnahme jüdisch-demokratischer Kreise auf die Kolonialpolitik und unterstützte in jeder Weise die Belange der kleinen deutschen Siedler, der Wirtschaftler in den Kolonien. W. Föllmer hatte selbstverständlich auch ein Interesse daran, daß die DOAZ, die bisher häufig ihre Stimme im Sinne der Ziele des Deutschnationalen Kolonialvereins erhoben hatte, bestehen blieb.[4]) Er warb in seinem Freundes- und Bekanntenkreis für die Teilhaberschaft an dem Zeitungsunternehmen, und so verdankt die Zeitung ihre Weiterexistenz in kritischer Zeit dem aktiven Einsatz W. Föllmer's.

Zum Hauptschriftleiter der DOAZ wurde Dr. Zintgraff gewonnen, der gerade von einer diplomatischen Mission in Abessinien zurückgekehrt und infolge einer Auseinandersetzung mit dem Auswärtigen Amt einstweilen seine diplomatische Laufbahn nicht weiter verfolgen wollte.[5])

Der neue Hauptschriftleiter der DOAZ war ein guter Kenner der afrikanischen, insbesondere der ostafrikanischen Welt. 1902 war er als Referendar in den Dienst des Auswärtigen Amtes getreten. Als Dolmetscher kam er dann zunächst an das deutsche Konsulat in Zansibar und von dort aus als stellvertretender Vizekonsul nach Mombassa. Nach kurzer Dienstzeit in der Deutschen Gesandtschaft in Addis Abeba war Dr. Zintgraff 1908 deutscher Geschäftsträger am Hof Kaiser Meneliks[6]). Durch Vermittlung der deutschen Regierung trat er 1909 in abessinische Dienste über und wurde auf Wunsch des Negus Negesti dessen Berater. Im Verlauf dieser Tätigkeit kam es jedoch zu einem Konflikt zwischen Dr. Zintgraff, dem damaligen deutschen Gesandten in Addis Abeba und dem Auswärtigen Amt. Meneliks schwere Erkrankung und neue politische Strömungen, die in diesem Zusammenhang am Hofe Einfluß gewannen, machten dann die Stellung Dr. Zintgraffs in Abessinien unmöglich. In einem Bericht, der damals der

---

[4]) Angaben von W. Föllmer.
[5]) Eigene Angaben von Professor Dr. Zintgraff.
[6]) Angaben Dr. Zintgraffs, s. auch Nr. 9 d. „Rundschau", 1. Jahrg. 1908 und Nr. 69 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911. Angaben bestätigt auch durch Kuschel, W. Föllmer, W. v. Roy und W. Methner.

USAMBARA-POST aus Addis Abeba zuging[7]), liest man, daß Zintgraff sich als erster Minister Meneliks deshalb nicht länger halten konnte, weil eine höfische Clique um die Kaiserin Taitu ihm nach dem Leben trachtete. Er sollte zuvor unsaubere Machenschaften mehrerer hoher abessinischer Würdenträger aufgedeckt haben. —

Gute — oder zumindest normale Beziehungen zu den Amtsstellen unterhalten und voll Unabhängigkeit in der Kritik an Maßnahmen der Regierung zu wahren, das war der Leitsatz, den die neuen Männer der DOAZ für die interne Politik der Zeitung aufstellten. Am 4. August 1911 bittet im Auftrag W. Föllmer's Rechtsanwalt Dr. W. Hahn-Berlin, der Mitglied des Aufsichtsrates der DEUTSCH - OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNGs GmbH. ist und auch Vorstandsmitglied des Deutschnationalen Kolonialvereins, den Staatssekretär von Lindequist, ihn und den neuen Hauptschriftleiter Dr. Zintgraff zu empfangen. Dr. Hahn stellt fest, daß Redaktion und Verlag der DOAZ Wert darauf legen, mit dem RKA in bessere Beziehungen zu kommen, als das zuletzt wegen der Streitigkeiten und Differenzen in Daressalam möglich gewesen sei.[8]) Nach dem Empfang berichtet v. Lindequist an v. Rechenberg, daß das Organ (gemeint ist die DOAZ) in Zukunft seinen bisherigen, auf das persönliche Gebiet abschweifenden Weg verlassen und gute Beziehungen zum Gouvernement zu unterhalten bestrebt sein wird. Aber das Recht einer streng sachlichen Kritik behalte sich die DOAZ vor. Der Staatssekretär befürwortet dann zum Schluß den Wunsch Dr. Zintgraff's und Dr. Hahn's, die Zeitung wieder mit amtlichem Nachrichtenmaterial zu versorgen.[9]) (21. 8. 1911). Rechenberg ist sehr pessimistisch in bezug auf die Umformung in der DOAZ. Er bezweifelt in seiner Antwort an das RKA (12. 10. 1911)[10]), daß es Dr. Zintgraff gelingen werde, der Zeitung einen anderen Charakter zu geben, schon weil v. Roy durch seine Frau, die „den größten Teil der Zeitung noch in den Händen habe", großen Einfluß hätte. Im übrigen wird er Dr. Zintgraff erlauben, sich im Gouvernement Mitteilungen zu holen. Auch sei es nie für die DOAZ verboten gewesen, die amtlichen Mitteilungen aus der RUNDSCHAU mit Quellenangabe nachzudrucken (!). —

Rechenberg täuscht sich über den Einfluß, den v. Roy noch auf die Zeitung hat. Zwar besitzt er nach der allerersten

[7]) Nr. 1 der USAMBARA-POST, 9. Jahrg. 1910.
[8]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[9]) Aus den Akten IA, 1. Bd. des früheren RKA.
[10]) Aus den Akten IA, 2. Bd. des früheren RKA.

Gesellschafterzusammensetzung noch die weitaus größte Zahl der Anteile (aber er, nicht seine Frau)[11]), doch diese Anteile, die aus Sachwerten des Unternehmens bestanden, gingen schon bald nach und nach auf neue Gesellschafter über, so daß v. Roy schließlich laut notariell beglaubigter Aufstellung der Anteilinhaber der DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHEN ZEITUNGS GmbH. vom 29. Juni 1914 nur noch 2000 Mk. Kapital oder 20 Stimmen für seine Frau und einen Berliner Fabrikanten vertrat. Bei insgesamt 1925 Stimmen für 192 500 Mk. Kapital der Gesellschaft hatte er also nicht einmal mehr eigenes Kapital zu vertreten. In der Zeit aber, da v. Roy noch den größten Anteil am Gesellschaftskapital hatte, war es ihm unmöglich, einen Einfluß auszuüben, da er zur Zeit seine Haft, die ihm später durch einen Begnadigungsakt des Kaisers[12]) abgekürzt wurde, absitzen mußte.

Roy's Einfluß auf die DOAZ war also nicht mehr nennenswert, jedoch stellte sich schon sehr bald heraus, daß auch der Einfluß des Deutschnationalen Kolonialvereins nicht ausschließlich galt. Dr. Zintgraff — wenn er auch die große Linie der Politik wahrte, wie sie durch den bisherigen Kampf der Zeitung vorgezeichnet war und auch der der Kreise um W. Föllmer entsprach, — hatte einen eigenen Kopf und eigenen Willen, und die große Entfernung Berlin—Daressalam veränderte so manche vorgenommene Aufgabe. In der Daressalamer Atmosphäre haben schon viele „gute Ideen", die in Berlin entstanden waren, sicher auch bisweilen auf Grund der Erfahrungen, die die Praxis lehrte, eine etwas andere Form bekommen. Die dadurch bedingten kleinen Unterschiedlichkeiten in der Auffassung, die allzu natürlich waren, führten dann auch im Laufe der Täitgkeit Dr. Zintgraff's als Hauptschriftleiter und Geschäftsführer der DOAZ GmbH. zu Reibereien[13]), die wohl mit dazu beigetragen haben, daß Dr. Zintgraff kurz vor Ausbruch des Weltkrieges nach sehr erfolgreichem Wirken für die DOAZ seine Daressalamer Stellung aufgab, um einen diplomatischen Posten, der ihm inzwischen wieder angeboten war, anzunehmen.[14])

---

[11]) Entnommen aus den endgültigen Satzungen der Gründungsurkunde der GmbH. (Im Besitz Prof. Dr. Zintgraffs, Heidelberg).

[12]) Eigene Angaben von W. v. Roy, bestätigt durch Nr. 72 der „Rundschau", 5. Jahrg. 1912.

[13]) Angaben Dr. Zintgraff, W. Föllmer und Dr. Brunzlow.

[14]) Nach Angaben Dr. Zintgraff's handelt es sich um den Posten eines Residenten auf den von dem Gouvernement Deutsch-Neuguinea abzutrennenden Carolinen und Marianen. Die Ausreise war auf den 1. November 1914 festgesetzt.

2. Rechenberg's Abgang und das Ende der „Rundschau".

Dr. Zintgraff's erste Eindrücke in Daressalam waren mitbestimmend für die Haltung, die die Zeitung dem Gouvernement gegenüber einnahm. An einer der belebten Straßenecken in der Eingeborenen-Stadt sah er einen Suaheliknaben — einer von den wenigen, die lesen gelernt hatten — laut aus der Zeitung einem großen Zuhörerkreise vorlesen. Diese Szene wiederholte sich häufig. Es mußte das Ansehen des Gouverneurs bei den Eingeborenen leiden, wenn die Zeitung, deren Inhalt, soweit er sich auf Daressalam und das Gouvernement bezog, schnell bei den Eingeborenen Verbreitung fand, sich in uferlosen Angriffen gegen das Gouvernement ausließ. In den ersten Tagen nach der Übernahme der Redaktionsgeschäfte faßte Dr. Zintgraff seine Meinung über Sinn und Zweck einer unabhängigen Kolonie-Presse zusammen in einen Leitartikel: „Aufgaben der Presse in unseren Kolonien"[15]). In diesem seinem Programm sagte er u. a.:

„Die weltgeschichtliche Bewegung unserer Zeit zeigt wieder einmal auf das deutlichste, welchen Wert die einzelnen europäischen Staaten ihrem Kolonialbesitz beimessen. Für eine große Anzahl von ihnen ist dieser Besitz, bzw. die Neuerwerbung überseeischer Gebiete (es war damals die Zeit der Besetzung von Tripolis durch Italien) geradezu eine Lebensfrage geworden. Auch in unserem Vaterlande gewinnt die Erkenntnis immer mehr an Boden, daß die gedeihliche Entwicklung unserer Kolonien eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für unsere deutsche Volkswirtschaft hat. Da ergibt sich nun, gerade in dieser Zeit mehr als je, als eine Hauptaufgabe unserer kolonialen Presse, dahin zu wirken, daß die Erkenntnis von der Bedeutung unserer Kolonien vertieft und in die weitsten Kreise getragen wird. Das wird aber immer am besten geschehen können durch eine sachliche und klare Berichterstattung über die Vorgänge in den Kolonien. Mit dieser Berichterstattung über die Vorgänge in den Kolonien hat Hand in Hand zu gehen eine energische Vertretung der vielseitigen Interessen unserer in den Schutzgebieten in harter Arbeit stehenden Landsleute. Denn sollen die Kolonien den Wert für unsere Volkswirtschaft gewinnen, den wir von ihnen erhoffen, und den wir nach den vielen und großen Opfern an Blut, Leben und Geld erwarten müssen, so muß mit aller Tatkraft darauf hingearbeitet werden, daß die Schutzgebiete „deutsch" werden, und zwar nicht nur dem Namen nach. Die Wege, auf denen dieses Ziel zu erreichen

[15]) Nr. 82 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.

ist, sind naturgemäß je nach den Lebensbedingungen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in den verschiedenen Gebieten, auch in den einzelnen Schutzgebieten selbst, die mannigfaltigsten. Auch da wieder muß es Aufgabe der kolonialen Presse sein, wegweisend zu wirken, Anregungen zu geben, weitere Kreise auf Entwicklungsmöglichkeiten hinzuweisen, nötigenfalls auch Warnungstafeln aufzustellen und sachliche Kritik zu üben. Eine fördernde und segensreiche Tätigkeit wird die Presse unserer Kolonien aber immer nur dann und dort entfalten können, wo es ihr gelingt, das allgemeine Vertrauen und zum mindesten die Achtung etwaiger Gegner zu erwerben und damit als eine weitere Gewähr des Erfolges die tatkräftige Mitarbeit und Unterstützung seitens aller an der Lösung der kolonialen Aufgaben arbeitenden Kreise. Nur in diesem Vertrauen und in dieser Mitarbeit beruht der Einfluß, der für die Presse zur erfolgreichen Durchführung der ihr anvertrauten Aufgaben unumgänglich notwendig ist. Ebenso muß ihre gänzliche Unabhängigkeit gewährleistet sein, wenn ihre Kritik und ihr Einsetzen für wirtschaftliche Interessen nicht von vornherein als wertlos erscheinen soll."

Die endgültige Bereinigung und Normalisierung der Presseangelegenheiten in Deutsch-Ostafrika war verknüpft mit dem Verschwinden der RUNDSCHAU. Durch die neue Einstellung, die Dr. Zintgraff der DOAZ gegeben hatte, büßte zudem das Gouvernementsblatt viel von seinem Wert ein. Aber auch finanziell war die RUNDSCHAU schon 1911 ein immer bedenklicher werdender Zuschußbetrieb für ihre Erhalter geworden.[16]) Freiherr v. Rechenberg hatte endlich einsehen müssen, daß das Presseerzeugnis, das er mit sorgender Hand großgezogen hatte, ein Krüppel war und bleiben würde, den man zu nichts gebrauchen konnte.

Es ist darum nicht verwunderlich, daß er im Oktober 1911 Dr. Zintgraff im Austausch gegen ein Auflassen der RUNDSCHAU der DOAZ die Stelle eines „offiziösen" Blattes nach Muster der KÖLNISCHEN ZEITUNG anbot. Dr. Zintgraff, der festen Überzeugung, daß das Gouvernementsblatt in nicht allzulanger Zeit sowieso am Ende seiner Kraft sein würde, l e h n t e d a s A n e r b i e t e n v. R e c h e n b e r g's a b.[17])

Fast im gleichen Augenblick, wo der Gouverneur von der RUNDSCHAU zu retten versuchte, was noch zu retten war, wurde er aus der Kolonie abberufen und nach Berlin zitiert (Ab-

---

[16]) Angaben von A. Zintgraff.

[17]) Angaben von A. Zintgraff, s. auch dessen Aufs. „Die Deutsch-ostafrikanische Zeitung".

reise am 23. 10. 1911).[18]) Angeblich hatte man ihm den freigewordenen Posten des Kolonial-Staatssekretärs zugedacht, aber durch die Indiskretion einiger Zentrumsblätter (wohl in der Freude über die Auswahl gerade des negrophilen Rechenberg, der als Ersatz dafür dann eine ihm angebotene Kandidatur für das Zentrum annahm und als Abgeordneter in den Reichstag einzog), soll damals dieser Plan zu Fall gekommen sein und so wurde der gerade in Berlin anwesende Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, zum Staatssekretär ernannt.[19])

Die RUNDSCHAU war nun aller ihrer moralischen Stützen beraubt, und wer konnte Passavant die Garantie geben, daß der neue Gouverneur sein Blatt weiter stützen würde? Denn eine weitere Unterstützung der RUNDSCHAU hätte dem Nachfolger Rechenberg's von vornherein die Antipathie der überwiegenden Mehrzahl der Koloniebewohner eingebracht. Dr. Schnee, der im April 1912 zum Gouverneur Deutsch-Ostafrika's ernannt worden war, dachte nicht daran, einen solchen Preis zu zahlen. Auch hatte er eine gänzlich andere Meinung von der unabhängigen Kolonie-Presse als v. Rechenberg. Seine Auffassung bringt am besten ein Bericht vom 18. September 1913 an das RKA zum Ausdruck.[20]) Schnee stellt darin fest, daß das Gouvernement gegenüber der DOAZ eine „reservierte Objektivität" beobachte, im übrigen aber die Zeitung mit allem amtlichen Material und auch ab und zu mit sachlich verfaßten Artikeln der Referenten versorge. Wörtlich heißt es dann:

„Ich halte es nicht für einen Nachteil, wenn die Zeitung in Daressalam, unabhängig vom Gouvernement, ihre eigene Meinung vertritt, wie es die USAMBARA-POST für den Norden tut. Angriffe gegen die Regierung müssen dabei ab und zu mit in den Kauf genommen werden und schaden meiner Ansicht weniger, als wenn die Daressalamer Zeitung als ein rein gouvernementales Blatt in der heimischen Presse keine Beachtung mehr finden würde."

Das war eine andere Auffassung als die, die seinerzeit Geheimrat Stuhlmann und v. Rechenberg vertreten hatten. Für die RUNDSCHAU aber waren unter einem solchen Gouverneur die letzten Stunden zu zählen, denn in den 4 Jahren ihres Bestehens hatte sie sich in den Kreisen der Kolonisten nicht soviel Freunde erworben, daß sie bei einem Nachlassen der gouverne-

[18]) Nr. 82 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.
[19]) Angaben von A. Zintgraff, W. Föllmer, W. v. Roy u. W. Methner. s. auch Nr. 14 der DOAZ, 14. Jahrg. 1912.
[20]) Aus den Akten IA, 2. Bd. des früheren RKA.

mentalen Protektion und der wirtschafltichen Unterstützungen auf eigenen Füßen stehen konnte. Daß sie gegen die DOAZ, die doch sicher sehr unter der RUNDSCHAU-Konkurrenz gelitten haben wird, in keiner Weise aufkommen konnte und zwar rein umfangmäßig in bezug auf den Text und Anzeigenteil betrachtet, sollen folgende Zahlen beweisen: Ende 1910, als die RUNDSCHAU den höchsten Punkt ihrer Entwicklung erreicht hatte, war ihre Weihnachtsnummer 14 Seiten stark, davon 7¼ Seiten Anzeigen. Die Weihnachtsnummer der DOAZ aber erschien mit 16 Seiten und 9½ Seiten Anzeigen. Die Sylvesternummer der RUNDSCHAU, eine Woche später, wies 7 Anzeigenseiten auf bei 12 Seiten Gesamtumfang, und die DOAZ brachte 9 Seiten mit Anzeigen bei einem Gesamtumfang von 16 Seiten. —

Wie die RUNDSCHAU aber in den folgenden Jahren immer mehr abfiel gegenüber der DOAZ, zeigt folgende Zusammenzählung der Anzeigen- und Textseiten von RUNDSCHAU und DOAZ in den Dezember-Monaten der Jahre 1911 und 1912:

Monat	Zeitung	Gesamtumfang in Seiten	Anzeigenteil in Seiten	Anzeigenteil in % v. Gesamtumfang
Dezember 1911	RUNDSCHAU	76	40[21])	53
	DOAZ	98	55	56
Dezember 1912	RUNDSCHAU	60	28[21])	47
	DOAZ	102	62	61

Ende 1912 erreichte Dr. Zintgraff nach Verhandlungen mit den an der RUNDSCHAU interessierten Kreisen ein bedingungsloses Aufgehen dieser Zeitung in der DOAZ. Am 28. 12. 1912 erschien die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE RUNDSCHAU zum letzten Male. Zintgraff schreibt in seinem Aufsatz „Die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung" über die Zeit der Rechenbergschen RUNDSCHAU-Politik:

„Mit diesem Intermezzo war außerdem bewiesen, daß die Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika die Schaffung eines reinen Regierungsorgans, wie es in der Heimat damals die NORDDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG war, nicht zuließen."

In der Tat war nach dem Fortfall der moralischen Stütze v. Rechenberg die Lage für die RUNDSCHAU immer unan-

[21]) einschl. der amtlichen Anzeigen.

genehmer, unhaltbarer geworden. Passavant, als ihm so das Rückgrat auch in politischer Hinsicht verloren gegangen war, begann bisweilen zu schwanken und verließ hier und da den Weg der sturen Verteidigung Rechenberg'scher Ansichten, was ihm und seinem Blatte wohl erst recht keine Sympathien aus dem Kreise der Wirtschaftler eingebracht haben wird. So gibt Passavant in Nr. 40 (1911) z. B. zu, daß in einigen Bezirken die Nachfrage nach Arbeitern tatsächlich größer sei als das Angebot.

Als im Frühjahr 1912 die Ernennung Dr. Schnee's bekannt geworden war, greift der Leitartikelschreiber der RUNDSCHAU noch einmal zur Feder für eine Generalverteidigung Rechenberg's. Die müde Resignation, die schon in den Spalten der Zeitung, die eine hoffnungslose Zukunft vor sich sah, spürbar geworden war, ist für einen Augenblick gewichen. „In Rechenberg hat Deutsch-Ostafrika seinen bedeutendsten Gouverneur gehabt", so stellte die RUNDSCHAU fest. Der Ausbau der Bahnen sei seine größte Tat. Ein weiteres Verdienst läge in seiner Finanzpolitik. Selbst im Reichstag sei anerkannt worden, daß sich Rechenberg als glänzender Rechenmeister erwiesen habe. Auch seine Eingeborenen-Politik sei richtig gewesen. Rechenberg habe die Nachfolgeschaft von v. Götzen angetreten in einem Augenblick, in dem die Kolonie gerade einen verlustreichen Aufstand hinter sich hatte, und da sei eine Politik notwendig gewesen, durch die die Massen der Eingeborenen wieder Vertrauen zu ihren Herren hätten fassen sollen. Diese Politik habe sich bewährt, wenn man auch über einzelne Maßnahmen abweichender Ansicht sein könne (!). Auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik, die Rechenberg selbst als noch nicht abgeschlossen bezeichnet habe, stellten sich mehrere seiner Maßnahmen als ersatz- oder verbesserungsbedürftig heraus. Das aber vermöge die Würdigung seiner Gesamtleistung nicht zu beeinträchtigen, denn schließlich habe die Kolonie unter v. Rechenberg einen ungeahnten Aufschwung genommen.[22])

Im Gouvernement wird das Verschwinden der RUNDSCHAU Gefühle der Erleichterung und Befriedigung ausgelöst haben. Gleich nachdem der Kauf durch die DOAZ GmbH. vollzogen war, berichtet der Gouverneur an das RKA: Der Ankauf der RUNDSCHAU werde vom Gouvernement begrüßt (!), schon weil damit eine günstige Lösung der PFLANZER-Frage verbunden sei. Der Bezugspreis für diese Zeitschrift könne jetzt

[22]) Nr. 31 der „Rundschau", 5. Jahrg. 1912.

von 10 auf 8 Rupien gesenkt werden. Darum lege man keinen Wert auf Innehaltung des Vertrages zwischen Passavant und Regierung wegen der Herstellung des PFLANZERS, obwohl dieser Vertrag eigentlich noch nicht abgelaufen sei.[23])

Mit dem Verlag der RUNDSCHAU ging auch die ganze Druckerei und sämtliches Inventar der Zeitung auf die DOAZ GmbH. über. Der ehemalige Passanvant'sche Betrieb wurde für sich unter Leitung eines Faktors aus der DOAZ weitergeführt. An eine Vereinigung der beiden Druckereien in einem Gebäude konnte wegen Raummangels einstweilen noch nicht gedacht werden. Sehr unterschiedlich war die Größe der beiden Betriebe. Nach einer Aufstellung für eine Schadenersatzforderung der DOAZ GmbH an die Engländer im Jahre 1916[24]) bestand die Einrichtung der RUNDSCHAU-Druckerei aus 2 Druckpressen, 1 Antriebsmotor und 1 Abziehpresse, während die DOAZ über 6 Druckpressen außer mehreren Hilfsmaschinen verfügte.

Nach Angaben des damaligen Betriebsleiters der DOAZ, Kuschel, waren in seinem Betrieb 14 Eingeborene als Setzer, 3 Drucker (1 Weißer und 2 Eingeborene), 7 Eingeborene in der Buchbinderei und außerdem im Ladengeschäft ständig 1 deutscher Buchhändler, 1 Inder und 1 Eingeborener beschäftigt. (Der DOAZ war ein Papier- und Büromaterialienverkauf und eine Buchhandlung angeschlossen, die alle im Verlag der DOAZ erschienenen Schriften, Lehrbücher usw. vertrieb und fast den gesamten Bücherbedarf für die Kolonie deckte. Nur im Norden der Kolonie gab es noch eine kleinere Buchhandlung, die der USAMBARA-POST angeschlossen war.) Im Passavant'schen Betrieb waren zur Zeit der Übernahme durch die DOAZ 8 Setzer, 2 Drucker und 3 Buchbinder (alles Eingeborene außer einem Syrer) angestellt.[25])

Alle Beschränkungen, unter denen die DOAZ in der Rechenberg-Zeit gelitten hatte, fielen nunmehr wieder fort. Die Behörden lieferten das amtliche Nachrichtenmaterial, es gab wieder Regierungsaufträge und der AMTLICHE ANZEIGER FÜR DEUTSCH OSTAFRIKA wurde bei der DOAZ in Auftrag gegeben und der Zeitung beigelegt. Die kostspielige eigene Beilage der DOAZ GESETZ UND RECHT FÜR DEUTSCH-OSTAFRIKA, die seinerzeit als Ersatz für den Amtlichen Anzeiger geschaffen war, konnte aufgegeben werden. Auch der

---

[23]) Akten IA, 2. Bd. des früheren RKA.
[24]) Aus dem Besitz Prof. Dr. Zintgraffs, Heidelberg.
[25]) Ebenfalls nach Angaben A. Kuschel's.

PFLANZER erschien nunmehr in der DOAZ und erreichte auch drucktechnisch einen hohen Grad der Vollkommenheit.

Diese letzte Eintwicklung im Pressewesen der deutsch-ostafrikanischen Hauptstadt, die Gouverneur Dr. Schnee schon durch sein Einverständnis mit ihr gefördert hatte, wirkte sich zum Segen für die Kolonie aus. Nie mehr konnte nach dem Verschwinden der RUNDSCHAU die Öffentlichkeit durch einen erbittert geführten Pressekrieg so erregt und aufgebracht werden, wie es unter v. Rechenberg der Fall gewesen. Eine Aufpeitschung der Leidenschaften bis zum gegenseitigen persönlichen Haß mit allen Folgen, vom Mißtrauen bis zur Obstruktion gegenüber der Regierung und ihren Taten, war in dem Maße überhaupt nicht mehr möglich. Die notwendige Zusammenarbeit zwischen Gouvernement und Kolonisten wurde neu gegründet und ständig erweitert. Die DOAZ leistete gute Dienste als Mittlerin zwischen den Wünschen der Wirtschaftler und dem Standpunkt der Regierung, die naturgemäß oft sehr verschieden waren. Dabei aber verlor sie ihren Charakter als Kampfblatt nicht und wahrte stets die volle Unabhängigkeit und das Recht zu sachlicher Kritik und zu Verbesserungsvorschlägen. Bei der Eigenart der Schutzgebietsverhältnisse ergaben sich für einen geschickten Journalisten von Persönlichkeitswert noch ganz besondere Wege der Einwirkungsmöglichkeit auf die Regierung. Darüber schreibt A. Zintgraff in Erinnerung an seine Zeit als Hauptschriftleiter der DOAZ:

„. . . es ist wohl vorgekommen, daß ein Artikel, der nicht gedruckt wurde, stärkeren Einfluß auf die Pläne und Maßnahmen der Schutzgebietsverwaltung ausgeübt hat, als es ein gedruckter Artikel vermocht hätte. Die Wirkungsmöglichkeiten der kolonialen Presse waren bei der recht großen Übersichtlichkeit aller in Frage kommenden Verhältnisse und der Möglichkeit der engen persönlichen Fühlungnahme der verantwortlichen Schriftleiter mit allen in Frage kommenden Instanzen des Schutzgebietes doch wesentlich andere als in der Presse des Mutterlandes."[26])

Auf Seiten der Wirtschaftler wie auch beim Gouvernement und beim Reichskolonialamt war der Wille zu verantwortungsvollem Zusammenwirken groß. Dr. Zintgraff gab dem in vielen seiner Leitartikel schon vor Ankunft des neuen Gouverneurs Ausdruck. Er sprach von einer „das Leben der Kolonie mit Mißtrauen und Gehässigkeit vergiftet habenden Zeit" und

[26]) Aus dem Aufsatz von A. Zintgraff: „Die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung". (Siehe Literatur-Verzeichnis.)

wünschte eine von gegenseitigem Vertrauen getragene weitere Kulturarbeit[27]). Wenig später, anläßlich der Ernennung Dr. Schnee's zum Nachfolger Rechenberg's schrieb er:

„Wir wollen keine Vorschußlorbeeren austeilen, aber wir hoffen, daß er den alten Gegensatz zwischen Gouverneur und Wirtschaftlern, dessen wir müde sind, beenden wird."

Damit drückte Dr. Zintgraff zugleich die Hoffnung der Wirtschaflter aus. Der Weg, den er für den Kampf um die Erfüllung ihrer Wünsche festlegte, wurde gern beschritten. In welchem Maße Zintgraff das Vertrauen der Kolonisten in kurzer Zeit errungen hatte, geht daraus hervor, daß er schon nach wenigen Monaten seiner Tätigkeit in der Zeitung Vorstandsmitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung von Daressalam ist, dann Mitglied des Gouvernementsrates und schließlich zum Ersten Vorsitzenden des Wirtschaftlichen Landesverbandes für Deutsch-Ostafrika gewählt wird. Aber auch Gouverneur und Staatssekretär wollten Vertrauen und Zusammenarbeit mit den Wirtschaftlern. Als im Sommer 1912 Dr. Schnee in der Kolonie eintrifft, begrüßte er die Kolonisten mit dem Wunsch nach gegenseitigem Vertrauen und Hand in Hand-Arbeiten aller Wirtschaftskreise, und Dr. Solf, der kurz nach der Ankunft Dr. Schnee's eine Besichtigungsreise durch die Kolonie macht, sagte: „Gouvernement und Beamte allein können die Kolonie nicht regieren."

3. Große Tagesfragen in der Vorkriegszeit, Rassenfrage, Schaffung von Kreditmöglichkeiten, Streben nach Selbstverwaltung und Selbständigkeit.

Seit der Übernahme der Schriftleitung der DOAZ durch Dr. Zintgraff hatte die Zeitung mehr als zuvor die Blicke ihrer Leser auf die großen Auseinandersetzungen über die kolonialpolitischen Zeitfragen im Reich und in der übrigen Welt gelenkt. Dr. Zintgraff beobachtete die in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg stattfindenden Kräfteverschiebungen zwischen den Kolonialmächten. Es war die Zeit der Marokko-Kompensation und des Türkisch-italienischen Krieges in Tripolis, die die ersten Anzeichen eines drohenden Weltenbrandes zeigte. Das Marokkoabkommen wurde in der DOAZ als „trauriger Erfolg" bezeichnet, der den moralischen Kredit Deutschlands

[27]) Nr. 19 der DOAZ, 14. Jahrg. 1912.

untergrabe. Sie sprach die Hoffnung aus, der Reichstag möge durch Verweigerung der Zustimmung zu diesem Abkommen das Reich vor dem Fluch der Lächerlichkeit bewahren.[28]) In zahlreichen Leitartikeln wies Dr. Zintgraff ferner auf die unvermeidbare Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England hin, an deren friedliche Austragung kaum noch geglaubt werden könne.

Den breitesten Raum aber nahmen nach wie vor die Erörterungen über Fragen der internen Politik Deutsch-Ostafrikas ein. Drei Dinge beschäftigten die Kolonie in den Jahren von 1911 bis zum Kriegsausbruch neben der leidigen Frage der Beschaffung genügender Arbeitskräfte, die immer noch nicht gelöst war, in erster Linie: die Rassenfrage, die Schaffung eines Kreditinstitutes und der Ausbau der Organe der Selbstverwaltung.

Schon 1908 hatte die DOAZ eine zielbewußte Rassenpolitik gefordert[29]) und sich gegen Dernburgs Äußerung gewandt, daß man bestrebt sein müsse, aus den Schwarzen „treue deutsche Untertanen" zu machen. Im Jahre 1911 wird die Rassenfrage zu einem ständigen Thema in der Zeitung. Wie auch in allen anderen deutschen Kolonien, war man sich einig in der Forderung nach strenger Scheidung zwischen den Weißen und den Eingeborenen. Insbesondere an den Beispielen in Samoa und Deutsch-Südwest, wo es bereits eine Anzahl Mischlinge gab, waren die Gefahren der Rassenmischung für die Aufrechterhaltung der Herrschaft über die Eingeborenen frühzeitig erkannt worden. Es entsprach den Wünschen der Kolonisten, daß Dr. Solf im Frühjahr 1912 ein Verbot der Mischehen für Samoa und Südwest erließ. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Kolonien, als der linksorientierte Reichstag als Antwort auf die Maßnahme Dr. Solf's auf Antrag des Zentrums eine Entschließung annahm zur Anerkennung der Ehen zwischen Weißen und Farbigen.[30])

Alle Gouvernementsräte der deutschen Kolonien wandten sich gegen den Reichtagsbeschluß und nahmen entsprechende Protestentschließungen an. Der Deutsch-ostafrikanische Gouvernementsrat forderte Maßnahmen zur Verhinderung solcher Mischehen. Dr. Solf beruhigte die Kolonisten: Auch Reichsregierung und Bundesrat seien gegen den Reichstag, und die Anerkennung der Mischehe würde wohl nicht Gesetz werden.

---

[28]) Nr. 89 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.
[29]) Nr. 6 der DOAZ, 10. Jahrg. 1908.
[30]) s. z. B. Nr. 48 und Nr. 98 der DOAZ, 14. Jahrg. 1912.

Der Staatssekretär weilte gerade in Daressalam (Sommer 1912), als dort der Wirtschaftliche Landesverband tagte. Er wohnte mit dem Gouverneur der Delegiertenversammlung bei und erlebte eine besonders eindrucksvolle Anerkennung seines vorausschauend erlassenen Mischehenverbotes: Die Versammlung erhob — nach einem Referat des Hauptschriftleiters der DOAZ, Dr. Zintgraff, über die Mischehen — einstimmig gegen den Beschluß des Reichstags Protest.

Bei der Frage der Schaffung von Kreditmöglichkeiten für die Kolonisten trat die DOAZ von Anfang an[31]) für ein Kreditinstitut auf genossenschaftlicher Grundlage ein. Im Jahre 1910 bemühte sich auch die Wirtschaftliche Vereinigung Daressalam aktiv um die Errichtung einer Genossenschaftsbank im Sinne der DOAZ und wurde von der Zeitung dabei nach Kräften unterstützt.[32]) In Nr. 72 (1910) wird berichtet, daß mehrere Wirtschaftskreise im Reich den Plan zur Schaffung eines Kreditinstitutes aufgegriffen hätten. Die Zeitung spricht von einem Wettlauf großer Handels- und Bankhäuser um die Errichtung einer Kreditbank, warnt aber zugleich vor deren Gründung durch die großen Gesellschaften. Eine solche Bank sei zu leicht von den Aktionären abhängig und ließe sich von deren Sonderinteressen leiten. Heinrich Pfeiffer, der von Frankfurt am Main aus die Erörterungen über die Kreditbankfrage in Deutsch-Ostafrika verfolgte, sprach sich für eine Bank auf genossenschaftlicher Grundlage aus und gegen die übermächtige Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, die jetzt ein Kreditinstitut errichten wolle, nur weil sie fürchtete, daß eine Genossenschaftsbank die hohen Zinsen von 10 % herunterdrücken könnte.[33])

Im Januar 1911 meldete die DOAZ die Gründung einer Handelsbank für Ostafrika mit dem Sitz in Berlin. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft und einige Bankhäuser hatten sie errichtet. Diese Handelsbank war natürlich nicht das, was sich die Kolonisten gewünscht hatten, und darum tritt Dr. Robert Ermels-Berlin, Herausgeber der Kolonialen Korrespondenz und enger Bekannter Dr. Zintgraffs für eine „Reichskolonialbank" ein, die in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank eine großzügigere Kreditgewährung für die Schutzgebiete ermöglichen sollte.[34]) Aber es bestand anscheinend an

[31]) Schon 1907 propagierte die DOAZ die Kreditbank. s. Nr. 38 der DOAZ, 9. Jahrg. 1907.
[32]) s. Nr. 42 und 43 der DOAZ, 12. Jahrg. 1910.
[33]) Nr. 98 der DOAZ, 12. Jahrg. 1910.
[34]) Nr. 43/44 der DOAZ, 14. Jahrg. 1912.

amtlicher Stelle nur wenig Neigung, den Wünschen der Kolonisten nach Schaffung besserer Kreditmöglichkeiten Unterstützung zukommen zu lassen. Noch im Frühjahr 1914 griff die DOAZ nachträglich v. Rechenberg an, weil es ihm zu danken sei, daß in der Kolonie noch kein Kreditinstitut auf genossenschaftlicher Grundlage bestünde, da er seinerzeit solche Bestrebungen nicht gefördert habe. — Bis zum Kriegsausbruch haben die Kolonisten die Gründung ihrer Genossenschaftsbank nicht erreichen können. —

Die ersten nennenswerten Bestrebungen der Deutsch-Ostafrikaner, durch Ausbau der bestehenden Anfänge von Selbstverwaltungsorganen über die Geschicke der Kolonie mitbestimmen zu können, beginnen erst im Jahre 1909. Insbesondere setzte sich damals der eben gegründete Wirtschaftliche Landesverband, dessen Schaffung ja schließlich auch schon ein Schritt auf dem Wege zur Selbstverwaltung war, für den Ausbau des Gouvernementsrates ein, der bis dahin lediglich eine beratende Körperschaft war. Er machte die Anregung, die außeramtlichen Mitglieder des Rates durch die Kolonisten wählen zu lassen[35]), und die Wirtschaftler erreichten schließlich auch die Erfüllung dieses allerdings bescheidenen Wunsches unter Gouverneur v. Rechenberg. Die DOAZ hatte diese ersten Regungen nach Selbstverwaltung unterstützt durch eigene Artikel und durch solche ihrer Mitarbeiter.[36])

Aber zunächst gab es noch wichtigere Fragen, die ihrer Lösung harrten, und zudem war bei dem Autokraten Rechenberg der Nährboden für eine umfangreiche Entwicklung der Selbstverwaltungsbestrebungen nicht günstig.[37]) (Rechenberg hatte ja auch aus Sparsamkeitsgründen während seiner Regierungszeit die umstrittene Aufhebung der Kommunalverbände, die den Beginn kommunaler Selbsverwaltung darstellten, durchgeführt.)

Mit der Vermehrung der weißen Bevölkerung, dem Aufblühen des Handels und der wachsenden wirtschaftlichen Geltung verstärkten sich einerseits die Wünsche der Bewohner nach Mitwirkung an der Regierung des Landes und andererseits nach selbständiger Vertretung der Kolonie bei der Regierung des Reiches, im Reichstag. Im Jahre 1911 wurden dazu eine

---

[35]) s. Nr. 48, 49, 50 u. 53 der DOAZ, 11. Jahrg. 1909.
[36]) z. B. Nr. 83 (Art. Dr. Arnings) 11. Jahrg. 1909 d. DOAZ.
[37]) s. z. B. Nr. 57 der DOAZ, 14. Jahrg. 1912 (Dr. Arning: Alte und neue Gouverneure).

Reihe von Vorschlägen in der DOAZ gemacht. Einer dieser Vorschläge sah die Gründung eines kolonialen Wahlfonds vor, aus dem die Abgeordneten Wahlgelder beziehen sollten, die sich einem von den Deutsch-Ostafrikanern näher umschriebenen Programm verpflichteten.[38]) Regierungsrat Zache schlug vor, in der Kolonie einen Vertrauensmann für den Reichstag zu wählen, der dann zwar kein Stimmrecht besäße, der aber sozusagen die Orientierungsquelle für die Abgeordneten über die Wünsche der Wirtschaftler und über die wirkliche Lage in den Kolonien darstellen würde.

Von der DOAZ wird dazu ein zusätzlicher Vorschlag gemacht: Schaffung einer Orientierungszentrale in Berlin mit Archiv und Bibliothek usw., ferner Errichtung einer kolonialen Korrespondenz.[39]) Der Vorschlag, der die Gründung eines kolonialen Wahlfonds vorsah, wird in der DOAZ weiterhin befürwortet. Der Deutschnationale Kolonialverein unterstützte diesen Plan und ruft in der Zeitung zur Zeichnung auf.

Über alle diese Vorschläge hinaus ging Dr. Zintgraff, der in dieser Zeit der eifrigen Debatte über diese Frage die Führung der DOAZ übernimmt. Er war nicht der Meinung, daß der Kolonie durch Entsendung eines oder zweier Abgeordneter in den Reichstag geholfen sei, ein Kolonialparlament für die Kolonie war sein Vorschlag. Mit dem Augenblick, wo die Kolonie finanziell auf eigenen Füßen stehen könne — und das sei jetzt erreicht — bestünden keine Bedenken mehr gegen einen Ausbau der Selbstverwaltung. Dr. Zintgraff machte ganz konkrete, fest umrissene Vorschläge: Das Kolonialparlament soll aus dem Gouvernementsrat allmählich entwickelt werden durch Vergrößerung der Zahl der außeramtlichen Mitglieder und Ausscheiden der amtlichen Mitglieder zwecks Bildung eines Regierungstisches. Die außeramtlichen Mitglieder sollten von den einzelnen Erwerbsständen gewählt werden und zwar von je 100 Wahlberechtigten 1 Ratsmitglied, so daß dieser erweiterte Gouvernementsrat im ganzen aus 15 bis 20 Mitgliedern bestehen würde. Die Zuständigkeit des Kolonialparlamentes dachte sich Zintgraff folgendermaßen: 1. Festsetzung des Etats vorbehaltlich der Wahrung des Budgetrechtes des Reichstags für die Posten, welche zu Lasten des Reichs gingen, 2. Ausbau der Landesgesetzgebung und Schaffung einer Kautele, daß die Beschlüsse des Gouvernementsrates nur dann Gesetzeskraft erlangten, wenn eine Zustimmung des Regierungstisches vor-

[38]) Nr. 78 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.
[39]) Nr. 79 der DOAZ, 13. Jahrg. 1911.

liege. Für die Fälle, wo keine Einigung zwischen diesen beiden Körperschaften erzielt werden könne, verlangt Zintgraff Entscheidung durch eine heimische Instanz.[40])

Dieser Plan erregte Aufsehen in der Kolonie und fand Zustimmung. Er wurde Richtschnur bei allen weiteren Selbstverwaltungsbestrebungen. In der ersten Sitzung des neuen Gouvernementsrates, zu dem erstmalig die 5 außerordentlichen Mitglieder nicht mehr vom Gouverneur ernannt, sondern von den Kolonisten gewählt waren, forderten die Delegierten als Erstes Erweiterung des Rates in der von Zintgraff vorgeschlagenen Form. Auch der Wirtschaftliche Landesverband, der kurze Zeit darauf tagte, (Sommer 1912) erhob in Anwesenheit des Staatssekretärs und des Gouverneurs die Forderung nach Ausbau des Gouvernementsrates und der Bezirksräte. Dr. Solf und Dr. Schnee stellten sich nicht gegen diese Bestrebungen. Der Ausspruch Dr. Solf's bei seinem Besuch in der Kolonie, daß die Beamten die Kolonie allein nicht regieren könnten, kennzeichnet seine Einstellung in der Frage der Selbstverwaltung.

Schon im Januar 1913 trat der erweiterte Gouvernementsrat zusammen. Dr. Schnee kündigte an, daß er im Juni eine Regierungsvorlage über den weiteren Ausbau des Rates einbringen würde. Wiederholt stellt die DOAZ in dieser Zeit mit Befriedigung fest, daß man den Wirtschaftlern jetzt viel mehr entgegenkomme. Mit Riesenschritten ging die Selbständigmachung der Kolonie voran. Auf dem am 19. Juni 1913 tagenden Gouvernementsrat gewährte der Gouvernur: Der Gouvernementsrat heißt in Zukunft Landesrat, 10 von den 20 Mitgliedern, aus denen er sich zusammensetzt, sollen von der Bevölkerung in geheimer direkter Wahl gewählt, die anderen 10 vom Gouverneur bestimmt werden. — Die Wirtschaftler gingen aber jetzt schon mit ihren Forderungen weiter: die Wirtschaftliche Vereinigung Daressalam schlug vor, die Mitglieder nach Ständen zu wählen, ferner solle der Landesrat in allen den Fragen beschließende Stimme haben, in denen der Reichskanzler die Beschlußfassung an den Landesrat überweise. Statt 10 zu wählender Mitglieder forderte der Landesrat sogar 15 gegenüber der 10, die der Gouverneur bestimmen soll. Schnee, bereit, der Selbstverwaltung soviele Konzessionen zu machen als irgend möglich, rät, die Beschlußfassungsfrage bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zurückzustellen. (Der Landesrat hatte für alle Fragen, die die innere Politik Deutsch-Ostafrikas angingen, Beschlußrecht gefordert.)

[40]) Nr. 48 der DOAZ, 14. Jahrg. 1912.

Die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE ZEITUNG hatte die hoffnungsvollen Verhandlungen zwischen Regierung, Landesrat und den Wirtschaftler-Organisationen mit langen Berichten und Kommentaren begleitet. Nachdem in diesen Verhandlungen eine Pause eingetreten war, hielt sie das Interesse an diesen Fragen weiter wach. In Deutsch-Südwestafrika hatte der Landesrat wieder einen Erfolg zu verzeichnen: Bestimmte wichtige Verordnungen des Gouverneurs bedürfen seiner Zustimmung. Das gleiche Recht fordert die DOAZ auch für den ostafrikanischen Landesrat, und sicher wäre auch dieses nächstliegende Ziel erreicht worden, wenn nicht der Krieg jäh allen diesen Bestrebungen ein Ende bereitet hätte. Die DOAZ aber hatte an dem Erreichten einen guten Anteil.

4. Die Nachrichtenwege von und nach Deutsch-Ostafrika, Dr. Zintgraff's Nachrichtendienst.

Es mag befremdend anmuten, zu lesen, daß alle deutschen Zeitungen in unseren Kolonien, die doch vorgeschobene Posten in der Propagierung des Deutschtums bedeuteten, als Grundlage ihres Nachrichtendienstes auf die Telegramme des englischen Reuter-Büros angewiesen waren. Die drei größten Nachrichtenbüros, das Reuterbüro, die Agentur Havas und das deutsche Wolff'sche Telegraphenbüro hatten durch einen Ringvertrag, dessen Abmachungen in den Einzelheiten bis heute geheim geblieben sind, unter sich die Welt in Absatzgebiete für ihre Nachrichten aufgeteilt. So konnte in den deutschen Kolonien von den großen, umfassenden Nachrichtendiensten nur der von Reuter abonniert werden.[41]) Lediglich einige Nachrichten aus dem Reich durfte der deutsche Nachrichtendienst des Wolff'schen Büros in die Reuter-Absatzgebiete senden. Die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE ZEITUNG veröffentlichte zwar von 1909 an auch die wenigen Wolff-Telegramme, mußte jedoch ständig über die Unzulänglichkeit dieses Dienstes klagen. Dr. Zintgraff schreibt dazu in seinem Aufsatz: „Die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung":

„Über das nahezu völlige Versagen des Wolff'schen Telegraphenbüros vor dem Kriege ist schon genug geschrieben worden. Es sei daher hier nur erwähnt, daß auch die DOAZ wiederholt recht energisch dieses Versagen gerügt und Abhilfe verlangt hat."

[41]) Angabe von A. Zintgraff.

Da eine Besserung nicht eintrat, sah sich die DOAZ schon unter v. Roy genötigt, einen eigenen Nachrichtendienst vom Mutterlande in die Kolonie einzurichten. Sie ließ sich von Vertretern und Mitarbeitern im Reich in ausführlicherer Form als Wolff das tat alle die Kolonie interessierenden Ereignisse kabeln und konnte ein Kabeltelegramm, das am Vormittag in Berlin aufgegeben war, schon wenige Stunden später in Daressalam veröffentlichen. Kamen die Telegramme an einem Tage, an dem die Zeitung nicht erschien, so wurden sie durch Extrablätter in der Stadt verbreitet.[42]) Diese Privat-Kabeltelegramme der DOAZ, von denen zeitweise fast in jeder Nummer mehrere veröffentlicht wurden, stellten eine kostspielige Angelegenheit dar, wenn auch andererseits die Zeitung die Reuter-Telegramme kostenlos erhielt. (Das Gouvernement in Daressalam hielt den Dienst, und es bestand von Lieberts Zeiten her eine Regelung, nach der die Telegramme — sobald sie mit der Dhau von Zansibar angekommen waren, zunächst in die DOAZ gingen, wo sie aus dem Englischen übersetzt und abgesetzt, dann erst ins Gouvernement gebracht wurden. Auch unter v. Rechenberg ist noch lange Zeit diese Regelung beibehalten worden, und sogar Passavant mußte die in der DOAZ erst übersetzten Telegramme — ein Kuriosum in der Zeit des Pressekrieges — abwarten.)[43])

Mit der Nachrichtenübermittlung von der Kolonie zum Mutterlande war es noch kläglicher bestellt. Es ist in dieser Arbeit schon auf die unmögliche, unzulängliche und oft auch entstellende Berichterstattung über die Kolonien in der deutschen Presse hingewiesen worden (vgl. z. B. Kapitel III Abschnitt 4). Es war darum von der DOAZ und anderen Kolonie-Zeitungen häufig geklagt worden, daß ein Teil der deutschen Presse sich mit „Berichten" unzuverlässiger Gelegenheitsberichterstatter begnügte, die infolge Unkenntnis der Dinge oft kritiklos aufgenommen wurden, anstatt die Koloniezeitungen als Korrespondenzen zu benutzen. Es ist ein Verdienst Dr. Zintgraffs, daß er sich bemüht hatte, durch Schaffung einer regelmäßigen Nachrichtenverbindung von und zur Heimat den Übelstand der nachrichtenmäßigen Isolierung Deutsch-Ostafrikas zu beseitigen.

Am 4. November 1912 gab Dr. Schnee dem RKA den Plan Zintgraffs bekannt, in enger Zusammenarbeit mit dem Gou-

---

[42]) Angabe von W. v. Roy, A. Zintgraff. Ein Exemplar eines solchen Extrablattes wurde dem Verfasser von Geheimrat Methner überreicht.

[43]) Angaben von W. v. Roy und A. Zintgraff.

vernement die Versorgung der heimischen Presse mit zuverlässigen Nachrichten aus der Kolonie durchzuführen. Das RKA war wohl mit dem Plan der Nachrichtenversorgung einverstanden, aber nicht von der Zusammenarbeit mit Dr. Zintgraff erbaut:

„Wie wird's, wenn eines Tages der jetzige Friedenszustand zwischen dem Gouvernement und der DOAZ in einen Kriegszustand sich verwandelt?"[44])

Die Nachrichtenübermittlung sollte das Gouvernement selbst in die Hand nehmen. In Deutschland würde dann das RKA die Telegramme an die Presse verteilen. Ganze 1500 Rupien wurden zunächst für diesen Nachrichtendienst dem Gouverneur in Daressalam bewilligt. Dieser amtliche Plan, aus dem kaum etwas anderes werden konnte als eine der üblichen amtlichen Pressestellen, fand anscheinend bei Schnee kein Gefallen. Und so kam Ende 1913 zwischen Dr. Zintgraff und dem Gouverneur ein Gentleman-Agreement zustande, nach dem der Gouverneur alle seine Nachrichten an die Zeitung gab und diese sie dann zusammen mit den eigenen, die natürlich auf Grund des eingespielten, auf das ganze Land verteilten Korrespondenzdienstes zahlreich waren, telegraphisch an ein Büro im Reich sandte. Dr. Zintgraff hatte mit dem Herausgeber der Kolonialen Korrespondenz Dr. Robert Ermels einen Vertrag geschlossen, nach dem dieser alle wichtigen kolonialpolitischen Nachrichten an die DOAZ telegraphierte und dafür die Nachrichten aus der Kolonie empfing. Die Telegrammgebühren wurden zunächst von der DOAZ übernommen und dann verrechnet mit den Einnahmen, die Dr. Ermels in Deutschland durch Verkauf der DOAZ-Nachrichten hatte.[45]) Nach weiteren Angaben Dr. Zintgraff's begann der Nachrichtendienst gerade auch finanziell tragbar zu werden, als der K r i e g ausbrach.

Es war in Deutsch-Ostafrika der Versuch gemacht worden, in Durchbrechung des Ringvertrages der großen Nachrichtenbüros, die Kolonie in der Nachrichtenversorgung von Reuter und Wolf unabhängig zu machen.[46])

5. Krieg und Ende einer hoffnungsvollen Entwicklung.

Die DOAZ hatte sich in den 16 Jahren ihres Bestehens bis zum Kriegsausbruch zum größten Zeitungs- und Verlagsunter-

[44]) Aus den Akten IA, 2. Bd. des früheren RKA.
[45]) Angaben von A. Zintgraff.
[46]) Angabe von A. Zintgraff.

nehmen an der afrikanischen Ostküste entwickelt.[47]) Besonders die Jahre nach dem Eingehen der Rundschau bedeuteten eine rasche Aufwärtsentwicklung für das Blatt. Die Übernahme der Geschäftsanteile der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, die der größte Geldgeber der RUNDSCHAU gewesen war, in Höhe von 50 000,— Mark auf das Gesellschafterkapital der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitungs GmbH. hatte sich nicht in einer Änderung der Einstellung der Zeitung gegen das mächtige koloniale Großkapital auswirken können, wenn so etwas vonseiten dieser Gesellschaft überhaupt versucht worden war. Der Beauftragte der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Rechtsanwalt Cohnitz, Berlin, hatte 1914 von den insgesamt 1925 Stimmen der Gesellschafter 500 der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu vertreten. Die größte Zahl der Anteile war in Händen der deutschostafrikanischen Wirtschaftler oder er gehörte Mitgliedern des Deutschnationalen Kolonialvereins. Interessant ist vielleicht, daß Exzellenz v. Lindequist auch mit 2000,— Mark an dem Unternehmen beteiligt war.[48])

Finanziell entwickelte sich das Unternehmen gut. Nach Angaben A. Zintgraff's konnten mit den Bezugsgeldern die laufenden Unkosten beglichen werden, das Anzeigengeschäft machte den Gewinn aus und deckte die Kosten für Neuanschaffungen usw. Wenn in den ersten Jahren keine Dividenden gezahlt wurden, so war das einmal eine Folge der RUNDSCHAU-Übernahme und zum anderen bedingt durch Unterschlagungen eines Berliner Vertreters der Zeitung in beachtlicher Höhe.[49])

1914 wurde dann erstmalig eine 5%ige Dividende ausgeworfen.[50]) Für das gleiche Jahr war eine Erweiterung der Zeitung geplant. In einem stattlichen Neubau, für den das Grundstück schon erworben war,[50]) sollten die beiden Druckereibetriebe vereinigt werden und die Zeitung dreimal wöchentlich erscheinen (mittlerweile waren ja die Bahnen so weit ausgebaut, daß sich eine häufigere Erscheinungsweise gelohnt hätte).

Zu diesen Veränderungen kam es nicht mehr. Der Krieg brachte für die DOAZ die gleichen Beschränkungen wie der

---

[47]) s. A. Zintgraff in seinem Aufsatz: „Die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung". (Siehe Literatur-Verzeichnis.)

[48]) Aus der notariell beglaubigten Copie des Berichtes über die Gesellschafterversammlung der DOAZ GmbH. vom 29. Juni 1914.

[49]) Angabe von A. Zintgraff, W. Föllmer und Kuschel.

[50]) Aus der not. begl. Copie des Berichts über d. Gesellschafterversammlg. der DOAZ GmbH. vom 29. Juni 1914.

USAMBARA-POST. Schelcher, ein langjähriger Mitarbeiter der DOAZ, der kurz vor Kriegsausbruch anstelle des scheidenden Dr. Zintgraff's die Schriftleitungsgeschäfte übernommen hatte, bekam schon Ende August 1914 Papierschwierigkeiten. Die letzte Sendung Papier aus Europa war nicht mehr rechtzeitig eingetroffen, und so mußten alle vorhandenen Bestände zum Druck der Zeitung aufgebraucht werden. Auf rotem, blauem und grünem Papier brachte die DOAZ die immer spärlicher werdenden Kriegsberichte. Der Umfang mußte natürlich stark eingeschränkt werden, und die wertvollen Beiträge des Mitarbeiterstabes, den Dr. Zintgraff auf Grund eines großen Bekanntenkreises noch vergrößern konnte, fehlten völlig. Dennoch hielt die Zeitung bis zum August 1916 aus, nachdem sie 1915 von dem von den Engländern besetzten Daressalam ins Innere des Landes nach Morogoro übergesiedelt war. — —

Kapitel VIII:

Weitere Blätter im Entstehen.

1. „Amtlicher Anzeiger für den Bezirk Moschi".

Eine vollwertige Zeitung muß drei Anforderungen erfüllen: 1. muß sie unterrichten, 2. muß sie führen und 3. unterhalten. Ein Presseerzeugnis, das nur einen Teil dieser Voraussetzungen erfüllt, ist keine vollwertige Zeitung, es ist bestenfalls auf dem Wege der Entwicklung dazu. Die vier bisher genannten deutschostafrikanischen Blätter, die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE ZEITUNG, die DEUTSCH-OSTAFRIKANISCHE RUNDSCHAU, die USAMBARA-POST und die USARAMO-POST sind vollwertige Zeitungen im Sinne obiger Begriffsumschreibung. Anders aber ist es mit drei Presseerzeugnissen, die im Innern Deutsch-Ostafrika's entstanden, und die bei Ausbruch des Weltkrieges ihre Entwicklung zur vollwertigen Zeitung noch nicht abgeschlossen hatten.

Zu Beginn des Jahres 1908 gab der Kommunal-Verband von Moschi, im verhältnismäßig dicht mit weißen Ansiedlern besetzten Kilimandjaro-Gebiet, den AMTLICHEN ANZEIGER FÜR DEN BEZIRK MOSCHI heraus. Obwohl dieser Anzeiger von der Behörde als Verleger herausgegeben und redigiert wurde und in erster Linie zur Veröffentlichung der amtlichen Nachrichten der Bezirksbehörden und des Kommunalverbandes diente, hatte er doch schon von der ersten Nummer an einen „Nichtamtlichen Teil", in dem nichtamtliche Mitteilungen der Behörde für das Publikum abgedruckt wurden und auch Anzeigen von Privaten Aufnahme fanden. Ferner brachte dieser Anzeiger Statistiken über Regenmessungen, die Berichte der Zollstation in Moschi, die Ankunftszeiten der Dampfer in Tanga, Postnachrichten usw. Er erschien in zwangloser Folge, was auch der Grund dafür gewesen sein wird, daß die einzelnen Nummern immer nur sehr wenig Anzeigen enthielten. Ein Farmer hatte etwas zu verkaufen, das Hotel in Moschi lud zu einem Gala-Diner ein oder aber auch ein Pflanzer oder ein Beamter zeigte seine Vermählung an oder die Geburt eines Kindes. Alle Anzeigen waren in Fettschrift hintereinander in glattem Satz gesetzt: Die kleine Missionsdruckerei in Sangara

bei Moschi besaß wenig Schriftenmaterial. Der Preis des kleinen Blättchens (Format oktav) betrug pro Vierteljahr 1 Rupie (= 1,30 Mk.).

Nach einem halben Jahr wurde der Anzeiger von der Ev. Missionsdruckerei in Moschi gedruckt, und das Format war nun etwas größer (25 × 32 cm). Für kurze Zeit erschien die Zeitung hektographiert (von Oktober 1908 bis April 1909) und dann wurde sie wieder in der Missionsdruckerei zu Moschi gedruckt. Vielleicht entstand diese Druckunterbrechung dadurch, daß der Pfarrer der Missionsstation, der sicher das Blatt selbst drucken mußte, für einige Zeit auf Urlaub nach Europa gereist war.

1910, als die Kommunalverbände von v. Rechenberg aufgelöst wurden, ging das Blättchen in den Verlag des Bezirksamtes über. Vom März 1911 bis zum Beginn des Jahres 1914 erschien der AMTLICHE ANZEIGER FÜR DEN BEZIRK MOSCHI wiederum auf Aktenpapier hektographiert. Trotzdem er nun schon fast 5 Jahre bestand, waren kaum Fortschritte in der Ausgestaltung des Blattes zu verzeichnen. Möglich, daß Privatinitiative fehlte und sicher, daß es hemmend für die Entwicklung des Anzeigers war, daß seine Redaktion sich in einer Amtsstube befand. Das notwendige Interesse wird in den Kreisen der Wirtschaftler eben für das Blatt nicht vorhanden gewesen sein. So findet sich eine bezeichnende Klage eines Einsenders 1913 in der USAMBARA-POST, die den MOSCHI-ANZEIGER als „schwindsüchtiges Kind" bezeichnete und als wohl teuerste Zeitung der Welt. Die ca. 6—10 Nummern im Jahr, von denen jede Nummer 4—6 Schreibmaschinenseiten umfaßte, kosteten jährlich 4 Rupien. Der Verleger der USAMBARA-POST, Jos. Deeg, erklärte sich daraufhin bereit, den AMTLICHEN ANZEIGER FÜR DEN BEZIRK MOSCHI — wie es gewünscht worden war — zu adoptieren und in seiner Beilage KILIMANDJARO- UND MERU-ZEITUNG, die ja als selbständige Zeitung demnächst am Kilimandjaro erscheinen sollte, aufzunehmen.[1]) Aus diesem Plan Deeg's wurde nichts, und der MOSCHI-ANZEIGER lebte weiter.

Vom Januar 1914 ab erschien er sogar wieder gedruckt, und zwar hatte die größere Missionsdruckerei in Wuga (Usambara) die Herstellung übernommen. (Es ist die gleiche Druckerei, die heute im Jahre 1936 das einzige deutsche Blatt im Tanganjika-Territory druckt. Dieses Blatt, DAS HOCHLAND, findet seinen Rückhalt in der Wirtschaftlichen Vereini-

[1]) Nr. 36 der „Usambara-Post", 12. Jahrg. 1913.

gung der deutschen Pflanzer, hat sich aber bis heute noch nicht zu einer vollwertigen Zeitung entwickeln können.) Der MOSCHI-ANZEIGER erschien noch bis zum Sommer 1915, nachdem er im letzten Jahre seines Bestehens sogar hier und da Nachrichten vom ostafrikanischen Kriegsschauplatz, die der Bezirksamtmann zur Verfügung stellte, abgedruckt hatte.[2])

2. Die „Tabora-Post".

Am 1. Januar 1914 erblickte die TABORA-POST in Tabora, mitten im Zentrum Deutsch-Ostafrika's, das Licht der Welt. Dieses Blatt war ganz anders aufgezogen als seine Schwester in Moschi. Ein Dr. Jaquet-Tabora war Verleger und Redakteur, aber hinter ihm standen die Pflanzer und Wirtschaftler, organisiert in der Wirtschaftlichen Vereinigung von Tabora. Die TABORA-POST, die wöchentlich einmal erschien, sollte zu einem Kampfblatt der Pflanzer entwickelt werden, und eine enge Zusammenarbeit mit der DOAZ war geplant. Als der Krieg einige Monate später ausbrach, befand sich das bis dahin noch hektographierte Blatt auf der Entwicklungsstufe, wie etwa die ANZEIGEN VON TANGA zur Zeit ihrer Umwandlung in die USAMBARA-POST.[3])

3. „Amtlicher Anzeiger für den Bezirk Aruscha".

Eine noch kürzere Lebensdauer hatte der AMTLICHE ANZEIGER FÜR DEN BEZIRK ARUSCHA. Dieses Blatt, vom gleichen Typ wie der MOSCHI-ANZEIGER, erschien am 1. März 1914 zum ersten Male und wurde vom Bezirksamt in Aruscha zunächst monatlich einmal herausgegeben. Sein Inhalt war eingeteilt in einen Amtlichen Teil, der die amtlichen Bekanntmachungen der Behörden enthielt, in einen Nichtamtlichen Teil mit allen anderen Mitteilungen der Behörden, mit Regenmessungen, Postnachrichten usw., mit Verlustanzeigen, Versteigerungsterminen und sonstigen lokalen Ankündigungen. Der Inseratenteil enthielt durchweg in jeder Nummer mehrere Anzeigen von Kaufleuten, den größeren Warenmagazinen, von den Pflanzern und Hotels usw. Die Be-

---

[2]) Alle Angaben auf Grund der Durchsicht der einzelnen Nummern des „Amtlichen Anzeigers für den Bezirk Moschi" v. 1908—15.

[3]) Angaben von A. Zintgraff und Reepen, Schriftleiter der „Deutschen Kolonial-Zeitung", früher in Tabora.

kanntmachung des Wehrgesetzes bei Kriegsausbruch war der hauptsächlichste Inhalt der letzten Nummer dieses Blattes, das ebenfalls auf Aktenbogen hektographiert erschien, und dessen Bezugspreis auf jährlich 4 Rupien festgesetzt war.[4])

So war der Weltkrieg der Tod aller deutschen Zeitungen in Deutsch-Ostafrika. Er zerstörte das junge aufblühende Pressewesen und beendete damit einstweilen einen Teil der kulturellen Entwicklung in den deutschen Kolonien, die — wie ich zu zeigen versuchte — nicht unbeachtet bleiben sollte. Er beendete sie einstweilen, weil es unsere feste Zuversicht ist, daß diese Entwicklung nur für eine Zeitlang unterbrochen wurde. — — —

[4]) Alle Angaben auf Grund der Durchsicht der einzelnen Nummern des Amtlichen Anzeigers für den Bezirk Aruscha, 1914.

Verzeichnis der Quellen und des benutzten Schrifttums:

Akten Ia (Pressesachen Deutsch-Ostafrika) 1. und 2. Band des früheren Reichskolonialamtes.

„Deutsch-Ostafrikanische Zeitung" Jahrg. 1899 bis 1916 mit ihren Beilagen:
„Das Ostafrikanische Waidwerk",
„Der Ostafrikanische Pflanzer",
„Gesetz und Recht für Deutsch-Ostafrika",
„Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika".

„Deutsch-Ostafrikanische Rundschau" Jahrg. 1908—1912.

„Usambara-Post" Jahrg. 1904/5—1916 mit ihren Beilagen:
„Illustrierte Beilage",
„Kilimandjaro- und Meru-Zeitung".

„Amtlicher Anzeiger für den Bez. Moschi" Jahrg. 1908—1915.

„Amtlicher Anzeiger für den Bez. Aruscha" Jahrg. 1914.

„Usaramo-Post" Nr. 1 1907.

„Der Pflanzer" Jahrg. 1905—1914.

„Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika" sämtl. Jahrg.

Dr. Hans Poeschel: „Die Kolonialfragen im Frieden von Versailles" Berlin 1920.

Bernhard Perrot: „Die Zukunft Deutsch-Ostafrikas" Berlin 1908.

Otto Stollowsky: „Zur Geschichte der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung" Aufsatz erschienen in der DOAZ Nr. 16 und 17, 1911.

Fritz Lange: „Zur Geschichte des Pressewesens in den Kolonien" Aufsatz erschienen in „Zeitungswissenschaft" Jahrg. 4, 1928.

Wilhelm Methner: „Abriß der Geschichte der deutschen Kolonien" Verlag R. Oldenburg, München u. Berlin.

Dr. G. Kurt Johannsen u. Heinrich Kraft: „Das Kolonialproblem Deutschlands" Hamburg 1936, Verlag Paul Hartung.

Gallus: „Die Afrikanische Presse" Aufsatz erschienen in „Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft" X. Jahrg. 1908.

Dr. Külz: „Die Presse in den deutschen Kolonien" Aufsatz erschienen in „Koloniale Monatsblätter" 16. Jahrg. 1914 S. 263—272.

A. Seidel: „Zur Gründung der Ostafrikanischen Zeitung" Aufsatz erschienen in „Deutsche Kolonialzeitung", Jahrg. 1899 Seite 129.

Dr. Wyneken: „Die Ostafrikanischen Zeitungen" Aufsatz in „Deutsche Kolonial-Zeitung" Jahrg. 1899 S. 269.

A. Zintgraff: „Die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung" ein Aufsatz erschienen in „Beiträge zur Zeitungsforschung", Festgabe für Wilhelm Waldkirch zum 60. Geburtstag, Heidelberg 1930, Verlag G. Braun-Karlsruhe.

Heinrich Pfeiffer: „Bwana Gazetti, Als Journalist in Ostafrika" Berlin-Schöneberg 1933, Verlag Oestergaard.

Kolonial-Lexikon: 3. Band.

Handbuch der deutschen Tagespresse, herausgegeben vom Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin (5. Auflage 1934).

„Deutsche Kolonialzeitung" Jahresband 1914.

Lebenslauf.

Am 13. Dezember 1911 wurde ich als Sohn des Apothekers Dietrich Redeker und seiner Ehefrau Alma geb. Marquardt in Neustadt a. Rbge. bei Hannover geboren. Den ersten Teil meiner Jugend verlebte ich zusammen mit meinem jüngeren Bruder im Elternhaus. Nach drei Jahren Vorschulzeit wurde ich in die Sexta der Neustädter Mittelschule aufgenommen und bestand als Untertertianer die Aufnahmeprüfung am Real-Gymnasium zu Nienburg (Weser). Am 1. Januar 1929 wurde ich wiederum umgeschult auf das Realgymnasium in Freiberg (Sa.). Im Hause meines Onkels, des Landgerichtsdirektors Dr. Hugenberg, fand ich Aufnahme und sorgsame Erziehung bis zur Ablegung der Reifeprüfung im Jahre 1932. Da ich den Wunsch hatte, Journalist zu werden, trat ich im Oktober 1932 als Redaktions-Volontär in die Saale-Zeitung in Halle (Saale) ein. Während dieser einjährigen Lehrzeit in Halle war ich zugleich an der dortigen Universität immatrikuliert und besuchte die zeitungswissenschaftlichen und geschichtlichen Vorlesungen. Das Studium wurde dann in Paris (2 Semester) und in Greifswald (1 Semester) fortgesetzt und soll nun nach vorübergehender Tätigkeit als Schriftleiter an Tageszeitungen an der Universität Berlin mit dem Doktor-Examen der Philosophischen Fakultät abgeschlossen werden. Seit November 1935 besuchte ich mit ganz besonderem Interesse die zeitungswissenschaftlichen Vorlesungen bei Herrn Professor Dovifat und die Vorlesungen und Übungen zur Geschichte des deutschen Mittelalters von Herrn Professor Hoppe.

Den verehrten Herren Professoren Dr. Dovifat und Dr. Hoppe danke ich für das Interesse, das sie an meiner Arbeit nahmen, insbesondere Herrn Professor Dr. Dovifat über seine mannigfachen Anregungen sowohl in seinen Übungen als auch in unmittelbarer Aussprache. Herrn Professor Preuß möchte ich danken für die Einführung in die Wesensgründe der Völkerkunde und Herrn Dr. Traub vom Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin für die wertvollen Ratschläge, mit denen er die Arbeit förderte.

Berlin-Halensee, am 22. Dezember 1936.

Dietrich Redeker,
cand. phil.